CDU-Rechte verwaist, S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 22 – 5. Juni 2010

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Viele Deutsche bedauern den Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler: Wie soll es weitergehen nach der überstürzten Entscheidung, die wie ein weiteres Krisensymptom des Landes wirkt? Bild: pa

Die verunsicherte Republik

Die große Frage nach Köhlers Rücktritt: Wer gibt jetzt Orientierung?

Der abrupte Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten hat ein verunsichertes Land zurückgelassen, das nun verschreckt. Welche Persönlichkeit kann den Deutschen jetzt Orientierung geben?

Eigentlich sind die Zeiten vorbei, in denen ein einzelner Zeitungsartikel Politik machen kann: Zu mannigfaltig ist die Medienlandschaft geworden, zu schwach das einzelne Blatt. Doch der Artikel des „Spiegel“ mit der Überschrift „Horst Lübke“, den Köhler am Sonntagvormittag zu lesen bekam, hat bei dem sensiblen Staatsoberhaupt zu einer radikalen Reaktion geführt: Nach einem letzten Überschlafen folgte am Montag der Rücktritt mit sofortiger Wirkung.

Die zunächst geschockte politische Klasse, zu der Köhler nie ganz gehören wollte, hat rasch ihre Sprache wiedergefunden. Das Echo auf den so lange überaus beliebten und trotz gelegentlicher Irritationen auch im Kreise der Parteipolitiker respektierten Präsidenten fiel jedoch in der Summe sehr kritisch aus: Die politische Linke und ihre Medien, die Köhler nie mochten und seine Wiederwahl zu verhindern suchten, kritisierten den Schritt mit ätzenden Worten. Auch konservative Stimmen sprachen von einem Rücktritt im Affekt oder einer Beschädigung des Amtes – aber eben nicht durch die an Köhler im Vorfeld geübte Kritik, sondern durch den Rücktritt selbst.

> Der Niedergang des Euro könnte Köhler deprimiert haben

Wenig beachtet wird, dass Köhler zuletzt nicht nur für ein misslungenes Interview gescholten wurde. Der erwähnte „Spiegel“-Artikel war voller Indiskretionen aus Köhlers eigenem Haus, dem Bundespräsidialamt. Es ist darum naheliegend, dass weniger die herablassende Kritik von SPD-Hinterbänklern und die für Köhler schwer zu ertragende Genugtuung der „Linken“ über sein unglückliches Interview den Ausschlag gaben als die Sorge über einen Autoritätsverlust im eigenen Haus.

Abschließend werden diese Fragen erst viel später zu beantworten sein, ebenso das Rätsel seines monatelangen Schweigens seit Herbst 2009, wo doch genug Themen ein Wort des Staatsoberhauptes nahegelegt, ja schon fast erfordert hätten: Von der maßlos aufgebauschten Missbrauchsaffäre über die Katastrophen bei Demographie und Staatsfinanzen bis zur Mutlosigkeit einer neugewählten Bundesregierung, der der Präsident mit keinem Wort der Ermutigung half. Köhler schien geradezu in Depression versunken zu sein und war es womöglich auch, denn er ist der Vater des Euro-Stabilitätspakets und musste zuletzt ohnmächtig den Untergang dieses Teils seines Lebenswerkes mit ansehen.

In der Nachfolgedebatte werden überwiegend Persönlichkeiten genannt, die den C-Parteien angehören, denn in der Bundesversammlung verfügt Schwarz-Gelb über 52 Prozent, und die FDP ist zu schwach, um Ansprüche erheben zu können. LO-Sprecher Wilhelm v. Gottberg brachte den früheren bayerischen Ministerpräsidenten und langjährigen EKD-Synodalen Günther Beckstein ins Gespräch. *K. Badenheuer*

WILHELM V. GOTBERG:

Gelbe Karte

Bundesfinanzminister Schäuble wird immer mehr zu einer Belastung für die schwarz-gelbe Regierungskoalition in Berlin. Am Wochenende forderte er Steuererhöhungen, um die Überschuldung Deutschlands zu mildern. Fällt dem Minister wirklich nichts Besseres ein? Schäuble ist nach der Kanzlerin der Hauptverantwortliche für die jüngste, maßlose Neuverschuldung Deutschlands aufgrund der Eurokrise. Er weiß, dass Griechenland die gewährten Kredite nie wird zurückzahlen können und Deutschland mit seinem Teil von rund 140 Milliarden Euro einstehen muss.

„Die Bürger wollen, dass wir die Neuverschuldung zurückführen“, sagt Schäuble. Primär wollen die Bürger etwas anderes, nämlich dass Neuverschuldung grundsätzlich vermieden wird. Der Finanzminister will auf Kosten der Steuerbürger Deutschlands seine verantwortungslose Politik korrigieren. Dafür gehört ihm die gelbe Karte gezeigt.

Anstatt Überlegungen zu Steuererhöhungen und steigenden Sozialabgaben anzustellen, sollte der Minister schleunigst eine detaillierte Einsparliste vorlegen. Dazu einige Vorschläge: Kürzung der üppigen Altersversorgung der Parlamentarier, Streichung der Zuschüsse an die Stiftungen der politischen Parteien, Halbierung der Zuschüsse an die Parlamentsfraktionen, Lichtung des Subventionsdschungels beziehungsweise Streichung zahlreicher Steuervergünstigungen. Nichts darf tabuisiert werden. Der Nato-Mitgliedsbeitrag gehört ebenso auf den Prüfstand wie der EU-Beitrag und der Soli. Es sei daran erinnert, Steuererhöhungen dämpfen die Konjunktur.

Betretenes Schweigen

Enthüllung über Ostpreußen-Angebot scheint unerwünscht

Kaum Reaktionen gab es in den Medien auf die Enthüllung des „Spiegel“, dass Moskau im Mai 1990 Verhandlungen mit Bonn über die Zukunft des nördlichen Ostpreußens suchte. Aus der Politik selbst war nach dem Wissen dieser Zeitung sogar keinerlei Reaktion zu verzeichnen. Noch nicht einmal die vielschichtige Frage, warum dieses Dokument gerade jetzt öffentlich wurde, scheint die politische Klasse in Deutschland zu interessieren.

Was den „Spiegel“-Bericht eindrucksvoll bestätigt: Das Angebot im Sommer 1990 wurde von Moskau offenbar zweigleisig vorgebracht: Auch hochrangige deutsche Manager mit Kontakten zur Landsmannschaft Ostpreußen wurden damals entsprechend kontaktiert. LO-Sprecher Wilhelm v. Gottberg bestätigte nun erstmals, dass dieser Vorstoß die Grundlage der entsprechenden Berichte in den Ausgaben Nr. 20, 31, 37 und 42 des Jahres 1991 dieser Zeitung waren. „Das Angebot als solches geschah schon vor Abschluss des 2+4-Vertrages im September 1990“, erläutert v. Gottberg. Wohlweislich habe die Landsmannschaft damals monatelang gezögert, mit dieser Sensation an die Öffentlichkeit zu gehen. Die zeitliche und inhaltliche Parallelität der beiden „Überlieferungsstränge“ bestätigt nun die Richtigkeit des jeweils anderen Berichts, und sie zeigt, dass dieser Vorstoß aus Moskau eben doch vermutlich ernst gemeint war. Eine raffinierte Intrige gegen Gorbatschow, wie der „Spiegel“ mutmaßt, wäre kaum in dieser doppelten Form gesponnen worden. Gegen diese Vermutung spricht ohnehin die eigene Berichterstattung des „Spiegel“ am 13. September 1999 unter Berufung auf „russische und deutsche Polit-Quellen“, wonach dieses Angebot Gorbatschows später von Boris Jelzin erneuert worden sei. *K.B.*

> Die Landsmannschaft war früh informiert

Etablierte verlieren in Prag

Schwarzenbergs Erfolg verhindert zudem linke Mehrheit

Der spektakuläre Ausgang der tschechischen Parlamentswahl vergangenen Sonntag enthält auch eine Botschaft an Berlin: Ähnlich der deutschen SPD näherten sich die dortigen Sozialdemokraten (CSSD) seit Jahren immer mehr den Kommunisten an, um so eine dauerhafte linke Mehrheit zu etablieren. Um mehr als zehn Punkte sackten sie nun auf gut 22 Prozent ab.

Noch schlimmer erging es indes der nationalliberalen ODS, die um rund 15 Punkte auf nur noch 20 Prozent fiel. Grund war eine Reihe peinlicher Korruptionsskandale. Die kleine Christdemokratische Partei, die sich mehr und mehr nach links geöffnet hatte, verfehlte erstmals die Fünf-Prozent-Hürde und zieht nicht wieder ins Parlament ein. Großer Sieger ist der frühere Außenminister Karl Prinz zu Schwarzenberg. Der 72-Jährige, der die Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg beim Namen nennt, hatte eine eigene konservative Partei namens TOP09 gegründet und errang auf Anhieb knapp 17 Prozent. Vor allem bei den Jungwählern räumte er ab und erzielte 29 Prozent. TOP steht für „Tradition, Verantwortung, Prosperität“ in den tschechischen Anfangsbuchstaben. Neben Schwarzenberg war auch der Fernsehjournalist Radel John mit einer Neugründung rechts der Mitte angetreten und errang knapp elf Prozent. Zusammen haben die drei Rechtsparteien nun eine solide Parlamentsmehrheit. Gespräche zwischen ODS und TOP09 laufen bereits.

> Rot-rote Avancen wurden bestraft

Mit dem Ergebnis haben, wie bereits in vielen anderen europäischen Ländern, neue bürgerliche Formationen das etablierte Parteiensystem ins Wanken gebracht. Dabei ist es ihnen gelungen, Wähler, die von den bürgerlichen Parteien enttäuscht waren, zu mobilisieren und eine linke Mehrheit zu verhindern. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

EU fordert Rente mit 70

Brüssel – Die EU-Kommission hat die Mitgliedstaaten der EU dazu aufgefordert, das Renteneintrittsalter bis zum Jahr 2060 schrittweise auf 70 Jahre anzuheben. Maßstab für die Anhebungen solle sein, dass die Menschen nicht mehr als durchnittlich ein Drittel ihres Erwachsenenlebens im Ruhestand verbringen. Der Sozialverband Deutschland hat den Vorschlag erwartungsgemäß abgelehnt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) bezeichnete den Vorstoß hingegen als Ausdruck der „bitteren Wahrheit“ und legte nach: 2060 sei für die Rente mit 70 „viel zu spät“. Da die EU keinen direkten Einfluss auf die Rentenpolitik der Staaten hat, dürfte der Kommissionsvorschlag als Unterstützung für Rgierungen gedacht sein, die die Anhebung des Eintrittsalters gegen zum Teil erbitterten Widerstand durchsetzen wollen. *H.H.*

PAZ im Internet offen für Debatte

Hamburg - Die Internetseite der *Preußischen Allgemeinen* erfreut sich steigender Beliebtheit, die Zahl der Zugriffe erreicht fast jeden Monat einen neuen Rekord. Seit kurzem bietet der Internetauftritt der *PAZ*, der inzwischen fast täglich aktualisiert und erweitert wird, eine neue Möglichkeit: Die online gestellten Artikel können kommentiert werden, die Seite ist damit „interaktiv“, wie das etwas sperrige neudeutsche Wort so schön heißt. Eingestellte Kommentare sind aber nicht sofort lesbar, sondern werden von der Redaktion gesichtet, um Missbrauch auszuschließen. Tatsächlich sind solche Versuche selten, vielmehr haben etliche eingestellte Kommentare das Niveau von Leserbriefen. Mitunter bekommen die Schreiber sogar die Rükkfrage, ob sie mit dem Abdruck auf der *PAZ*-Leserbriefseite einverstanden sind. Weitere Beiträge sind willkommen! *PAZ*

Neue Runde im Dauerstreit

Das ungarisch-slowakische Verhältnis bleibt gespannt – 98 Prozent für ungarisches »Doppelpass-Gesetz«

Kaum haben sich im ungarisch-slowakischen Dauerkonflikt die Wogen um das slowakische Sprachengesetz gelegt, sorgt das neue ungarische Staatsbürgerschaftsgesetz für Aufregung zwischen den beiden EU-Ländern. Die Grundlage des Konflikts wurde schon im Jahre 1920 mit einer fragwürdigen Grenzziehung gelegt.

Nachdem im Jahr 2004 die EU das seinerzeit geplante ungarische Doppelpass-Gesetz noch als „nationalistische“ Außenpolitik kritisiert hatte und dessen Ablehnung per Volksentscheid wegen zu geringer Wahlbeteiligung mitbewirkte, sorgt die frisch gewählte nationalliberale Regierung von Viktor Orbán jetzt mit einer Neuauflage für Schlagzeilen.

Am 26. Mai stimmte das Budapester Nationalparlament mit 97,7 Prozent einer Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes zu, mit der Angehörigen ungarischer Minderheiten in den Nachbarländern künftig auf Wunsch ein Doppelpass verliehen werden kann. Voraussetzung ist lediglich, dass sich unter den Vorfahren mindestens ein ungarischer Staatsbürger befindet und die Beherrschung des Ungarischen nachgewiesen werden kann.

Bislang konnten nur solche nicht im Land lebenden Personen den ungarischen Pass erhalten, die diesen schon einmal besessen hatten, was rükkwirkend auch ihre Nachfahren zu ungarischen Staatsbürgern machte. Eine Teilnahme an Wahlen in dem kleinen ostmitteleuropäischen Land wäre für Doppelpass-Inhaber unter den rund 2,5 Millionen Auslandsungarn in den Gebieten der ehemaligen k.u.k. Monarchie aber ebenso umöglich wie die Inanspruchnahme von Sozialleistungen. Für beides ist ein ständiger Wohnsitz in der Republik Ungarn erforderlich.

In der Slowakei hat das minderheitenpolitische Signal aus Budapest, das hochsymbolisch am 20. August – dem ungarischen Nationalfeiertag – in Kraft treten und ab 1. Januar 2011 umgesetzt werden soll, für heftige Proteste gesorgt. Das Parlament verabschiedete postwendend ein Gesetz, nach dem jeder slowakische Staatsbürger, der eine andere Staatsbürgerschaft annimmt, seine slowakische verliert. Der slowakische Regierungschef Fico dramatisierte die Lage am 25. Mai mit den Worten: „Was in Ungarn geschieht, ist für die Slowakei lebensgefährlich.“

Der Doppelpass-Streit bedeutet für die ohnehin schwierigen Beziehungen beider Länder auch insofern eine Belastungsprobe, als er zu einem wichtigen Thema für die in der Slowakei am 12. Juni anstehenden Parlamentswahlen geworden ist, und die Auseinandersetzungen über die Folgen des unlängst novellierten Sprachengesetzes für die noch etwa 500 000 (von einst 720 000) in der Südslowakei lebenden Madjaren keineswegs ausgestanden sind.

Gefundenes Fressen für die Wahlkämpfer in der Slowakei

Anders ist es in Rumänien, dem Heimatland der mit 1,4 Millionen größten auslandsungarischen Volksgruppe. Dort schweigt die Regierung in dieser Angelegenheit, weil es ein ähnliches Gesetz für die Auslandsrumänen gibt, mit dem bereits Hunderttausende von Menschen in der Republik Moldawien auch die rumänische Staatsbürgerschaft erwerben konnten. Hinsichtlich Serbiens, wo es in der Wojwodina noch knapp 300 000 Ungarn gibt, oder der kleinen madjarischen Bevölkerungsgruppe in der Karpaten-Ukraine sind ebenfalls keine internationalen Verwicklungen zu erwarten.

Der im ungarischen Parlament mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit regierende Bürgerbund (Fidesz) kann dem diplomatischen Schlagabtausch mit der Slowakei jedoch gelassen entgegensehen. Man genießt im Streit über das Staatsbürgerschaftsgesetz die Unterstützung fast aller Abgeordneter und wohl auch nahezu der gesamten Bevölkerung. Der alte und neue ungarische Ministerpräsident Orbán tritt nicht nur konsequent für eine Aufhebung der Benesch-Dekrete ein, sondern erhob die „Wiedervereinigung aller Ungarn“ einst sogar zur Kernaufgabe seiner Regierungsarbeit – allerdings nicht im Sinne etwaiger Grenzverschiebungen, sondern in kultureller und sozialer Hinsicht.

Ernstzunehmende innere Kritik kommt lediglich von jenen, die die Frage aufwerfen, ob ein Doppelpass den madjarischen Minderheiten in ihrer jeweiligen Heimat überhaupt nützt. Denn einerseits gäbe der gleichzeitige Besitz der ungarischen Staatsbürgerschaft Sicherheit; die Auslandsungarn könnten jederzeit problemlos ins Mutterland übersiedeln und in diesem Wissen – zumindest theoretisch – die weitere Entwicklung in der Heimat abwarten. Andererseits besagt eine vor Jahren durchgeführte Erhebung, dass 14 Prozent der Ungarn in Rumänien den Doppelpass zur unverzüglichen Abwanderung nutzen würden.

Man darf zunächst vor allem gespannt sein, ob die Europäische Union erneut gegen die mit dem Doppelpass angestrebte eher symbolische Abmilderung der Folgen des Trianon-Vertrages von 1920 wettert oder ob Brüssel angesichts der Euro-Krise diesmal andere Sorgen hat. Auf jeden Fall dürfte der Streit auch Bewegung in die aktuelle Diskussion in Österreich und Südtirol über eine doppelte Staatsbürgerschaft für die dortigen Deutschen und Ladiner bringen. *Martin Schmidt*



Heikle Nachbarschaft mitten in der EU: Ende August 2009 verweigerte die Slowakei Ungarns Präsident László Sólyom (Mitte) sogar die Einreise zu einer Denkmalseinweihung in der geteilten Grenzstadt Komorn. Bild: pa

Die Schulden-Uhr:

BdSt legt Sparliste vor

Mit einer Reihe konkreter Einsparvorschläge begleitet der Bund der Steuerzahler (BdSt) die Berliner Spardebatte. Darunter finden sich auch kuriose Titel, die den verschwenderischen Umgang mit deutschem Steuergeld, etwa für einen Zuschuss für die Stadtbahn im vietnamesischen Saigon (Ho-Chi-Minh-Stadt), offenlegen. Der Zehn-Punkte-Plan des BdSt umfasst ein Einsparvolumen von zusammen 27 Milliarden Euro. Bei den Subventionen, beispielsweise für die Steinkohle, den ökologischen Landbau und anderes, ließen sich danach allein 3,2 Milliarden kürzen. Auch solle auf erwiesenermaßen unwirksame Arbeitsmarktprogramme wie Ein-Euro-Jobs verzichtet werden, was zwei Milliarden Euro Ersparnis brächte. *H.H.*

1.713.615.350.352 €

Vorwoche: 1.710.770.754.002 €
Verschuldung pro Kopf: 20 962 €
Vorwoche: 20 927 €

(Dienstag, 2. Juni 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Viel Ärger mit Israel

Das Dilemma westlicher Politiker mit Nahost-Fragen

Dass israelische Kommandos einen Schiffskonvoi unter türkischer Flagge in internationalen Gewässern aufbrachten – ein „Piratenakt“, wie der türkische Außenminister Davutoglu sagte – hat nicht nur die bilateralen Beziehungen auf einen neuen Tiefpunkt gebracht. Vielmehr gab es weltweit Proteste, und der dringlich einberufene UN-Sicherheitsrat forderte Israel zu sofortiger Freigabe der Gefangenen und der Schiffe auf.

Die sechs Schiffe waren mit 10 000 Tonnen an Hilfsgütern und etwa 700 Aktivisten der Bewegung „Free Gaza“ – unter ihnen Abgeordnete und Intellektuelle aus verschiedensten europäischen Ländern, die Friedensnobelpreisträgerin Mairead Corrigan Maguire und sogar ein Holocaust-Überlebender – Richtung Gaza unterwegs, um den dort seit drei Jahren eingeschlossenen 1,5 Millionen Menschen materielle und moralische Hilfe zu bringen sowie die Welt an ein schreiendes Unrecht zu erinnern.

Die Kommandoaktion, bei der etwa 20 Aktivisten erschossen und Dutzende verletzt wurden, die meisten davon Türken, ist nur ein weiterer Fall, der zeigt, wie schwer es westliche Politiker haben, ihre Doppelmoral in sämtlichen Nahost-Fragen den eigenen Wählern und Steuerzahlern zu erklären. So etwa setzt Israel den Ausbau der völkerrechtswidrigen Siedlungen im Westjordanland und die Enteignung von Palästinensern in Ostjerusalem ungemindert fort. Damit werden diverse sanktionslose UN-Resolutionen weiter ignoriert und die ohnehin minimalistischen „Vermittlungsversuche“ der USA der Lächerlichkeit preisgegeben.

Für das weltweite Ansehen Israels ist es ein Debakel

Ärger gab es auch nach der Ermordung eines Hamas-Führers im Februar in Dubai – nicht wegen des Mordes, sondern weil die Mossad-Agenten dabei mit verfälschten Pässen von Bürgern befreundeter Staaten unterwegs waren. Als „Vergeltung“ hatte Großbritannien bereits im März einen israelischen Diplomaten ausgewiesen, und Ende Mai tat dies auch Australien.

Vorige Woche hat der „Guardian“ enthüllt, dass Israel, das von Südafrika Uran bezog und mit dem Apartheid-Regime eng zusammenarbeitete, Pretoria einst sogar die Lieferung von Atom-Waffen angeboten hatte. Israel dementiert, obwohl entsprechende Dokumente mit der Unterschrift des damaligen Verteidigungsministers Schimon Peres vorliegen – der Friedens-Nobelpreis-Träger und jetzige Staatspräsident gilt als „Vater der israelischen Atom-Bombe“. Dass im Schlussdokument der jüngsten UN-Konferenz über den Atomwaffen-Sperrvertrag Israel aufgefordert wurde, seine Atom-Anlagen von der Internationalen Atombehörde inspizieren zu lassen, ist auch nur eine papierene Forderung – die Israel prompt zurückwies.

Indessen geht das Verwirrspiel um neue Iran-Sanktionen und um amerikanische oder israelische Militäraktionen weiter. Immerhin sah sich die griechische Regierung nun gezwungen, die israelisch-griechischen Luftwaffen-Manöver in der Ägäis abzubrechen – das Gebiet ist etwa so weit von Israel entfernt wie mögliche Ziele im Iran… *Richard G. Kerschhofer*

Klage in Karlsruhe

Argumente gegen das Euro-Rettungspaket

Mit dem Teilerfolg der Verfassungsbeschwerde gegen den Lissabon-Vertrag im Juni 2009 schienen wichtige Souveränitätsrechte der Bundesrepublik gegen eine schleichende Übernahme durch die EU abgesichert zu sein. Es war deswegen folgerichtig, dass die damaligen Kläger um den CSU-Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler jetzt mit Klagen gegen die beiden Hilfsgesetze zugunsten von Griechenland und zur allgemeinen Euro-Rettung deren Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz prüfen ließen.

Die Regierung muss Stellung nehmen

Während das Verfassungsgericht Mitte Mai einen Eilantrag gegen das Gesetz über die Griechenlandhilfe nach nur zwei Tagen abgewiesen hatte, zeichnen sich für die Beschwerde gegen das zweite, weitaus größere Hilfspaket bessere Aussichten ab. Für manche Beobachter überraschend haben die Karlsruher Richter Ende Mai Bundesregierung und Europäische Zentralbank dazu aufgefordert, zu der Verfassungsbeschwerde Stellung zu nehmen.

Folgende Argumente begründen laut Klägerseite die Verfassungswidrigkeit des „Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“: Vor allem würde damit die Nichtbeistandsklausel des Lissabon-Vertrages faktisch gebrochen, was aber eine Änderung dieses Vertrages voraussetze. Dafür, so Gauweilers Prozessbevollmächtigter Dietrich Murswieck, wäre aber sogar eine Grundgesetzänderung mit Zwei-Drittel-Mehrheit nötig. Die Entscheidung der Bundesregierung stelle einen unzulässigen sogenannten „ausbrechenden Rechtsakt“ dar. Mit der Drohung, andernfalls breche das gesamte Währungssystem zusammen, sei der Bundestag zur Zustimmung genötigt worden. Dabei sei noch völlig offen, wie die geplante staatliche Zweckgesellschaft konstruiert werden solle und unter welchen Voraussetzungen diese Gesellschaft die enormen Mittel „ausreichen“ dürfe, die zudem weit mehr den Banken als dem Gemeinwohl dienten. *K.B.*

Roter Filz: Schon der zweite Fall 2010

Von Harald Fourier

Der Berliner Senat und die Baubehörden haben geschlampt: Sie haben ein landeseigenes Baugrundstück am Bahnhof Friedrichstraße, genannt Spreedreieck, an einen Unternehmer verkauft, der dort ein Hochhaus hinsetzen wollte. Konnte er aber nicht, weil da unterirdische Gänge der Bahn waren. Der Unternehmer hätte Berlin verklagen können – und er hätte mit Sicherheit gewonnen. Um den Mann nun zu beruhigen, kam ihm der Senat in vielerlei Hinsicht entgegen. Die Folgen: Millionenverluste für das Land Berlin. Albanische Verhältnisse mitten in Deutschland.

Inzwischen beschäftigt sich mit diesem peinlichen Vorgang ein Untersuchungsausschuss. Dessen Vorsitzender heißt Andreas Köhler (SPD). So ein Ausschuss vernimmt Zeugen. Köhler kennt zwei der Zeugen, die in die Affäre verwickelt sind: Er hat sie bereits anwaltlich vertreten. Der eine frühere Mandant Köhlers ist ein Genosse von ihm, der wiederum den Spreedreieck-Bauunternehmer vertreten hat. Der andere ist Autor eines wichtigen Gutachtens. Auch er war ein Mandant von Andreas Köhler. Das sind gleich zwei merkwürdige Zufälle in einer Dreieinhalbmillionen-Metropole, in der nicht automatisch jeder jeden kennt. Trotzdem weigert sich Köhler, das Amt niederzulegen.

Manche Skandale werden ja erst dadurch richtig schlimm für die darin Verwickelten, dass jemand Dinge zu vertuschen sucht. Die Sachen, um die es eigentlich geht, sind oft gar nicht mehr so wichtig. Das beste Beispiel ist die Watergate-Affäre, die US-Präsident Richard Nixon seinen Posten gekostet hat.

Die Affäre um den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses (!) hat nun auch das Potenzial, Köpfe rollen zu lassen. Aus dem „Fall Spreedreieck" könnte der „Fall Köhler" werden. Es zeigt sich abermals: 20 Jahre Beteiligung an der Macht in Berlin haben ihre Spuren bei der SPD hinterlassen. Ihre Funktionsträger haben das Gespür dafür verloren, was anständig und erlaubt ist – und was nicht.

Der Fall „Köhler" ist bereits der zweite Skandal in diesem Jahr. Im Februar musste Ralf Hillenberg (SPD) den Bauausschuss des Abgeordnetenhauses verlassen, weil seine private Baufirma Aufträge einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft angenommen hat. Er selbst saß also in dem entsprechenden Ausschuss im Abgeordnetenhaus genau an der „richtigen Stelle", um seine Schäfchen ins Trockene bringen zu können. Genau so wie Andreas Köhler im richtigen Ausschuss saß, um seinen (Ex-)Mandanten einen Vorteil zu verschaffen. Zufall? Wohl eher ein weiterer Fall von Genossen-Filz.

Christlicher Sender abgeschaltet

Berlins »Radio Paradiso« verliert Frequenz – Grütters (CDU): »Senat kirchenfeindlich«



Hoffnungsfroher Start: Im September 1996 stellten Pastor Rainer Thun (l.) und Geschäftsführer Matthias Gülzow den neuen Sender vor. Gülzow will um den Erhalt von „Radio Paradiso" kämpfen

Bild: pa

Für „Radio Paradiso" soll zum 1. Dezember Schluss sein. Angeblich hat der Christen-Rundfunk zu wenig Wortbeiträge ausgestrahlt. Kritiker sehen darin aber nur einen Vorwand.

Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) ist zuständig für die Vergabe von Radiosendefrequenzen. In den vergangenen Tagen hat sie zwei Frequenzen neu vergeben, und der Medienrat wird dies aller Voraussicht nach am 22. Juni bestätigen. Die Frequenz 88,4 müssen sich sieben verschiedene Radiomacher teilen. Auffällig: Das Internetradio Multicult 2.0 erhält insgesamt fünf Sendestunden täglich – zu bevorzugter Sendezeit.

Der Vorgänger Radio Multi Kulti vom RBB war aus Kostengründen eingestellt worden. Die Chefin von Multicult 2.0, Brigitta Gabrin, kritisiert die Entscheidung heute noch: „Radio Multikulti hatte eine erfolgreiche Geschichte hinter sich, das war nicht unbedingt in Hörerzahlen messbar, aber in Auszeichnungen und internationaler Anerkennung." Ein Sender also, den zwar kaum jemand hörte und der stattdessen wohlmeinende Auszeichnungen erhielt.

Die übrigen Bewerber mussten sich mit weniger attraktiven Sendeplätzen zufrieden geben, aber alle sieben Bewerber haben etwas abbekommen. So gibt es künftig eine Stunde „Kiez Infothek" oder den Ohrfunk, ein Medienprojekt von und für Blinde und Sehbehinderte.

Internationale Aufmerksamkeit erregte die andere Entscheidung der MABB. Nach 14-jährigem Sendebetrieb soll zum 30. November der kirchliche Sender Radio Paradiso auf der Frequenz 98,2 seinen Betrieb einstellen. Stattdessen soll ein Sender namens „Oldiestar" seine Frequenz übernehmen. Die Entscheidung fiel einstimmig. Radio Paradiso wird von der Baptisten-Gemeinde in Berlin-Schöneberg, dem kirchlichen Immanuel-Krankenhaus und der Evangelischen Darlehensgenossenschaft getragen. Trotz dieser protestantischen Ausrichtung befasste sich Radio Vatikan ausführlich mit der Angelegenheit.

Sendeplatz geht an ein »Oldie«-Radio

Kirchliche Vertreter und Politiker haben die Entscheidung kritisiert. Landesbischof Markus Dröge hält sie für „völlig unverständlich". Von einem „großen Verlust" für die Medienvielfalt spricht die CDU-Bundestagsabgeordnete Monika Grütters. Sie mutmaßt, dies sei eine von vielen „kirchenfeindlichen Entscheidungen" im rot-rot regierten Berlin. Selbst der Kulturstaatssekretär André Schmitz (SPD) kritisierte die Entscheidung. Die Diakonie Berlin sieht in der Frequenzvergabe an Oldiestar einen Affront gegen die Programm- und Meinungsvielfalt und gegen die Menschen, die einen christlichen Sender hören wollen.

Als Grund für die Entscheidung führt die MABB eine stetige Reduzierung des täglichen Wortanteils im Programm an. Dieser sei seit 2006 von gut drei Stunden (183,8 Minuten) auf 72 Minuten zurückgegangen. Tagsüber zeige sich das christliche Profil nur noch in den „Gedanken zum Auftanken". Indes: Radio Paradiso ist in Praxen und Taxen ein oft eingestellter Hintergrundsender und kann rund 30 000 Hörer vorweisen. In der Kritik der MABB heißt es dazu, „Paradiso spielt hauptsächlich Musik, die niemandem wehtut".

Paradiso-Geschäftsführer Matthias Gülzow gibt sich überrascht: „Es gab nie eine Abmahnung, nie eine grundsätzliche Kritik an unserem Programm, während andere Veranstalter reihenweise Abmahnungen erhalten." Zudem habe der christliche Wortanteil zuletzt wieder höher gelegen. Bischof Dröge assistiert: „Radio Paradiso hat gezeigt, dass auch im privaten Rundfunk ein Programm möglich ist, ohne dass dabei Anrufer veralbert, zu Glücksspielen animiert oder mit teuren kostenpflichtigen Telefonnummern verführt werden sollen." Gülzow will die Entscheidung der MABB aber nicht ohne Weiteres hinnehmen: „Wir warten jetzt den Bescheid ab und werden dann Rechtsmittel einlegen." Auch die für Kultur zuständige Bundestagsabgeordnete Grütters gibt sich kämpferisch: „Dies reiht sich nahtlos in eine Vielzahl kirchenfeindlicher Entscheidungen der Regierungsparteien SPD und Linke ein." Rene Stadtkewitz, der als parteiloser Abgeordneter für die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus sitzt, kritisierte: „Ich habe bis 1989 die Gleichschaltung der Medien in der DDR erlebt und will so etwas nie wieder haben. Obwohl ich kirchlich nicht gebunden bin, habe ich den Sender immer gern gehört." Insgesamt 64 Mitarbeiter, darunter 21 Festangestellte, würden möglicherweise arbeitslos werden, wenn die Entscheidung der MABB Bestand hätte.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) mag sich nicht für den Erhalt des Senders einsetzen. Eine förmliche Stellungnahme des Senats dazu lehnt er ab. Er verweist auf die Unabhängigkeit der Medienanstalt. Sie falle nicht in die Zuständigkeit von Parlament und Senat. Dass sein Parteigenosse, Kulturstaatssekretär Andre Schmitz, für den Sender sei, ficht Wowereit nicht an: „Vielleicht wird auch der Nachfolgesender seinen Musikgeschmack treffen", so der Regierende. Die leichte Häme nährt den Verdacht, ihm käme die Entscheidung nicht ungelegen. *Theo Maass*

Kein Kotau gen Mekka

Berliner Schule darf muslimischen Gebetsraum wieder schließen

Der muslimische Schüler Yunus M. darf nun doch nicht in seiner Schule, dem Berliner Diesterweg-Gymnasium, gen Mekka beten. Das entschied das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg vergangene Woche.

Nachdem Schulleiterin Brigitte Burchardt im November 2007 auf dem Schulflur betenden Muslimen, darunter Yunus M., das Beten verboten hatte, erwirkte der Vater des heute 16-Jährigen (ein zum Islam konvertierter Deutscher) im März 2008 eine einstweilige Verfügung. Danach musste Yunus die Möglichkeit gegeben werden, täglich in der großen Pause in der Schule zu beten. Im September 2008 wurde dies vom Verwaltungsgericht bestätigt.

Da das muslimische Gebet mit seiner mehrmaligen tiefen Verbeugung in Richtung Mekka sehr demonstrativ ausfällt und andere provozieren könnte, richtete die Schule einen Gebetsraum ein. Gleichzeitig blieb Burchardt jedoch bei ihrer Ablehnung des Gebetsrechts in der Schule, und bekam nun Recht.

Die Einschränkung der Religionsfreiheit sei hier zulässig, so das OVG, weil das aufwendige Gebet für Konflikte mit andersoder nichtgläubigen Schülern führen könne: „Das islamische Ritualgebet hat Demonstrationscharakter und dient auch der sozialen Kontrolle", so die Urteilsbegründung.

OVG: »Das Ritual dient auch der Kontrolle«

Fraglich erschien während des Prozesses, wie ernst es Yunus M. mit dem Gebet wirklich ist oder inwiefern es bloß um Provokation geht. Die Schulverwaltung hielt ihm vor, den Gebetsraum seit seiner Schaffung vor über einem Jahr nur 14mal benutzt zu haben. Er habe meist keine Lehrer mit einem Schlüssel finden können, entgegnete darauf der 16-Jährige.

Berlins Bildungssenator Jürgen Zöller (SPD) begrüßte das Urteil. Der rot-rote Senat verfolgt die Linie, Religionen, egal welche, aus den Schulen fernzuhalten. Dies trifft auch die christlichen Konfessionen. Statt eines evangelischen oder katholischen Religionsunterrichts gibt es lediglich religionsneutralen „Ethikunterricht". Religion müssen die Schüler zusätzlich belegen.

Entsprechend zwiespältig fiel auch die Reaktion der beiden großen Kirchen auf das Gebetsurteil aus. Zwar solle Neutralität gewahrt werden, hieß es von dort. Doch könne man das „Beten nicht einfach verbieten", so das katholische Erzbistum, denn, so die Reaktion der evangelischen Landeskirche, auch die Schule sei „kein religionsfreier Raum". *H.H.*

Fußball-Elend an der Spree

Nächster Schlag nach Herthas Abstieg: Tennis Borussia insolvent

Vier Berliner Fußballvereine gaben seit Gründung der Bundesliga ihre Visitenkarte dort ab. Das ist Rekord, keine andere Stadt hat mehr: Hamburg, Stuttgart, Köln stellen zwei, München drei Vereine. Doch so ruhmreich die Geschichte, so trist die Gegenwart. Nach dem Abstieg von Hertha BSC ist kein einziger Hauptstadtklub mehr in der Königsklasse vertreten, eine Tragödie für Fußball-Berlin.

Wo sind die einst landesweit bekannten Traditionsvereine geblieben? Manche sind vollkommen verschwunden, aufgelöst; einer kämpft gerade ums nackte Überleben: Tennis Borussia fehlen 500 000 Euro. Der Vereinspräsident musste dieser Tage den bitteren Gang zum Amtsgericht antreten: Insolvenzantrag.

Damit geht eine stolze Tradition zu Ende, die 1902 ihren Anfang nahm. Von 1965 bis 1973 war der bekannte TV-Unterhalter Hans Rosenthal Präsident von „Te Be", in den Spielzeiten 1974/75 und 1976/77 konnte der Klub den Rivalen Hertha herausfordern und kurzzeitig in die erste Liga aufsteigen. Es war die Glanzepoche des Vereins.

Dann begann der Abstieg: „Te Be" verschwand nach wenigen Jahren zweiter Liga in der Drittklassigkeit. Zwischen 1993 und 2000 erlebte der Verein eine weitere kurze Blütephase. Tennis Borussia erreichte erneut die zweite Liga, doch dann folge der Lizenzentzug: Grund war das nebulöse Finanzgebaren des Sponsors.

Die TV-Legende Hans Rosenthal war hier einst Präsident

Ähnlich, nur weniger spektakulär, erging es den beiden anderen früheren Berliner Bundesligisten. Als 1965 der Hertha BSC wegen überhöhter Prämienzahlungen an Spieler aus der Liga ausgeschlossen wurde, war es Wunsch der DFB-Führung gewesen, weiterhin einen Verein aus Berlin in der Bundesliga zu haben. Diesen Platz nahm Tasmania 1900 ein.

Doch der Verein war völlig unvorbereitet auf das Unternehmen Bundesliga und erlangte wegen seines schlechten Abschneidens in der Saison 1965/66 negative Berühmtheit. Der Klub musste Konkurs anmelden und wurde im Juli 1973 aufgelöst.

Die Tradition von Blau Weiß 90 ging auf das Jahr 1890 zurück. Von einem Mäzen unterstützt stieg der Verein 1986/87 in die Bundesliga auf, konnte sich aber dort genauso wenig halten wie Tasmania und „Te Be". 1992 folgten Lizenzentzug und Konkurs.

Alle Hoffnungen ruhen jetzt auf einem Wiederaufsteig von Hertha oder auf dem ambitionierten 1. FC Union aus dem Ostteil der Stadt. *Hans Lody*

Zeitzeugen



Helmut Kohl – Der heute 80-jährige Altbundeskanzler gilt als Vater der Deutschen Einheit und war von 1973 bis 1998 Bundesvorsitzender der CDU. Während die von ihm 1982 postulierte „geistig-moralische Wende“ ausblieb, gelang es ihm doch, den Konservativen in der CDU eine Heimat zu sichern. Gesellschaftlichen Modernismus überließ er der politischen Linken und der FDP.

Hermann Gröhe – Der 1961 geborene frühere Bundesvorsitzende der Jungen Union ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit Oktober 2009 ist er als Nachfolger von Ronald Pofalla Generalsekretär der CDU. Wie dieser sieht er seine Aufgabe keineswegs darin, auch einmal zuzuspitzen, um das Profil seiner Partei zu schärfen. Viele Bürger wissen darum nicht recht, für welche Inhalte er selbst, aber auch die CDU heute (noch) stehen.



Werner Münch – Die „Profillosigkeit der CDU in der Bundespolitik“ und das „Lavieren der Vorsitzenden in wichtigen Politikfeldern zur Befriedigung des Koalitionspartners“ brachte den CDU-Politiker Anfang 2009 dazu, seiner Partei den Rücken zu kehren. Besonders hatte dem Katholiken, der von 1991 bis 1993 Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt war, die Kritik der CDU-Vorsitzenden an Papst Benedikt XVI. missfallen.

Bernhard von Diemer – Der Unternehmensberater ist Präsident des Studienzentrums Weikersheim, einer 1979 von Hans Filbinger gegründeten christlich-konservativen „Denkfabrik“. Das Studienzentrum, in dem einst sogar Papst Johannes Paul II. sprach, ist bis heute eine Perle des Konservativismus in Deutschland, wird aber von der CDU selbst kaum mehr geschätzt.



Alfred Dregger – Der 1920 geborene langjährige Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion galt bis zu seinem Tode im Jahre 2002 als Symbolfigur der Konservativen in der CDU. Er wünschte sich seine Partei „sozial, aber nicht sozialistisch, liberal, aber nicht liberalistisch und national, aber nicht nationalistisch“. Die Junktimierung der Wiedervereinigung mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bezeichnete er offen als „Erpressung, jawohl“.

Verwaiste Konservative

Roland Kochs Rückzug schwächt die CDU – kann Mappus die Rolle ausfüllen?

Roland Koch hinterlässt bei der CDU eine große Lücke, weil er konservative und wirtschaftsliberale Wähler an die Partei gebunden hat. Womöglich könnte in Zukunft Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus diese Lücke ausfüllen.

Was wird nach dem Rückzug Kochs aus der Politik aus dem konservativen Element in der CDU? Auf einmal scheint auch „Linkshabern“ zu dämmern, dass es ohne Konservative nicht geht. An wem sollte man sich denn noch reiben? Und: Wer außer den Konservativen sollte so konstruktiv denken und handeln, dass sowohl die Fundamente des Staates als auch die Ertragskraft der Wirtschaft gesichert werden – und sei es auch nur, damit linke Utopisten dadurch ihre Wolkenkuckucksheime finanzieren können?

Roland Koch, den Helmut Kohl sich einst als Nachfolger gewünscht hatte, als er erst 40 Jahre alt war, gelang es, weit über Hessen hinaus konservative Wähler an die CDU zu binden. Dabei war und ist Koch eigentlich kein Konservativer im engeren Sinne und schon gar kein „Rechter“, sondern in erster Linie ein Wirtschaftsliberaler. Und dabei ein fleißiger, mutiger und kompetenter Mann, der in erster Ehe verheiratet ist und immer unbequeme Wahrheiten aussprach. Insofern war und ist er aus ganz anderm Holz geschnitzt als Glattschleifer der Kategorie Hinze/Gröhe/Pofalla. Bemerkenswert ist daneben seine Freundschaft mit vernünftigen Sozialdemokraten wie Peer Steinbrück und mit Persönlichkeiten wie dem Dalai Lama.

> Koch ist aus einem anderen Holz als Pofalla & Co.

Nimmt man Kochs Wahlkämpfe und seine Politik unter die Lupe, so bleibt vom „rechten“ Image gar nicht so viel übrig: Kochs Unterschriftensammlung gegen den „Doppelpass“ vor der erfolgreichen Landtagswahl 1999 beispielsweise hatte ja noch nicht einmal eine Rückkehr zur bis 1998 bestehenden Regelung zum Ziel, sondern nur eine weniger weitgehende Liberalisierung als die von der Regierung Schröder-Fischer ins Werk gesetzte. Und Kochs lange bekämpfte Forderungen nach Ausweisung ausländischer Serienstraftäter und soliden Deutschkenntnissen von Ausländerkindern vor der Einschulung nutzt bei Lichte besehen den in Deutschland lebenden Zuwanderern sogar noch mehr als den Einheimischen. Doch was zählen solche Sachargumente, wenn SPD, Grünen und „Linken“ im Wahlkampf die Argumente ausgehen?

Wahr ist, dass nach Kochs Abgang die CDU konservativen Wählern kaum mehr ein personelles Angebot machen kann. Damit wird es für Kanzlerin Merkel mit ihrem überaus pragmatischen, um nicht zu sagen prinzipienlosen Stil der „Alternativlosigkeit“ noch schwerer, konservative Überzeugungsanhänger der Union bei der Stange zu halten.

Wer aber könnte überhaupt kurzfristig in die Lücke springen, die Koch hinterlässt? Sein doppelter Amtsnachfolger, der hessische Innenminister Volker Bouffier vertritt ähnliche Überzeugungen, muss sich aber erst überregional und auf mehr Politikfeldern einen Namen machen.

Ähnliches gilt für Stefan Mappus, seit Februar Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Nicht nur mit seiner Kritik an der alljährlichen Schwulenparade „Christopher Street Day“ hat er eine konservative Duftmarke gesetzt. Mappus könnte das Zeug zum konservativen Frontmann der CDU haben, womit er automatisch mehr als andere auch zu einem Gegenspieler der Kanzlerin würde. Bevor Mappus diese Position erreicht, muss er allerdings die Landtagswahl Ende März 2011 gewinnen. Aktuell geben die Demoskopen ihm 41 Prozent; kein CDU-Landesverband und auch nicht die CSU stehen stärker da, und die Bundes-CDU kann von soviel Zuspruch derzeit nur träumen. *Anton Heinrich*



Herber Verlust, nicht nur für Hessen und die CDU: Roland Kochs Rückzug aus der Politik hinterlässt eine große Lücke. Bild: pa



Konservative Renaissance ist möglich

Was ist „konservativ“ eigentlich – und könnte diese Grundeinstellung in der CDU eine Renaissance erleben? Vielen Autoren wird sinngemäß das Zitat zugeschrieben: „Tradition ist nicht die Bewahrung der Asche, sondern die Weitergabe des Feuers.“ So verhält es sich auch mit dem Konservativ-Sein. Konservativismus ist keine Ideologie, sondern eine Lebenseinstellung, eine Haltung. Man prüft das Neue, übernimmt es aber nur, wenn es besser ist als das Bestehende – Innovation ist kein Selbstzweck. Dabei ist man keinesfalls strukturkonservativ wie manche Sozialisten, die neuer Technik grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. „Konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren“, sagte Franz Josef Strauß auch mit Blick auf diesen unfreiwilligen Konservativismus von links. Konservativ sein, heißt die erkannte Wahrheit auszusprechen um mit ihr zu überzeugen. Ein Konservativer hält die Freiheit des Einzelnen hoch, sieht sie aber eng mit der Verantwortung verknüpft.

All das würden die meisten CDU-Politiker vermutlich unterschreiben, und doch mag kaum einer der tonangebenden Köpfe aus der Generation von Kauder und Schäuble und erst recht keiner der etwas Jüngeren um Pofalla oder Wulff das Etikett „konservativ“ an sich kleben haben.

Der Nachwuchs der CDU hat damit weniger Probleme. So trat kürzlich die Junge Union mit einem Grundsatzpapier hervor, in dem sie unter anderem die widersinnige „Gender-Mainstreaming“-Politik der Bundesregierung abschaffen will. Die Schüler Union und ihr soeben ausgeschiedener Bundesvorsitzender Younes Ouaqasse – ein in Mannheim aufgewachsener moslemischer Marokkaner – singen das Hohelied auf den christlichen Religionsunterricht, Schulkreuze, das Leistungsprinzip und das klassische dreigliedrige Schulsystem. Die Zukunft der CDU könnte also wieder konservativer werden. *A. Heinrich*

Die Zwickmühle

Volksparteien verlieren Profil durch »Fischen« in der Mitte

Nach der Wahlniederlage in Nordrhein-Westfalen beginnt für alle Anhänger des Mitte-Kurses von CDU-Chefin Angela Merkel das Nachdenken. Schon bei der Bundestagswahl konnte die angestrebte 40-Prozent-Marke nicht erreicht werden. Nun führte der linksliberale Kurs des Merkel-Anhängers und selbsternannten „Arbeiterführers“ Jürgen Rüttgers zu Verlusten an andere Parteien und Nichtwähler.

Die beiden großen Volksparteien stehen hier vor einem besonderen Dilemma, schrieb Renate Köcher, Leiterin des Allensbacher Institutes, in einer Analyse für die „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ schon im Februar. Zu diesem Zeitpunkt war sich Rüttgers noch seiner Wiederwahl gewiss. Umfragen prophezeiten ihm über 40 Prozent, der Absturz auf 35 Prozent war kaum absehbar. Die Misere der Volksparteien, so Köcher, besteht in dem Problem der „Mitte“. Hier tummeln sich die Volksparteien in einer Reihe von Themenfeldern gemeinsam. Dazu zählen die Förderung des Wirtschaftswachstums und die Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus. Auch die soziale Sicherung ist ein Kernanliegen einer großen Mehrheit der Bevölkerung. Die oft beklagte „Unschärfe“ der volksparteilichen Programme liegt also daran, dass eine große Mehrheit der Deutschen eine pragmatische Politik will, so die Allensbach-Chefin.

Und hier tut sich eine gewisse Zwickmühle auf. Je mehr sich die Parteien einander angleichen, desto unattraktiver werden sie für ihre Kernklientel. Die Sozialdemokraten sind auf diese Weise schon bei 25 Prozent und weniger angekommen. Die CDU ist vielleicht auf dem Weg dorthin. Konservative Wähler, so die Allensbacher Studie, haben an eine Partei klare Erwartungen: Recht und Ordnung, Disziplin und solide Finanzen sowie Kinderbetreuung durch die Mutter in den ersten Lebensjahren stehen bei über 70 Prozent der Konservativen weit oben auf der Rangliste. Bei christlich orientierten Wählern stehen die „Stärkung der Familie“ und das „Eintreten für sozial Schwache“ sogar ganz an der Spitze.

> Deutsche Einheit hat das »C« im Namen geschwächt

Dabei fanden die Allensbacher heraus, dass 55 Prozent der Bevölkerung auf den Begriff „konservativ“ spontan mit Antipathie reagiert, während 56 Prozent den Begriff „christlich“ sympathisch fanden. Das Christliche ist nach wie vor mehr in der CDU als in der SPD verortet. 61 Prozent der CDU/CSU-Anhänger bezeichneten sich als „religiös“. Mitte der 80er Jahre lag dieser Wert noch bei 73 Prozent. Besonders die Wiedervereinigung hat zu einem deutlichen Abschmelzen religiöser Wertevorstellungen geführt.

Man kann bekanntlich auf zwei Seiten vom Pferd fallen. Für christdemokratische Wähler führt es zu Enttäuschung und Wahlenthaltung, wenn ihre Partei inhaltlich ausgerechnet auf der „rechten Seite“ vom Pferd fällt. Hier sind die Führungspersönlichkeiten gefragt, allen voran der oder die Parteivorsitzende selbst. Je weniger Angela Merkel diesen Balance-Akt beherrscht, desto mehr christdemokratische Wähler wird die CDU verlieren. *HEB*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4358**

Sparklausur: Es geht ans Eingemachte

Die Bürger müssen sich auf weniger Leistungen oder höhere Abgaben einstellen – oder auf beides

Zehn Milliarden Euro soll der Bund allein im nächsten Jahr einsparen. Wo und wie, darüber wird innerhalb der schwarz-gelben Koalition noch heftig gestritten. Sparen wollen alle – außer bei sich selbst. Gegen den Rat der Experten will der Finanzminister selbst Steuererhöhungen nicht mehr ausschließen.

Lange nicht mehr waren FDP und CSU sich so einig. Die in Land und Bund koalitionsverbandelten Dauer-Streithähne machen einträchtig Front gegen einen Feind, der wieder einmal nicht „links steht“, sondern in den eigenen Reihen: Wolfgang Schäuble (CDU).

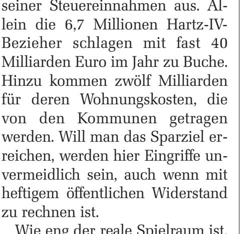
Der Bundesfinanzminister hat zur Zeit die undankbare Aufgabe, nicht nur das Volk, sondern auch die eigenen Kabinettskollegen auf strikten Sparkurs einzuschwören. In den kommenden Jahren muss das Haushaltsdefizit, sprich die Neuverschuldung, um jeweils zehn Milliarden Euro heruntergefahren werden.

Schäuble, neben Angela Merkel dienstältestes Kabinettsmitglied, befürchtet offenbar, dass allein Ausgabenkürzungen in dieser Größenordnung nicht durchsetzbar sein werden. Um sich dem Fernziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts zu nähern, will der Minister darum Steuererhöhungen grundsätzlich und für alle Zeiten „nicht ausschließen“.

Doch dagegen steht nicht nur der Rat der Wissenschaft, die seit langem fast unisono argumentiert, dass unsere Staats- und Steuerquote viel zu hoch ist und die öffentlichen Hände mit ihren Einnahmen durchaus auskommen könnten (siehe Leitartikel auf Seite 1). Auch politisch muss Schäuble mit Widerspruch rechnen. Prompt konterte etwa der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer: „Mit der CSU wird es keine Steuererhöhungen geben, nicht beim halben oder ganzen Mehrwertsteuersatz, nicht bei der Lohn- oder Einkommenssteuer“, versicherte er gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“. Mit Blick auf die Kabinettsklausur, auf der die Bundesregierung in wenigen Tagen den Sparetat 2011 festzurren will, drohte Seehofer gar, dort „entscheidet sich die Zukunft der Koalition“.

Ganz so weit wollen nun ausgerechnet die Liberalen, an sich die klassische Steuersenkungspartei, nicht gehen. Zwar meldete Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle sich zurück mit der Anmerkung, mit der FDP werde es „Steuererhöhungen nicht geben“. FDP-Generalsekretär Christian Lindner relativierte das aber bereits mit dem Hinweis, wenn man das System der Umsatzsteuer insgesamt transparenter und widerspruchsfreier machen wolle, gebe es da „an einzelnen Stellen natürlich eine Erhöhung“.

Tatsächlich könnte der Staat durch Erhebung des vollen Mehrwertsteuersatzes, wo bisher der ermäßigte galt, wohl etwa drei Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich einnehmen. Politisch verkaufen ließe sich das als „Abbau von Privilegien für Rennpferde und Flugbenzin“. Doch Vorsicht: So bizarr einige Ausnahmeregelungen erscheinen, die Masse machen sie nicht aus. Die fällt etwa bei den bislang nur reduziert besteuerten Grundnahrungsmitteln an. Hier an der Mehrwertsteuerschraube zu drehen oder gar die bislang



Soziales und Zinsen verschlingen 90 % der Steuereinnahmen

ganz befreiten Mieten einzubeziehen hat mit Abbau von Privilegien und Subventionen schlechterdings nichts zu tun.

Echter Subventionsabbau in Milliardenhöhe ist dagegen möglich bei der Förderung alternativer Energieträger, zwei Milliarden pro Jahr wären hier wohl drin. Doch ob Schäuble sich zum Beispiel gegen die überaus starke Solarstrom-Lobby durchsetzen könnte, ist eher unwahrscheinlich. So bleiben für den dickeren Brocken des Zehn-Milliarden-Pakets nur Ausgabenkürzungen wie die Einschränkung von staatlichen Leistungen.

Als der scheidende hessische Ministerpräsident Roland Koch forderte, hier dürfe es keine Tabus geben, kamen sofort die gebetsmühlenhaften Reflexe: Nicht gespart werden darf bei Bildung und Kindern, bei Familien, bei Hartz IV, beim Straßenbau, bei der Sicherheit, bei der Gesundheit und so weiter. Lediglich Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg scherte aus der Einheitsfront der Lobbyisten in eigener Sache aus und stellte substanzielle Einsparungen aus seinem in den zurückliegenden Jahren schon oft reduzierten Etat in Aussicht.

Trotz aller ressort-egoistischer Tabuwünsche – am meisten gespart werden kann natürlich da, wo bisher am meisten ausgegeben wird. So rückt der Etat von Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen in den Blickpunkt, denn die Sozialausgaben des Bundes machen mehr als 56 Prozent seiner Steuereinnahmen aus. Allein die 6,7 Millionen Hartz-IV-Bezieher schlagen mit fast 40 Milliarden Euro im Jahr zu Buche. Hinzu kommen zwölf Milliarden für deren Wohnungskosten, die von den Kommunen getragen werden. Will man das Sparziel erreichen, werden hier Eingriffe unvermeidlich sein, auch wenn mit heftigem öffentlichen Widerstand zu rechnen ist.

Wie eng der reale Spielraum ist, um überhaupt noch in anderen Ressorts nennenswerte Spareffekte zu erzielen, zeigt der Blick auf die Schuldenlast des Bundes. Von unseren 1,7 Billionen Euro öffentlichen Schulden entfallen über 60 Prozent, etwa 1 Billion, auf die oberste Ebene. Dass Schäubles Zinslastquote derzeit bei „nur“ 16,2 Prozent liegt, ist dem niedrigen Zinsniveau zu danken. Insgesamt binden allein Sozialetat und Schuldendienst fast 90 Prozent der Steuereinnahmen. Von den restlichen zehn Prozent aber ist ein Großteil gesetzlich festgeschrieben und kaum veränderbar, zum Beispiel Personalkosten und Pensionsverpflichtungen.

So werden sich die schwarz-gelben Koalitionäre auf ihrer Klausur am 6. und 7. Juni von allen Tabus und von den Aufgeregtheiten dieser Tage verabschieden müssen. Und die Bürger müssen sich darauf einstellen, dass alle – die einen mehr, die anderen weniger – künftig auf staatliche Leistungen verzichten müssen.

Denn es geht, um Horst Seehofers Warnung noch einmal zu zitieren, längst nicht mehr um den Fortbestand der schwarz-gelben Regierungskoalition in Berlin. Es geht um die dauerhafte Handlungsfähigkeit Deutschlands. *Hans-Jürgen Mahlitz*



Besser spät als nie: Die Bundesregierung will endlich sparen. Bild: pa

MELDUNGEN

Klimakonferenz kaum beachtet

Bonn – Kaum beachtet von der Öffentlichkeit hat am Montag in Bonn eine weitere UN-Klimakonferenz begonnen. Noch bis 11. Juni beraten 4000 Teilnehmer aus aller Welt über ein klimapolitisches Minimalziel: Nach dem gescheiterten Gipfel in Kopenhagen geht es nur mehr um gemeinsame „Verhandlungstexte“ für die Weltklimakonferenz im mexikanischen Cancún im Dezember. Angesichts der zu Tage getretenenen Unregelmäßigkeiten in der „Weltklimabürokratie“ und der andauerenden Weltfinanzkrise findet das Thema momentan weltweit wenig Aufmerksamkeit. Experten warnen indessen vor Sorglosigkeit angesichts weiter steigender Durchschnittstemperaturen. *K.B.*

SPD-Umfrage entsetzt Gabriel

Berlin – Eine Umfrage der SPD-Spitze unter ihren knapp 10000 Ortsvereinen hat ein desaströses Bild der Partei zutage gefördert: Nur die Hälfte der Vereine sah sich überhaupt im Stande, die Fragen binnen zwei Monaten zu beantworten. Obwohl die, die antworteten, wohl die aktiveren sind, bietet die Hälfte von ihnen nur maximal zwei politische Veranstaltungen im Jahr an, zwei Drittel haben in den vergangenen Jahren keine parteioffenen Projekte durchgeführt. Auf die Frage, was am Bundestagswahlkampf der SPD 2009 am besten gewesen sei, antwortete eine deutliche Mehrheit: „Nichts“. SPD-Chef Sigmar Gabriel hat die verheerenden Resultate der Befragung mit 300 Kreisvorsitzenden in Berlin analysiert. Ziel müsse es sein, die SPD aus einer „geschlossenen Gesellschaft“ wieder in eine offene Partei zu verwandeln. Eine Idee war, dass bei der Aufstellung von SPD-Kandidaten zu öffentlichen Ämtern auch parteilose Bürger mit abstimmen sollten. *H.H.*

Viele Varianten

Kommt es zur Großen Koalition in NRW?

Im medialen Windschatten von Präsidenten-Rücktritt, Hochwasser, Ölpest und Sängerwettstreit wird in Düsseldorf weiter um die Macht in Nordrhein-Westfalen gepokert. Die Zahl der Optionen hat zuletzt wieder zugenommen, nachdem FDP-Chef Guido Westerwelle erklärte, ein Ampelbündnis sei doch nicht völlig ausgeschlossen. Momentan laufen indessen die Sondierungen zwischen CDU und SPD über eine Große Koalition – für SPD-Landeschefin Hannelore Kraft zweifellos nur „vierte Wahl“, doch für ein rot-grünes Bündnis hat es am Wahltag nicht gereicht und die „Linken“ erwiesen sich schnell als regierungsunfähig.

Der Koalitionspakt mit der Rüttgers-CDU hätte für Frau Kraft den Nachteil, dass sie nicht Ministerpräsidentin würde: Selbst wenn Jürgen Rüttgers verzichten würde, für die CDU kommt der Verzicht auf das Amt in einer Koalition mit der SPD nicht infrage, denn sie hat am 9. Mai rund 6000 Wählerstimmen mehr erobert.

Entscheidend könnte beim Poker um eine Große Koalition sein, wen die CDU als Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt präsentieren würde, falls die SPD Rüttgers partout nicht akzeptieren oder er die Nachfolge Horst Köhlers als Bundespräsident anstreben sollte. Laut der nordrhein-westfälischen Verfassung muss der Ministerpräsident aus der Mitte des Landtags gewählt werden, und da drängen sich bei der CDU nicht eben viele Namen auf. Am häufigsten werden Integrationsminister Armin Laschet, Arbeitsminister Karl-Josef Laumann und CDU-Generalsekretär Andreas Krautscheid genannt.

FDP versucht, wieder ins Spiel zu kommen

Ohnehin will man in weiteren Gesprächen mit der SPD mit den Sachfragen beginnen. Hier lägen die beiden Partner etwa in der Bildungspolitik weit auseinander. Auch die notwendigen Ausgabenkürzungen des hoch verschuldeten Landes dürften die Schmerzgrenze der Gesprächspartner schnell strapazieren. Sollte eine Große Koalition nicht gelingen, bliebe für Kraft womöglich wieder eine Jamaika-Koalition mit Liberalen und Grünen als gleichsam „dritte Wahl“. Neuwahlen sind unwahrscheinlich, denn zu viele neugewählte Abgeordnete von Grünen und auch CDU müssten um ihr Mandat bangen. *HEB/K.B.*

Spitze Frage

Der Umgang des AA mit Franz Nüßlein

Ein Vorgang im Frühjahr 2003 gehört zu den bis heute nachwirkenden Ungereimtheiten in der Amtszeit von Joseph „Joschka“ Fischer als Bundesaußenminister. Der verstorbene Staatsanwalt und Diplomat Franz Nüßlein erhielt im Hausblatt des Auswärtigen Amtes „internAA“ einen ehrenden Nachruf, wie bis dahin alle verstorbenen Mitarbeiter des „Amtes“. Doch dagegen gab es eine Beschwerde, da der 1909 geborene Nüßlein angeblich im „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ als Oberstaatsanwalt an 900 Hinrichtungen beteiligt gewesen wäre. Nicht Fischer, sondern erst Kanzler Schröder nahm diesen schweren Vorwurf auf und forderte Konsequenzen. Gefragt wurde dabei aber kaum, ob die gegen den Verstorbenen erhobenen Vorwürfe zuträfen, sondern im Grunde nur noch, wie das schreckliche Missgeschick passieren konnte, eine vermeintlich so schwer belastete Person wie Franz Nüßlein nach seinem Tode zu ehren.

Wie schief die damalige Debatte von Anfang an verlief, zeigt die zunächst von der rot-grünen Bundesregierung angeordnete Konsequenz: Ab sofort sollten frühere Mitarbeiter des AA, die einmal NSDAP-Mitglieder gewesen waren, keinerlei ehrenden Nachruf mehr erhalten. Das war freilich ein absurder Schnellschuss, denn auch die früheren Außenminister Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher persönlich hatten der NSDAP angehört. Die Empörung im AA war entsprechend groß, doch Fischer reagierte wieder befremdlich: Seither werden Todesfälle in „internAA“ nur noch vermeldet, die Formel vom „ehrenden Gedenken“ entfällt grundsätzlich – kein anderes Bundesministerium verfährt so. Eine Historikerkommission wurde eingesetzt, die im Herbst 2010 Ergebnisse vorlegen will. – Mit einem Leserbrief des Botschafters a. D. Heinz Schneppen in der „FAZ“ vom 28. Mai könnte der Fall eine neue Wendung bekommen: Schneppen zitiert Akten und Erklärungen des AA aus den Jahren 1960 bis 1965 und weitere Belege auch aus der Tschechoslowakei selbst, die Nüßlein schlicht eine weiße Weste bescheinigen. Er fragt spitz: „Nur das AA kann verbindlich klären, wie es dazu kam, dass es seine eigenen Akten ignorierte.“ (Siehe Kommentar S. 8) *K.B.*

Fischers Verhalten grenzte an Rufmord

MELDUNGEN

Vorbild Deutschland?

Paris – Der französische Bildungsminister Luc Chatel hat eine Schulreform nach deutschem Vorbild angekündigt. Dabei strebt er jedoch Veränderungen an, die inzwischen auch in Deutschland zum Teil nicht mehr praktiziert werden. Seit 2008 in Frankreich der Sonnabendunterricht abgeschafft wurde, haben französische Schüler werktags bis 16.30 Uhr Unterricht, wobei mittwochs an vielen Schulen unterrichtsfrei ist. Da Nachmittagsunterricht als nicht kindgerechte Arbeitsbelastung ausgemacht wurde, soll jetzt nur bis Mittag unterrichtet werden und danach nur Sport und kulturelle Aktivitäten angeboten werden. Auch sollen die neunwöchigen Sommerferien verkürzt werden. Vor allem durch mehr Sportunterricht soll versucht werden, die zunehmende Gewaltbereitschaft und die Zahl der Schulschwänzer zu reduzieren. *Bel*

Seehofer in Rumänien

Bukarest/München – Auf Einladung des rumänischen Premierministers Emil Boc hat der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) Rumänien besucht. Der CSU-Chef versprach Boc engere Kooperation in den Bereichen Energie, Bildung, Tourismus und Strukturpolitik und betonte seine Verbundenheit mit der deutschen Volksgruppe in Rumänien. Bei seinem Besuch in Hermannstadt (Sibiu), wo ihm die Lucian-Blaga-Universität die Ehrendoktorwürde verlieh, traf Seehofer Bürgermeister Klaus Johannis, der der nur noch 2000 Personen zählenden deutschen Minderheit in der 175000-Einwohner-Stadt angehört. Insgesamt leben etwa 60000 Deutsche in Rumänien. Seehofer hat angekündigt, dass er eine ähnliche Reise auch in die Teschechische Republik machen möchte. *Bel*

Soldaten in Stellung gebracht

Nordkorea: Kim Jong Ils Kriegsgebahren zwingt Peking auf die Linie Washingtons

China ist an einer offenen Auseinandersetzung zwischen Nord- und Südkorea absolut nicht interessiert. Vor allem die zu erwartenden Flüchtlingsströme schrecken Peking ab. Washington drängt Seoul gar zu Sanktionen gegen Pjöngjang

Die militärische Abwehr Hawaiis, des 50. Bundesstaat der USA, wird derzeit kräftig aufgerüstet. Nach Äußerungen von US-Verteidigungsminister Robert Gates sehen die Vereinigten Staaten in dem „unberechenbaren Führer“ Nordkoreas, Kim Jong Il., eine akute Gefahr für sich und den Weltfrieden. Dies umso mehr, als der kleinwüchsige Diktator gegenwärtig wieder mit dem Säbel rasselt und sich die politische Lage im Gelben Meer dramatisch zuspitzt. US-Außenministerin Hillary Clinton ist mit einer diplomatischen Offensive um ruhigeres, politisches Fahrwasser bemüht – ein schwieriger Balanceakt angesichts des Ärgers der Vereinigten Staaten mit Kim Jongs starken Verbündeten in Peking wegen der Aufrüstung Taiwans mit Raketen durch die Amerikaner.

Grund für die Eskalation ist die Explosion vom März an Bord des südkoreanischen Kriegsschiffes „Sheonan“, die laut einer internationalen Untersuchungskommission durch ein Torpedo der nordkoreanischen Marine verursacht wurde, das Schiff nahe der Seegrenze zwischen Süd- und Nordkorea versenkte und 46 Soldaten tötete. Aufgefundene Reste des Torpedos werden Nordkorea zugeschrieben, der Sprengstoff soll ein deutsches Fabrikat sein.

Inzwischen sind auf beiden Seiten die Armeen in Alarmbereitschaft, ein Flottenaufmarsch Südkoreas demonstriert Stärke, der Norden kündigte einen alten Sicherheitspakt auf, der bewaffnete Konflikte vermeiden sollte. Die Grenztruppen wurden verstärkt, Übergänge geschlossen, die Kanonen sind bereit zum Feuern. Seouls Handelsverbindungen mit dem Norden wurden eingefroren, die Weltbörsen reagierten mit einem Schwächeanfall. Auch Chinas Außenminister Zhang Zhijun äußerte sich besorgt über den lautstarken und aggressiven Zwist: „Wenn unsere Region ins Chaos fällt, unterminiert das die Interessen aller Beteiligten. Also behaltet alle eine kühlen Kopf.“ China fürchtet im Kriegsfall einen völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch des armen Nordkoreas, dessen Führung vermutlich gerade aufgrund der massiven Versorgungsprobleme im Innern versucht durch das Herbeireden einer Bedrohung von außen das Land zusammenzuhalten. Wenn Nordkorea jedoch zerfiele, müsste China mit mindestens zwei Millionen Flüchtlingen aus dem Land rechnen, die Peking dann versorgen müsste.



Trauerfeier für tote Südkoreaner: Die 46 Soldaten starben vermutlich wegen nordkoreanischen Torpedo. Bild: imago

> Drängen die Generale den kranken Kim Jong Il?

Trotz offizieller Beendigung des Koreakrieges im Jahr 1953, der wie Vietnam für Amerika mit einer Blamage verbunden war, schwelt der Konflikt in der Region weiter und wird bereits als „the never ending war“ bezeichnet. Einige Beobachter vermuten, dass genau aus diesem Grund das international nicht voll anerkannte Nordkorea die Muskeln spielen lässt. Da es einen Krieg nur verlieren könnte, Druck jedoch die Chance auf internationale Hilfen erhöht, erpresst Pjöngjang seit Jahren auf diese Weise erfolgreich internationale Hilfen.

Die USA und Japan haben sich spontan hinter die Regierung in Seoul unter Premier Lee Myungbak gestellt und fordern Sanktionen gegen Kim Jong Il.. Dieser, der gerade zum Freundschaftsbesuch in der Volksrepublik China war, streitet jede Beteiligung seiner veralteten Kriegsschiffe an dem Torpedoangriff vehement ab und bezichtigt die Gegner in Seoul der Fälschung von belastendem Material. Die offizielle Nachrichtenagentur des Diktators: „Nichts weiter als eine Farce mit der Orchesterbegleitung einer Gruppe von Verrätern unter dem Patronat der USA, um die Demokratische Volksrepublik Korea zu isolieren und zu ersticken.“

Gleichzeitig drohte der „Geliebte Führer“, der immer wieder wegen seiner Atom- und Raketenversuche in den Fokus der Weltöffentlichkeit geriet, mit einem gewaltigen Krieg. Immerhin gebietet er über eine der größten Armeen der Welt, eine anscheinend funktionsfähige Atombombe und eine Million Menschen unter Waffen – eine ernstzunehmende Zeitbombe im Fernen Osten. Ob jedoch überhaupt der gesundheitlich angeschlagene Staatslenker oder seine das Machtvakuum nutzende Generale derzeit die Fäden in Pjöngjang ziehen, ist ungewiss.

Seit der kommunistische Diktator in Pjöngjang in der Lage sein soll, mit seinen verbesserten „Taepodong-2“ Raketen Hawaii, den sogenannten US-„Aloha-Staat“, in etwas über 7000 Kilometer Entfernung zu erreichen, verstärkt das Pentagon die Verteidigung im Stillen Ozean. Ein zweites Pearl Harbour, als im Dezember 1941 japanischer Bomber, bei einem Überraschungsangriff, einen großen Teil der US-Pazifikflotte zerstörten, soll es nie wieder geben.

Ein Terminal für sogenannte „High Altitude Area Defense Missiles“ und das auf See stationierte „X-Band-Radar“ wurden bereits installiert. Die verbalen Attacken des „Geliebten Führers“ werden auch von einer Weltmacht nicht auf die leichte Schulter genommen. *Joachim Feyerabend*

Mobiles Gefängnis

Bosnische Serben wollen Burka verbieten

Wenn Belgien, Frankreich und andere Länder die Burka und den Ganzkörperschleier Nikab verbieten, dann muss Bosnien-Herzegowina das auch können. So hat es jedenfalls Milorad Dodik, Premier der Republika Srpska, der zweiten „Entität“ im Lande, schon im April gefordert, und im Mai haben die unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD), deren Führer Dodik ist, im Parlament beantragt, ein gesetzliches „Verbot von Burkas und was Musliminnen weiter an Verhüllungen tragen“, zu verhängen. Das könne Bosnien „der EU annähern“, wo Burkas zum Teil bereits verboten sind.

> Eine FDP-Politikerin als Kronzeugin

Unter den zwölf Parteien des Parlaments der bosnischen Teilrepublik ist Dodiks SNSD zweitstärkste Fraktion, die ihren Hauptgegner, die islamistische „Partei demokratischer Aktion“, bis aufs Blut reizt. Die Muslime verlangen die gesetzliche Ächtung serbischer Partisanenverbände als „faschistisch“, was die Dodik-Serben mit geballten Nadelstichen vergelten.

Die Forderung nach dem Burka-Verbot war nur der Anfang, dem der SNSD-Antrag folgte, das Parlament solle „den türkischen Genozid an den Armeniern“ von 1913 verurteilen. Das war eine Provokation der Extraklasse. Zwar sind bosnische Muslime keine Türken, viele hielten sich aber seit der Konversion der gemeinschaft zum Islam im Jahre 1463 so eng an türkische Gebräuche, dass sie bis heute von ihren Nachbarn „turci“ (Türken) genannt werden. Und wenn bosnische Serben heute ein Verdikt türkischer Untaten von vor fast 100 Jahren verlangen, dann folgen sie damit dem Beispiel vieler Staaten, was die bosnischen „Türken“ besonders schmerzt.

Bosniens Muslime griffen im Bürgerkrieg 1992/95 nach jeder Hilfe, die sie kriegen konnten, auch von Mujaheddin und Taliban, und vergalten sie mit bosnischen Pässen. Osama bin Laden und viele seiner Mordgesellen wurden so bosnische Staatsbürger, mit denen Burkas und Unbildung ins Land kamen. Das wollen Dodiks Sozialdemokraten nun rückgängig machen, deren „Liebling“ derzeit die deutsche EU-Parlamentarierin Silvana Koch-Mehrin ist. Die FDP-Politikerin verurteilt Burkas als „mobile Gefängnisse“ und fordert deren Verbannung aus Europa. *Wolf Oschlies*

Obama schlägt Pflöcke ein

Oberster Gerichtshof: US-Präsident verbreitert Mehrheit für seine Demokraten

Mit Spannung wurde in den USA erwartet, wen Präsident Barack Obama für den freiwerdenden Sitz im Obersten Gerichtshof nominieren würde. Der „Supreme Court“ war lange von einer eher rechtskonservativen, männlichen Mehrheit unter den neun Richtern dominiert. Hieran änderte auch die Berufung von Sonia Sotomayor 2009 nichts.

Derartige Ernennungen sind immer ein gewagtes Spiel, da der Präsident nie genau weiß, welche politische Gesinnung er sich an diesen entscheidenden Platz holt. Dies wird an einer aktuellen Entscheidung deutlich: So dürfen Minderjährige nicht länger zu lebenslanger Haft ohne Aussicht auf Bewährung verurteilt werden, solange sie keinen Mord begangen haben. Dies hatte das Ausland von den USA seit langem gefordert. Ausschlaggebend für diese Entscheidung waren die fünf demokratisch gesinnten Richter unter Führung von Richter Anthony M. Kennedy (mit ihm Ruth Bader-Ginsburg, Stephen G. Breyer, John Paul Stevens und die neue Sonia Sotomayor) gegen die vier hart dagegen plädierenden Richter: dem obersten Richter John G. Roberts jr., Clarence Thomas, Antonin Scalia und Samuel A. Alito jr.

Im April hatte der maßgebliche Richter des linken Flügels im Obersten Gerichtshof, John Paul Stevens, aus Altersgründen seinen Rücktritt angekündigt. Er hatte dies lange geplant, aber gewartet, bis George W. Bush das Weiße Haus geräumt hatte, um Obama die Chance zu geben, einen Nachfolger seiner Wahl zu küren. Es wurde eine Nachfolgerin. Am 10. Mai nominierte der Präsident seine oberste Vertraute im juristischen Beraterstamm des Weißen Hauses und derzeitige General-Bundesanwältin Elena Kagan. Sie wird, wenn vom Senat bestätigt, die dritte Frau (noch nie dagewesen in der Geschichte des Gerichtes) und mit 50 Jahren die jüngste Inhaberin des unkündbaren lebenslangen Prestige-Jobs. Mit der New Yorker Jüdin hat der Supreme Court jetzt fünf katholische und vier jüdische Richter, aber zum Bedauern der traditionsbewussten angelsächsischen Yankees keinen Protestanten. Auch haben alle neun Richter in Harvard oder Yale studiert, worin viele schon wieder eine Elite sehen.



Obamas neue Wunschkandidatin: Elena Kagan Bild: ddp images

Frau Kagan hat keine richterliche Erfahrung, aber eine erstaunliche juristische Karriere: Sie war enge Beraterin von Präsident Clinton im Weißen Haus, arbeitete für Vizepräsident Joe Biden zu dessen Senatoren-Zeit. 2003 amtierte sie als der erste weibliche Dekan der prominenten Harvard Law School, an der auch beide Obamas ihre juristische Ausbildung erhielten, bis sie im vorigen Jahre Generalbundesanwältin und engste Beraterin von Obama wurde. Privat führt sie das Leben einer unabhängigen, unverheirateten Intellektuellen. Was von Gegnern übers Internet zu Gerüchten genutzt wurde, sie sei lesbisch.

Elena Kagan ist eine diplomatische Wahl. Kein „liberaler Feuerbrand“, sondern eine Juristin, die keine Konfrontation anstrebt, sondern schwierige Entscheidungen und Probleme mit klugen Kompromissen zu lösen sucht. Ähnlich wie Obama selbst. Dieser bewundert ihre hohe Intelligenz und juristische Kenntnis und erwartet, wie er bei der offiziellen Vorstellung erklärte, „dass sie mit ihren Urteilen meine eigene Sicht für das Wohl und die Zukunft des Landes vertreten wird“.

Doch nun muss sie erst einmal vom Senat bestätigt werden, was mit den entsprechenden Anhörungen am 28. Juni beginnen soll. 160000 Seiten an Unterlagen hat das Senats-Kommittee dafür allein von der Clinton-Bücherei angefordert. Zu Kagans eigenen Angaben gehört, dass sie schuldenfrei ist und über keinerlei dubios erlangte Vermögen verfügt. Es wird erwartet, dass sie bestätigt wird, doch der ganze Prozess ist so enervierend, dass ein Insider seufzte: „Wer sich um diesen Job bewirbt, ist selber schuld.“ *Liselotte Millauer*

Furcht vor der zweiten Welle

Die Deutschen werden wieder pessimistischer, an den Börsen steigt die Nervosität

Die Politik scheint kopflos, die Erwartungen der Deutschen verfinstern sich, die USA fahren ungestüm mit ihrer gigantischen Verschuldung, staatlich wie privat, fort: Droht nun die zweite Welle der Weltwirtschaftskrise?

Der plötzliche Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler gab den ohnehin nervösen Börsen den Rest. Kräftige Kursrutsche rundeten das Bild einer endlosen Berg- und Talfahrt ab. Selbst die Herabstufung der Bonität Spaniens durch die US-Rating-Agentur Fitch konnte nicht bewirken, was der Eindruck zunehmender Kopflosigkeit der politischen Führung Deutschlands, des wichtigsten Euro-Landes, auslöste.

Die deutschen Normalbürger teilen die Verunsicherung. Entgegen allen Beschwörungen, der Aufschwung nehme Fahrt auf, hat sich die Konsumlaune der Bundesbürger jäh eingetrübt. Der „Konsumklimaindex“ der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) für Juni ist auf 3,5 Punkte gerutscht nach 3,7 im Vormonat. Der GfK-Index gibt Auskunft über die wirtschaftlichen Erwartungen der Deutschen, nach denen sie ihr Konsumverhalten ausrichten.

Und hier nehmen die Sorgen wieder zu. Sie gehen diesmal nicht von wackelnden Banken oder überhitzten Immobilienmärkten in Westeuropa oder Übersee aus, sondern vom atemberaubenden Finanzgebaren der Regierungen. Nach einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Magazins „Stern“ haben 76 Prozent der Deutschen Angst, dass die Staatsschulden nicht mehr bewältigt werden könnten, 14 Prozentpunkte mehr als bei der letzten Befragung im Februar. Vor Inflation fürchten sich 54 Prozent, zehn mehr als im Februar, 49 Prozent (plus acht) treibt die Sorge vor einem Konjunktureinbruch um.

Immer neue, immer größere „Rettungspakete“ verfestigen den Eindruck, dass die Staaten im Begriff sind, sich zu verheben, dass sie bald am Rande ihrer Möglichkeiten angekommen sind. Was, wenn es zu der befürchteten „Double-Dip“-Rezession kommt, wenn die Konjuktur nach einem kurzen Zwischenhoch, das wir derzeit erleben, noch einmal tief einbricht? Und wenn dann keine Mittel mehr da sind, um staatlicherseits Banken zu stützen, Staaten zu retten und Konjunkturspritzen zu setzen?

Eine solche zweite Welle zeichnet sich am Horizont bereits ab, und die Quelle des zweiten Einbruchs könnte die selbe sein wie bei der ersten: der US-Immobilienmarkt. Schon jetzt spitzt sich die Lage am Markt für US-Gewerbe-Immobilien bedenklich zu. In diesen Monaten werden zudem zahllose Darlehen für Wohnimmobilien angepasst. Viele Amerikaner werden, weil sie höhere Zinsen zahlen müssten oder auch weil sie inzwischen arbeitslos geworden sind, die neuen Kreditkosten nicht mehr stemmen. Bis zum Frühherbst, erwarten Experten, könnte so eine zweite Welle von US-Hauskrediten notleidend werden – zumal Unterstützungsprogramme der US-Regierung für in Not geratene Hausbauer gerade auslaufen.

Die US-Regierung hat bereits angekündigt, wie sie auf weitere Herausforderungen reagieren will

> Die Politik wirkt zunehmend kopflos

– nämlich ganz anders als die Europäer. Während auf dem alten Kontinent die Sparprogramme einander jagen, hat Washington klargemacht, dass es mit der horrenden Verschuldungspolitik nötigenfalls bis 2020 fortfahren würde, um die Konjunktur künstlich in Gang zu halten. Die US-Bürger folgen ihrer Regierung auf den Schuldenpfad: Schon sinkt die Sparquote erneut, das Kaufen auf Pump kommt wieder in Mode.

Dieser Konjunktur-Zombie macht den Europäern eher Angst als Hoffnung. Sie wissen, dass es zu viele Kredite waren, welche die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds führten. Und noch mehr Kredite sollen der Ausweg sein?

Ein Blick hinter die freundlichen US-Konjunkturdaten bestätigt die europäische Skepsis. Folker Hellmeyer, Chefanalyst der Bremer Landesbank, rechnet vor: Bei einer Neuverschuldung in Höhe von zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und einem negativen Realzins von zwei Prozent erreiche Washington gerade einmal drei Prozent Wirtschaftswachstum. Das heißt: Das Verhältnis von Einsatz (auf Pump) und Erlös beträgt laut Hellmeyer real vier zu eins. (Ein negativer Realzins entsteht, wenn der Zinssatz, hier der Leitzins der Notenbank, zu dem sich die Geschäftsbanken dort Geld leihen können, unterhalb der Inflationsrate liegt.)

Und wie sieht es mit den Sparanstrengungen der Europäer aus? Bislang häufen sich bloß dramatische Appelle und schneidige Pläne. Was davon Wirklichkeit wird, muss sich erst noch zeigen. Euro-Schwergewicht Spanien wird von einer sozialistischen Minderheitsregierung beherrscht, die sich die Zustimmung kleinerer Oppositionsparteien sichern muss, bevor sie etwas umsetzen kann.

Doch die Gewerkschaften des Landes gebärden sich kampfbereit. Insbesondere hinsichtlich der Achillesferse der spanischen Volkswirtschaft zeigen sich die Arbeitnehmervertreter hartleibig: der sklerotische Arbeitsmarkt mit kaum Kündbaren hier und einer wachsenden Schar unterbezahlter Zeitarbeiter und einem gewaltig ausgeweiteten Heer von 20 Prozent Arbeitslosen dort. Dass Spaniens Wirtschaft strukturell weitaus besser aufgestellt ist als die Griechenlands, ändert nichts daran, dass Madrid seinen Arbeitsmarkt gründlich reformieren muss, um eine stabile Perspektive zu bekommen.

Die Kapitalmärkte registrieren all das genau, daher rührt ihre hohe Nervosität. Den „Spekulanten“ wird von der Politik gern vorgeworfen, die Krise durch ihr „verantwortungsloses“ Verhalten immer wieder zu befeuern. Angesichts des furchterregneden Zustands der Staatsfinanzen erscheint das Verhalten der Gescholtenen indes nur folgerichtig. Ebenso wie die deutschen Konsumenten trauen auch die Herren des Börsenparketts den Lippenbekenntnissen der Politik nicht mehr.

Hans Heckel



Lange Gesichter auch bei den Profis: Die Rettungspakete hätten eigentlich anders wirken sollen. Bild: Ullstein

KURZ NOTIERT

Weber attackiert die EZB: Bundesbankchef Axel Weber hat die Europäische Zentralbank wegen des Ankaufs maroder, vor allem griechischer Staatsanleihen zu überhöhten Preisen scharf kritisiert. Der EZB-Chef, der Franzose Jean-Claude Trichet, soll den Ankauf erst auf massiven Druck von Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy eingeleitet haben. Französische Banken sind mehr als die eines jeden anderen Landes in Griechenanleihen investiert. *H.H.*

Euro-Raum für Deutschland weniger wichtig: Entgegen einer verbreiteten Darstellung hat die Einführung des Euro nicht dazu geführt, dass die Länder der Eurozone für den deutschen Export wichtiger geworden wäre – im Gegenteil: Nahmen die heutigen Euro-Länder 1995 noch 46,5 Prozent der deutschen Exporte auf, so waren es 2008 nur noch 42,5 Prozent, so das Statistische Bundesamt. Zugenommen haben vor allem die Ausfuhren nach Ostmittel- und Osteuropa sowie Südostasien. *H.H.*

Commerzbank in der Klemme: Um ihre Verbindlichkeiten zu refinanzieren, benötigen Banken weltweit bis Ende nächsten Jahres rund 1,5 Billionen US-Dollar. Das hat die Schweizer Rating-Agentur Independent Credit View errechnet. In Deutschland besonders betroffen ist die Commerzbank, deren Kapitalbedarf bis Ende 2011 laut der Agentur 611 Prozent ihres Marktwertes beträgt. Ohne (weitere) Staatshilfen oder eine „Restrukturierung der Verbindlichkeiten“ (vulgo: Insolvenz) sei das kaum zu schaffen. *H.H.*

Deutschland gehen die Fachkräfte aus: Nachdem die Arbeitslosenzahl im Mai sogar saisonbereinigt um 45 000 gegenüber dem Vormonat zurückgegangen ist, droht Deutschland nach Auffassung der „Wirtschaftswoche“ nun ein Mangel an Fachkräften. Nicht nur Hochqualifizierte, auch Beschäftigte in Läden und im Niedriglohnsektor seien wegen des Geburtenrückgangs bald immer schwerer zu finden. Das koste wertvolles Wachstum. *H.H.*

Honeymoon oder Hinterhalt

Die Beziehung Russland / Türkei ist von Wollen und Müssen geprägt

Zar Nikolaj I. verhöhnte 1852 die Türkei als „kranken Mann am Bosporus“, Russlands Präsident Medwedew feierte sie im Mai als „verlässlichen Nachbarn und strategischen Partner“. Zur Stärkung der Partnerschaft signierten Dmitrij Medwedjew und der türkische Präsident Abdullah Gül 25 Abkommen, die ökonomische Einbrüche in neue Konjunkturen verwandeln sollen.

Russland ist der größte Handelspartner der Türkei – allerdings mit sinkendem Volumen von 28,5 Milliarden Euro 2008 auf 15 Milliarden 2009, wobei Türken für nur 2,5 Milliarden Euro exportierten. Bis 2015 will man den Umsatz verdreifachen und ausbalancieren. Ein Hoffnungsträger ist der Tourismus, der durch die jetzt vereinbarte Visafreiheit auf drei Millionen russische Besucher jährlich steigen soll.

Interessanter ist der geplante Bau des ersten türkischen Kernkraftwerks im südlichen Akkuyu, wo die russische Spezialfirma „Atomstrojeksport“ bis 2017 vier Reaktorblöcke mit einer Gesamtleistung von 4800 Megawatt errichten wird. Die Baukosten von 16 Milliarden Euro trägt Russland, das dafür Akkuyu in seinem Besitz behält. Später dürfen maximal 49 Prozent an türkische oder ausländische Käufer veräußert werden.

Bei so viel Ökonomie verstummt fast die Politik. Die Türkei hat ihr Drängen in die Europäische Union aufgrund von Unstimmigkeiten abgeschwächt und

> Beide Länder brauchen einander wirtschaftlich

sucht mit Russland einen starken Ersatzpartner. Doch Moskau fürchtet, Ankara wolle Ex-Sowjetrepubliken in Zentralasien unter dem Banner des „Pan-Turzismus“ um sich scharen – Ankara beschuldigt Russland derweil antitürkischer Ressentiments, sichtbar an der Unterstützung armenischer Sezessionisten im aserbaidschanischen Nagorny Karabach. Folglich darf Ankara mit dem ethnokulturell verwandten Aserbaidschan Kooperation bei der Waffenproduktion vereinbaren. Da ist manches „im Busch“, was der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu kürzlich in der Moskauer Zeitschrift „Russland in der Globalpolitik“ aufzählte.

Beim Gipfeltreffen Medwedew–Gül im Mai waren diese Themen fast bedeutungslos geworden. Gewichtiger sind Moskaus erfolgreiche Versuche, energiepolitische Vorhaben der EU zu konterkarieren und die Türkei in eigene Pläne einzuspannen. So ist die 3300 Kilometer lange Pipeline Nabucco vom Kaspischen Meer gefährdet. Sie sollte westeuropäische Abhängigkeit von russischem Gas mildern, aber daraus wird wenig werden.

Russland hat die Türkei, nominell Signatar von Nabucco, in seine konkurrierenden Leitungsprojekte eingebunden – „South Stream“ Ost-West, „Blue Stream“ Nord-Süd –, ihr Garantien für die transanatolische Leitung Samsun-Ceyhan gegeben und ihr mit dem Bau von „Blue Stream 2“ die zentrale Rolle in der Versorgung von Zypern, Libanon, Syrien und Israel mit russischem Gas übertragen. Dabei geht es um Milliarden Kubikmeter und Dollar. Diese Aussicht und die bereits nach Samsun und Ceyhan führenden Leitungen würden die Türkei zum erstrangigen Energieknotenpunkt machen. *W.O.*

Nach der Durchsuchung

Kommen doch Anklagen gegen führende Banker?

Erneut musste die skandalgeschüttelte HSH-Nordbank Durchsuchungen der Staatsanwaltschaft über sich ergehen lassen. Die Fahnder, die neben den Bankzentralen in Hamburg und Kiel auch die Privatwohnungen von fünf ehemaligen Vorständen im Visier hatten, gingen dem Verdacht der Bilanzfälschung sowie der schweren Untreue bei einem riskanten Wertpapiergeschäft nach. Für das erste Quartal 2008 soll die Bank einen Gewinn von 81 Millionen Euro angegeben haben, obwohl tatsächlich ein Verlust von 31 Millionen angefallen sei. Die Bank gab sich verwundert und erklärte, der beanstandete Quartalsbericht sei zwischenzeitlich korrigiert worden.

Im Zentrum der Vorwürfe steht seit geraumer Zeit der Vorstandschef der HSH-Nordbank selbst, Dirk Jens Nonnenmacher, der zum Zeitpunkt der behaupteten Taten als Finanzvorstand der Nordbank Verantwortung trug. Noch stärkt der seit Juli 2009 amtierende Aufsichtsratsvorsitzende, der als Krisenmanager an Bord geholte Ex-Deutsche-Bank-Sprecher Hilmar Kopper, ihm den Rücken. Auch die Tatsache, dass erst vor wenigen Tagen die angesehene Reederei Hapag-Lloyd Nonnenmacher einen Aufsichtsratsposten angeboten hat, dürfte er als Vertrauensbeweis der hanseatischen Wirtschaftselite betrachten.

Doch nach wie vor steht der Untreuevorwurf im Raum. Er bezieht sich auf ein Geschäft, das bei der HSH-Bank „Omega 55“

> Durch und durch dubiose Geschäfte der HSH Nordbank

hieß und das typisch ist für die dubiosen Wertpapier-Praktiken von Landesbanken, die ihr Kerngeschäft verließen. Im Verein mit der französischen BNP Paribas hatte die HSH Wertpapiere in Zweckgesellschaften ausgelagert. Mit dem Heraushalten aus der Bilanz wollte man Eigenkapitalrücklagen niedrig halten. Doch das durch und durch dubiose Geschäft bescherte den Regionalbankern einen satten Abschreibungsbedarf von 500 Millionen Euro. Insgesamt wuchsen die Belastungen auf mehr als 2,3 Milliarden Euro. Nonnenmachers Vorgänger Hans Berger trat als Bankchef sang- und klanglos zurück. Ein im Auftrag von Kopper erstelltes Gutachten rüffelte, eine „intensivere Befassung“ des seinerzeitigen Finanzvorstands Nonnenmacher mit dem Omega-Deal wäre wünschenswert gewesen.

Die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg stützen seitdem die absturzgefährdete HSH nicht nur mit Geld und Garantien, sondern versuchen mit Untersuchungsausschüssen der Landtage die Affäre aufzuklären. Während die Parlamentarier eher geringe Erkenntnisfortschritte vermelden, ist die Staatsanwaltschaft inzwischen von strafbaren Handlungen überzeugt, obwohl der Untreuenachweis wegen der gesetzlichen Tatbestandsformulierung schwer zu führen ist. Mit Ex-IKB-Chef Stefan Ortseifen konnte jetzt erstmalig ein Spitzenbanker im Zusammenhang mit der Finanzkrise verurteilt werden, allerdings wegen Kursmanipulation. Rückschlüsse auf andere Verfahren sind auch deswegen schwierig. Untreuevorwürfe werden jedenfalls gegen eine Vielzahl von Landesbank-Managern von der BayernLB über die LBBW bis zur Sachsen LB erhoben. *J.V.*

In Ostpreußen

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Ostpreußen ist zum Austragungsort eines amerikanisch-russischen Konflikts geworden. Die Aufstellung von Patriot-Raketen in Mohrungen musste Russland herausfordern. Die Polen könnten noch bereuen, dass sie gegenüber Washington auf der Einhaltung eines Vertrags bestanden haben, an dem die USA selbst kaum mehr interessiert waren. Dass eine zu enge Bindung an Nato und USA nicht immer von Vorteil ist, haben Georgien und Ukraine gezeigt. Beide Länder bekamen die Verärgerung Moskaus zu spüren. In Georgien führte dies letztlich zum Krieg, die Ukraine wurde wirtschaftlich kaltgestellt. Wohlgemerkt von beiden Seiten: Auch der Westen stand den Ukrainern in der Not kaum bei.

Moskau hatte von Barack Obama die Rücknahme des Raketenabwehrprogramms erhofft. Wie wird der Kreml nun reagieren? Kommen doch noch Iskander-Raketen ins nördliche Ostpreußen oder werden die Russen aus dem Start-Vertrag wieder aussteigen? In einem ist Russlands Außenminister Sergej Lawrow Recht zu geben: Waffen sind nicht geeignet, um das gerade erst verbesserte Verhältnis zwischen Polen, den USA und Russland zu festigen.

Ein Schuss Europa

Von Hans Heckel

Dass die Nation der US-Amerikaner ohne innere Widersprüche sei, das behaupten nicht einmal ihre glühendsten Verehrer. Einer diese Widersprüche tritt gerade besonders schillernd hervor: Die Amis mögen den Staat nicht. Das hat histrische Ursachen: Aus Europa sind ihre Vorfahren vor der Obrigkeit geflohen, sie haben die Briten hinausgeworfen und waren oft als Pioniere in der Wildnis auf sich gestellt, lange bevor der Staat USA seine Ordnung in ihrer Nachbarschaft etablierte.

Aus dieser tief wurzelnden Staatsferne ist eine Mentalität mit durchaus sympathischen Zügen erwachsen. Statt nach Hilfe von außen zu rufen, ist die Neigung hier groß, selbst anzupacken. Dafür verlangt man, dass einen der Staat bei den Geschäften in Ruhe lässt.

Welche Schattenseiten dieses System hat, offenbart sich indes jetzt. Um die Geschäfte ihrer Öl-Gesellschaften nicht zu stören, verzichteten die Amerikaner auf Sicherheitsvorschriften, wie sie im Ölföderland Norwegen selbstverständlich sind. Dort wäre es nie zu einer „Deep Horizon"-Katatsrophe gekommen.

Nun aber ist der Ruf nach dem Staat in den USA um so lauter, regelrecht „europäisch". Und wieder trifft es Louisiana, wo schon der Hurrikan „Katrina" so fürchtbar wütete, weil sich jahrzehntelang niemand wirklich um die öffentlichen Deichanlagen gekümmert hatte. Auch damals wurde erst der Staat als zuständige Adresse entdeckt, als es zu spät war. Vielleicht könnte ein Schuss europäischen Staatsverständnisses auf lange Sicht sogar in den USA hilfreich sein. Aber nur ein Schuss!

Der Grund der Unruhe

Von Konrad Badenheuer

Auch nach über fünf Jahren ist die sogenannte Nachruf-Affäre um den damaligen Außenminister Fischer (siehe Bericht Seite 5) noch nicht ganz ausgestanden. So liegt bis heute nicht der abschließende Bericht der damals eingesetzten fünfköpfigen Historikerkommission über die Personalpolitik des AA in der Kriegs- und Nachkriegszeit vor, er soll im Herbst dieses Jahres vorgelegt werden. Schon bei ihrer damaligen Einsetzung gab es Fragen. Warum beispielsweise meinte die Regierung Schröder, nur die Mitwirkung eines US-amerikanischen und eines israelischen Historikers sichere die Objektivität?

Wie weit es mit der Wahrheitsliebe der damals Verantwortlichen her ist, zeigt der eindrucksvoller Leserbrief des früheren Botschafters Heinz Schneppen in der „FAZ" vom 28. Mai. Ausgangspunkt der Affäre war der ehrende Nachruf auf den früheren AA-Diplomaten Franz Nüßlein, der aber laut Fischer angeblich an über 900 Hinrichtungen im tschechischen „Protektorat" beteiligt gewesen sein soll. Dazu schreibt Schneppen: „Tatsache ist, dass die Ausführungen des damaligen Bundesaußenministers und seiner Staatsministerin Kerstin Müller 2005 in Öffentlichkeit und Deutschem Bundestag zu Nüßleins (angeblicher) Tätigkeit als Staatsanwalt in Prag und seiner Beteiligung an ‚zahlreichen Verfahren' von den Akten des Auswärtigen Amtes selbst widerlegt werden." Schneppen zitiert diese Akten, wonach Nüßlein an den ihm posthum von Fischer vorgehaltenen Todesurteilen „weder als Anklagevertreter noch als Richter" beteiligt war. Und er nennt ein frappierendes Argument: Noch nicht einmal das tschechoslowakische Sondergericht habe in seinem Urteil vom 5. Mai 1948 Nüßlein die Beteiligung an einem einzigen konkreten Fall zur Last gelegt.

> Die Wahrheit über Franz Nüßlein beschämt Fischer

Wer die damalige Urteilspraxis der außerordentlichen Volksgerichte der CSR kennt, weiß, dass dies auf eine weitgehende Entlastung hinausläuft. Schon eine einfache Funktion in der Sudetendeutschen Partei oder einer NS-Organisation wurde damals standardmäßig mit vier Jahren Haft geahndet, eine gehobene Funktion (auch ohne weitere persönliche Verwicklung in NS-Untaten) mit fünf bis 20 Jahren. 475 Deutsche wurden nach Todesurteilen dieser Gerichte erschossen oder erhängt, darunter Persönlichkeiten, die nach den Maßstäben der US-Entnazifizierung gerade einmal Mitläufer waren.

Das Schicksal eines deutschen Oberstaatsanwalts in Prag, der auch nur an einem einzigen Todesurteil gegen einen Tschechen aktiv Anteil gehabt hätte, wäre nach 1945 vor einem solchen Volksgericht besiegelt gewesen. Das alles wusste das AA 1955, als es den entlassenen Nüßlein sofort wieder einstellte, und es wusste es in den Jahren 1960 bis 1965, als es mehrere Ostblock-Kampagnen gegen den Diplomaten zurückwies – und alles ist aktenkundig.

In den Jahren 2003 bis 2005 wollte Joseph Fischer davon nichts mehr wissen. Es war wohl der eigentliche Grund der damaligen Unruhe im AA.



Ohne Rücksicht auf die Wahrheit beschädigte Joseph Fischer als Bundesaußenminister die Ehre von Verstorbenen: Doch kaum jemandem stand diese Charakterlosigkeit schlechter an als ihm, der als Anführer von Frankfurter Linksextremisten jahrelang schweren Landfriedensbruch und weitere Straftaten verübte (links „in Aktion" im April 1973) und deswegen mit Fug und Recht als resozialisierter Krimineller bezeichnet werden kann.

Bild: worldpress

Gastbeitrag

Erst noch etwas Deflation, dann massive Inflation

Von Prof. Dr. Gerald H. Mann





Angesichts der verantwortungslosen öffentlichen und privaten Schuldenmacherei in den „PIIGS"-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) sowie des Rettungspaketes über eine Dreiviertelbillion Euro fürchten viele zu Recht Inflation. Im Blick auf diesen Einstieg in einen faktischen europäischen „Länderfinanzausgleich" mit einer dem Vertrag von Maastricht widersprechenden Solidarhaftung äußerte der Präsident des Münchner Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn Verständnis, „wenn sich nun viele Deutsche hereingelegt fühlen".

Außerdem mogelt sich die Politik bislang am öffentlichen Eingeständnis vorbei, dass es einen Zielkonflikt zwischen Rettung des Euroraumes und des Euros gibt. Beides geht jedoch nach simpler ökonomischer Logik nicht zusammen. Entweder rettet man den Euro als stabile Währung, indem man nicht wettbewerbsfähigen Euro-Partnern wie Griechenland ihren Austritt abkauft. Oder aber man rettet den Euroraum in seiner jetzigen Zusammensetzung, indem er zur faktischen Transferunion inklusive Zinssubvention für schwache Länder wird. Dann kann aber der Euro nicht dauerhaft stabil bleiben. Letzteren Weg hat man eingeschlagen – der Verfall des Euro an den Devisenmärkten bestätigt es.

> Es »riecht« förmlich nach Inflation, der Goldpreis nimmt es vorweg

Und da liegt auch ein weiteres Kalkül dieses Rettungsversuchs. Die Finanzkrise seit 2007 ist ja keineswegs vorbei, sondern als Staatsschuldenkrise in eine neue Phase eingetreten. 2009 ist die wirtschaftliche Leistung so stark eingebrochen wie nie zuvor in Friedenszeiten seit der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932. Damals versuchten Staaten, sich Wettbewerbsvorteile durch Handelhindernisse, etwa Zollerhöhungen, und die Abwertung ihrer Währungen zu verschaffen. Dies verschärfte die Krise, weil es die internationale Arbeitsteilung reduzierte. Einen vergleichbaren Aufbau von Handelshemmnissen verhindert heute das Welthandelsregime. Verordnete Abwertungen sind bei flexiblen Wechselkursen auch nicht mehr möglich.

Doch kann ein Währungsraum durch Erhöhung der Geldmenge die eigene Währung abwerten. Weil USA und Japan das im großen Stil tun, hat sich in den letzten Jahren durch den starken Euro die globale Wettbewerbsfähigkeit des Euroraumes verschlechtert. Und insofern kommt der auf die Ankündigung des Rettungspaketes folgende Sinkflug des Euro eigentlich gelegen, weil er Waren aus Euroland im Rest der Welt preiswerter macht und durch steigende Importpreise deflationäre Tendenzen unwahrscheinlicher macht. Kurzum, Euroland hat sich auf einen impliziten Abwertungswettlauf eingelassen.

Zurück zur Staatsverschuldung. Es gibt vier Wege, diese abzutragen:

Erstens, durch Haushaltsüberschüsse zur direkten Schuldentilgung. Steuererhöhungen werden kommen, auch ein paar Ausgabenkürzungen; aber schon angesichts der Zinslast ist nicht mit Überschüssen zu rechnen. Diese Einschätzung gilt übrigens nicht nur für Länder wie Griechenland. Zweitens, Kriege mit dem Ziel einer entsprechenden Beute. Davor bewahre uns Gott.

Drittens, ein teilweises Wegstreichen der Schulden; „Haircut" (Haarschnitt) nennen das die Angelsachsen: Heute noch haben Sie noch 10000 Euro Staatsanleihen im Depot, morgen sind es noch 7000. Dreißig Prozent wurden zu Ihren Lasten weggestrichen, der Staat dadurch entsprechend entschuldet. Damit könnte man den Euro zwar halbwegs stabil erhalten, hätte jedoch wegen des Abschreibungsbedarfes wieder wackelnde Banken zu retten. Und Lebensversicherer müssten ihren Kunden erklären, warum sie deutlich weniger bekommen. Dieser Weg ist möglich, aber für Deutschland aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich, weil damit die Politik vor allem inländische Sparer teilenteignen würde, was massive Widerstände und Rechtsstreitigkeiten hervorrufen dürfte. Bei den PIIGS-Ländern ist diese Lösung noch eher vorstellbar, weil der größere Teil ihrer Schulden im Ausland liegt.

Bleibt der vierte Weg: Inflation, die den Staat real entschuldet. Hier brauchen Politiker keine entsprechenden Beschlüsse zu fassen, sondern die Notenbank erhöht die Geldmenge, in Folge steigt früher oder später das Preisniveau.

Einen weiteren Schritt in diese Richtung ist die EZB jüngst mit dem Aufkauf von (bereits börsennotierten) Staatsanleihen gegangen. Damit sind die Frankfurter Währungshüter noch nicht so weit wie ihre Kollegen in New York und London, die von ihren Finanzministern neue Staatsanleihen aufkaufen. Dennoch wurde der EZB dieser Schritt, der wohl durch politischen Druck zustande kam, zu Recht als „Sündenfall" ausgelegt. Es „riecht" förmlich nach Geldentwertung.

> Vor dem Inflationstsunami zieht sich das Wasser erst noch etwas zurück

Doch zwei Gründe sprechen auf kurze Sicht gegen viel Inflation: Erstens, eine Erhöhung der Geldmenge führt solange nicht zu Geldentwertung, wie dies durch eine rückläufige Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kompensiert wird. Läuft eine höhere Geldmenge entsprechend langsamer um, bleibt das Produkt aus beidem gleich. So haben beispielsweise viele Griechen ihre Ersparnisse abgehoben und horten nun Bargeld zu Hause. Das reduziert die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Erst wenn immer mehr Haushalte dem Geldwert nicht mehr trauen und beispielsweise palettenweise Sardinen in Dosen im Keller als Wertspeicher dem Bargeld vorziehen und darum die Supermärkte stürmen, kommt die Inflation ins Laufen. Diesen Zeitpunkt kann niemand vorherbestimmen, weil hier die Psychologie entscheidet.

Zweitens, die Inflationsmessung bezieht sich auf den Warenkorb eines Modellhaushalts, der Lebensmittel, Energie, Kleidung, Mieten und so weiter konsumiert. Nicht enthalten sind die Preisveränderungen von Aktien, Edelmetallen und Immobilien. Wegen der sich vor uns mittelfristig aufbauenden Inflationswelle werden Menschen aber heute nicht mehr essen, größere Wohnungen mieten oder mehr Autos kaufen und so durch steigende Nachfrage in diesen Bereichen die Preise in die Höhe treiben. Also droht hier aktuell wenig Gefahr für die Preise, und der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB gefährdet kurzfristig auch nicht die Preisstabilität.

Im Gegenteil, es besteht aus zwei Gründen zunächst sogar eine Gefahr von deflationären Tendenzen (analog zu Japan): Erstens bestehen trotz der wieder anziehenden Konjunktur Überkapazitäten in der Industrie. Dies hindert Unternehmen daran, ihre Preise auf breiter Front zu erhöhen. Sollte die Konjunktur im Herbst wieder schwächer werden, sind sogar Rabattschlachten wahrscheinlich. Dies drückt Gewinnerwartungen, Aktienkursen und tendenziell auch das Zinsniveau. Zweitens, ein noch kleiner, aber steigender Anteil der Bürger spart verstärkt in Edelmetallen oder in „Betongold". Sofern dadurch der Konsum eingeschränkt wird, steigen die Preise langsamer.

Will man in dieser Gemengelage das sich aufstauende Inflationspotenzial annähernd erkennen, lohnt sich insbesondere ein Blick auf den Goldpreis. Und der hat vor wenigen Tagen ein Allzeithoch über 1000 Euro je Unze erreicht.

Fazit: Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird es erst einmal eine kleine „Deflationsebbe" geben, bevor auf mittlere Sicht der „Inflationstsunami" losbricht.

Gerald H. Mann lehrt Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Ökonomie und Management (FOM) in München.

Klangvoller Sommer im Norden

Die Festspiele in Schleswig-Holstein und in Mecklenburg-Vorpommern feiern Jubiläen

Gleich zwei große Ereignisse hat der Norden Musikfreunden zu bieten: das Schleswig-Holstein Musik Festival und die Festspiele Mecklenburg-Vorpommern. Die Spielorte sind jeweils über das ganze Land verteilt und bieten für jeden Geschmack etwas.

Unter dem Motto „Polen im Puls" lädt das 25. Schleswig-Holstein Musik Festival vom 10. Juli bis 29. August zu einer Entdeckungsreise durch die polnische Musiklandschaft ein. „Der 200. Geburtstag von Frédéric Chopin", so Festivalintendant Rolf Beck, „war für uns ein Anlass, in diesem Festivalsommer den Fokus auf Polen zu richten. Der Bogen reicht von Alter Musik bis zu den aktuellsten Komponisten, von Polens Nationaloper ‚Halka' bis zum ‚Polnischen Requiem' von Penderecki, vom Punkgeiger Nigel Kennedy bis zum Kabarettisten Steffen Möller, die beide auf ihre Art ihrer Wahlheimat Polen huldigen."

Selbstverständlich wird das Jubiläumsjahr angemessen gefeiert: Für alle Wegbereiter und Wegbegleiter des Schleswig-Holstein Musik Festivals wird am 15. August in der Sparkassen Arena Kiel, der ehemaligen Ostseehalle, ein großes Fest gegeben. Dort, wo Leonard Bernstein am 2. Juli 1986 mit seiner Aufführung von Joseph Haydns Oratorium „Die Schöpfung" den Grundstein für das erste Schleswig-Holstein Musik Festival legte. Unter den Gratulanten sind die Geigerin Midori, der Trompeter Sergei Nakariakov, der Multi-Perkussionist Martin Grubinger und der Bariton Matthias Goerne. Es singen und spielen die Chor- und Orchesterakademie des SHMF, dirigiert von Christoph Eschenbach. Die Bilanz ein Vierteljahrhundert später kann sich sehen lassen. Rolf Beck: „Wir haben viele Räder im Laufe der Jahre fein justiert. Die Länderschwerpunkte zum Beispiel sind zum dramaturgischen Leitfaden des Festivals und zum Markenzeichen geworden. Ausgebaut haben wir auch unser pädagogisches Konzept. Von Anfang an, von der Gründung der Orchesterakademie durch Leonard Bernstein, ist es die Idee des Festivals gewesen, die hochqualifizierte Jugend aus der ganzen Welt nach Schleswig-Holstein zu holen. Diese Idee haben wir mit der Gründung der Chorakademie erweitert." Mit insgesamt 136 Konzerten, dazu fünf Musikfesten auf dem Lande an jedem Festivalwochenende und zwei Kindermusikfesten an 49 Spielorten mit insgesamt 74 Spielstätten wird der siebenwöchige Festival-Sommer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Teile Dänemarks und Hamburg – hier allein 18 Konzerte an 13 Orten – erklingen lassen. In guter Tradition der letzten Festivaljahre wird das NDR Sinfonieorchester und sein Chefdirigent Christoph von Dohnányi der musikalische Partner des Festivals sein. Zum Auftakt in der Lübecker Musik- und Kongresshalle wurde zudem der Klassikstar Christiane Oelze engagiert. Auf dem Programm stehen die Sinfonien Nr. 4 von Schumann und Mahler (10./11. Juli). Das Finale im Kieler Schloss (28./29. August) klingt mit der Sinfonie Nr. 7 von Sibelius und Mahlers „Lied von der Erde" aus.



Jugend musiziert: Orchesterakademie auf dem Schleswig-Holstein Musik Festival Bild: Axel Nickolaus

Den Länderschwerpunkt Polen eröffnet am 17. Juli die Sinfonia Varsovia unter dem Dirigat von Krzysztof Urbánski mit Werken Chopins und Henryk Mikolaj Góreckis „Sinfonie der Klagelieder".

Das Schleswig-Holstein Musik Festival hat mittlerweile Schule gemacht. Vom 13. Juni bis zum 12. September präsentieren die Festspiele Mecklenburg-Vorpommern mit ähnlichem Konzept dieses Jahr ihre 20. Auflage. Mit 123 Konzerten an 64 Spielorten mit insgesamt 89 Spielstätten, dem umfangreichsten Programm ihrer Geschichte, ist es nach dem Rheingau- und Schleswig-Holstein Musik Festival zu Deutschlands drittgrößtem flächendeckenden Musikfestival avanciert.

Künstlerischer Partner ist der Geiger Daniel Hope, der mit den Festspielen eine musikalische Brücke zwischen Amerika und Mecklenburg-Vorpommern schlägt. „Meine Idee ist es, Amerika in ‚Meck Pomm' zu begrüßen", so Hope, „und zu zelebrieren, durch ihre besten Musiker und spannendste Musik, vertreten unter anderem durch drei Institutionen, die einen außerordentlichen Status in der ganzen Welt genießen, Carnegie Hall, Juilliard School mit dem Ensemble ACJW und Lincoln Center." (28. bis 30. Juli, 9. bis 11. September).

Das Eröffnungskonzert am 13. Juni in der Konzertkirche Neubrandenburg findet mit einem Schumann-Programm statt. Zu dessen 200. Geburtstag widmen sich der Pianist Tzimon Barto und das NDR Sinfonieorchester unter Leitung von Christoph Eschenbach ausschließlich dem Komponisten.

Auch Chopins 200. Geburtstag wird nicht vergessen. Am 14. August heißt es zusammen mit der Norddeutschen Philharmonie Rostock auf Schloss Bothmer in Klütz: „Bon Anniversaire Frédéric".

Das vorherrschende Instrument dieser Saison ist die Trompete. Dafür sorgt Gábor Boldoczki, Preisträger in Residence 2010, unter anderem mit der Trompeten-Gala im Schloss-Park Hasenwinkel (4. Juli). Der junge Ausnahmetrompeter aus Ungarn ist auch

> Auch Chopin und Schumann werden geehrt

bei den Jubiläums-Konzerten mit von der Partie, beim Wandelkonzert "Die Preisträger gratulieren!" in Ulrichshusen (24. Juli) und dem „Karneval der Preisträger" in Redefin (4. September).

Beim Abschluss-Konzert am 12. September in der St.-Georgen-Kirche in Wismar hat Gábor Boldoczki dann nochmals einen großen Auftritt als Solist: Zusammen mit dem Konzerthausorchester Berlin unter Lothar Zagrosek präsentiert er die Uraufführung eines Trompetenkonzerts von Fazil Say, das der türkische Musiker als Auftragswerk eigens zum Jubiläum der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern komponiert hat.

Helga Schnehagen

Weitere Informationen im Internet unter www.shmf.de und www.festspiele-mv.de

In Kürze

Klassische Musik erklärt

Musik ist die Kunst, Klänge in einer Art zusammenzufügen, die dem Gehör behaglich ist", hat Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) einmal gesagt. Wie er haben sich viele Geistesgrößen Gedanken darüber gemacht, was Musik ist. Johann Gottfried Herder (1744–1803) sah in ihr die „Offenbarung des Unsichtbaren", Arthur Schopenhauer (1788–1860) sprach von einem „Abbild des Willens", da „die Wirkung der Musik so sehr viel mächtiger und eindringlicher" sei als die der anderen Künste. Ob E- oder U-Musik, also ernst oder unterhaltend, ob moderne oder klassische Musik – hier scheiden sich meist die Geister. „Klassik, nein danke" hört man dann von Menschen, die kaum eine Ahnung von klassischer Musik haben. Auf anschauliche Weise führt der Pianist und Dirigent Justus Frantz, geboren 1944 in Hohensalza bei Bromberg, in seinem neuen Buch in die klassische Musik ein. Frantz, der 1986 das Schleswig-Holstein Musik Festival ins Leben rief, gibt in „50 einfache Dinge, die Sie über Musik wissen sollten" Antworten auf die unterschiedlichsten Fragen. Was ist der Kontrapunkt, was Monodie? Wer war Alfred Schnittke, wer Arnold Schönberg? Frantz gelingt es immer, schwierige Sachverhalte so zu erklären, dass auch der Laie sie versteht. *os*



***Justus Frantz: „50 einfache Dinge, die Sie über Musik wissen sollten"**, Westend Verlag, Frankfurt am Main 2009, 240 Seiten, broschiert, 14,95 Euro*

Als Kritiker setzte er neue Maßstäbe

Der vor 200 Jahren geborene Komponist Robert Schumann hinterließ ein facettenreiches Werk

Das facettenreiche Werk von Robert Schumann und sein durch genialen Schaffensdrang geprägter Lebensweg faszinieren bis heute die Menschen in aller Welt. Er schuf Sinfonien, Orchester- und Chorwerke, Kammermusik und Lieder, eine Oper („Genoveva") und Klaviermusik, darunter die „Kreisleriana" (op. 16), ein 1838 komponierter Klavierzyklus, der als ein Schlüsselwerk der romantischen Klavierliteratur gilt. Den Namen „Kreisleriana" wählte Schumann in Anlehnung an die von E. T. A. Hoffmann, den er sehr verehrte, kreierte Figur des Kapellmeisters Kreisler. Schumann sah hierin den Inbegriff romantischen Künstlertums.

> »Kreisleriana« als Schlüsselwerk der Klavierliteratur

Geboren wurde Robert Schumann vor 200 Jahren, am 8. Juni 1810, als fünftes Kind wohlhabender Eltern in Zwickau. Bereits mit sieben Jahren erhielt er Klavierunterricht, wirkte später bei schulischen und öffentlichen Aufführungen mit, veranstaltete „Musikalische Abend-Unterhaltungen" im Hause der Eltern und begann, noch ehe er reguläre Unterweisung erhalten hatte, mit dem Komponieren. Das Lyzeum absolvierte Schumann im Frühjahr 1828 mit dem zweithöchsten Prädikat „omnino dignus". Er fügte sich dem Wunsch seiner Mutter, Jura zu studieren; noch im Jahr der Schulentlassung schrieb er sich an der Universität Leipzig ein.

Dort begegnete Schumann dem Menschen, der sein Leben verändern sollte: Friedrich Wieck, der sich als außergewöhnlicher Klavierpädagoge einen Ruf erworben hatte. Schumann beschloss, bei Wieck Unterricht zu nehmen, doch es fehlte ihm an entscheidenden Grundlagen sowohl beim Pianistenhandwerk als auch in der Kompositionstechnik. Die Enttäuschung war groß, Schumann ließ sich immer häufiger bei Wieck entschuldigen und ging schließlich gar nicht mehr in den Unterricht.

Weil er dem „fatalen Schlendrian" in Sachen Berufsausbildung ein Ende bereiten wollte, ging Schumann nach Heidelberg, wo er Jura zwei Semester studierte. Von dort aus schrieb er am 30. Juli 1830 seiner Mutter, dass er doch beabsichtige, Musiker zu werden. Innerhalb von sechs Jahren wollte er „mit jedem anderen Klavierspieler wetteifern". Auf seinen Wunsch hin wandte sich die Mutter an Friedrich Wieck mit der Bitte, ihn wieder als Schüler anzunehmen. Schon nach zwei Tagen erhielt sie Antwort. Wieck versprach, Schumann innerhalb von drei Jahren zu einem der größten Klavierspieler zu bilden, der geistreicher sei als Ignaz Moscheles und großartiger als Johann Nepomuk Hummel. Schumann, voller guter Vorsätze für die Zukunft, ging somit zurück nach Leipzig und bezog dort zunächst ein Zimmer im Hause der Familie Wieck.



Ehrung: Schumann-Denkmal in Zwickau Bild: Internet

Die Pianistenlaufbahn nahm jedoch ein jähes Ende: Nach einer Sehnenscheidenentzündung war der Ringfinger so in Mitleidenschaft gezogen, dass er sich für das professionelle Klavierspiel als unbrauchbar erwies. Schumann konzentrierte sich nunmehr auf das Erlernen von Kompositionstechniken. Bald darauf erschienen erste gedruckte Werke; die erregten die Aufmerksamkeit einiger Kenner, die Masse erreichte Schumann damit jedoch ebenso wenig wie später durch seine Lieder.

Zusammen mit Friedrich Wieck, Ludwig Schuncke und einigen weiteren Freunden gründete Schumann 1834 die „Neue Zeitschrift für Musik". Da die anderen aber für das Projekt kaum Zeit aufbringen konnten, schulterte er die Verlegerschaft maßgeblich allein. In der Funktion als Kritiker und Musikwissenschaftler setzte er neue Maßstäbe, insbesondere wandte er sich gegen Mittelmäßigkeit und seichtes Virtuosentum.

Ende 1835 kamen sich Schumann und Clara Wieck näher, ein Umstand, der dem überfürsorglichen Vater Wieck nicht verborgen blieb. Er unternahm in der Folgezeit alles, um jeden Kontakt zwischen den frisch Verliebten zu unterbinden. 1840 beendeten Robert und Clara die hoffnungslos erscheinende Situation mit einer Klage vor Gericht, die darauf gerichtet war, dass entweder der Vater der Ehe zustimmen oder von Amts wegen eine Einwilligung herbeigeführt werden sollte. Letzteres geschah: Am 12. September 1840 heiratete das Paar. 1841 wurde die erste Tochter Marie geboren; acht Kinder hatte das Paar insgesamt.

> Er hörte Stimmen und Töne und hatte Halluzinationen

1843 war Schumann für kurze Zeit Lehrer am Konservatorium in Leipzig. 1844 zerschlug sich dann seine Hoffnung, Nachfolger von Felix Mendelssohn Bartholdy am Gewandhaus zu werden. Schumann zog daraufhin mit seiner Familie nach Dresden. Die Folgezeit bis 1846 war geprägt von Krankheiten, er klagte über Abspannung, Angstzustände, Nervenschwäche, Schwindelanfälle – und er wurde schwermütig. Sämtliche Bemühungen, eine Festanstellung in Sachsen zu erhalten, scheiterten. Im Dezember 1849 erhielt Schumann das Angebot, die Nachfolge von Ferdinand Hiller als Städtischer Musikdirektor in Düsseldorf anzutreten. Nach einiger Zeit war er dort jedoch Demütigungen und Intrigen ausgesetzt.

Im Februar 1854 verstärkte sich sein – wie man heute weiß – durch die bereits mit 20 Jahren zugezogenen Syphilis verursachtes Leiden; er hörte immer häufiger Stimmen und Töne, hatte Halluzinationen. Nach einem Suizidversuch – Schumann wollte sich im Rhein ertränken – wurde er in die private Heil- und Pflegeanstalt von Dr. Franz Richarz in Endenich nahe Bonn gebracht. Die Ärzte rieten Clara davon ab, ihren Mann zu besuchen, so dass sie ihn erst am 27. Juli 1856, kurz vor seinem Tod, wiedersah. Am 29. Juli starb Schumann. Die Zeit in Endenich lag bisher weitgehend im Dunkeln, erst das Wiederfinden der Krankenprotokolle 1994 lässt die ganze Schwere der Krankheit, vermutlich eine progressive Paralyse, deutlich werden. Schumann verlor den verzweifelten Kampf gegen die Krankheit, seine Werke aber leben bis heute.

Corinna Weinert

»Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr«

Der Name keiner anderen Person ist so sehr mit der Reichswehr verbunden wie der des Generaloberst Hans von Seeckt. Als Chef der Heeresleitung stand er fast die gesamte erste Hälfte ihrer Existenz an der Spitze des 100 000-Mann-Heeres. Während Generalmajor Walther Reinhardt nur einige Monate (1919/20), Generalleutnant Wilhelm Heye vier Jahre (1926–30), General der Infanterie Kurt von Hammerstein-Equord drei Jahre (1930–33) und Generalleutnant Werner Freiherr von Fritsch gut ein Jahr (1934–35) als Chef der Heeresleitung an der Spitze des Reichsheeres standen, waren es bei Seeckt fast sieben Jahre.

Die Berufung in das Amt des Chefs der Heeresleitung vor 90 Jahren, am 5. Juni 1920, verdankte Seeckt dem sogenannten Kapp-Lüttwitz-Putsch vom März 1920. Bis dahin war der bewährte Stratege des Ersten Weltkrieges seit dem 1. Oktober 1919 der erste Chef des Truppenamtes des Reichsheeres gewesen. Dabei handelte es sich um eine Tarnbezeichnung für den Chef des Großen Generalstabes, denn den durften die Deutschen gemäß dem Versailler Vertrag nicht mehr haben. Sein Vorgesetzter war der erste Chef der Heeresleitung Walther Reinhardt. Im Gegensatz zu Seeckt bejahte sein württembergischer Rivale um die Leitung des Reichsheeres die Weimarer Republik. So hatte General Walther von Lüttwitz vor dem Ausbruch des nach ihm und dem Generallandschaftsdirektor in Königsberg Wolfgang Kapp benannten Putsches bei Reichspräsident Friedrich Ebert die Ablösung Reinhards verlangt. Der Putsch der beiden scheiterte zwar innerhalb von Wochenfrist, war aber doch zumindest insoweit erfolgreich, als er zum Rücktritt Reinhardts führte. Reinhards politischer Chef, der dem rechten Flügel der SPD zuzurechnende Reichswehrminister Gustav Noske, wurde von seinen Gegnern dafür verantwortlich gemacht, dass es zu diesem Putsch unter maßgeblicher Beteiligung von Reichswehrangehörigen hatte kommen können, und tat trat zurück. Aus Solidarität tat Reinhardt das gleiche – und ebnete damit Seeckt den Weg.

Seeckt folgte Reinhardt als Chef der Heeresleitung

Aus Solidarität mit einem Minister der Weimarer Republik zurückzutreten wäre Seeckt wohl nie eingefallen. Die Loyalität des 1866 in Schleswig geborenen preußischen Offiziers galt dem Staat und dessen Streitkräften, nicht der Staatsform. Für die Selbstzerfleischung war ihm die Truppe zu schade. Berühmt ist sein Wort „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“, manchmal auch zitiert als „Truppe schießt nicht auf Truppe“, mit dem er sich 1920 gegen einen Einsatz von Soldaten gegen die Putschisten aussprach. Seeckts Ideal des überparteilichen Soldaten, der sich weder in den Parteienhader außerhalb der Kasernentore einmischt noch diesen in die Truppe trägt und damit die Kameradschaft schwächt, ist heutigen bundesdeutschen Politikern und Meinungsbildern ein Gräuel. Der sogenannte Staat im Staate sei das, was die Bundeswehr gerade nicht werden dürfe.

Die Politiker der Weimarer Republik waren genügsamer. Während Seeckt heute vorgeworfen wird, dass er die Republik nicht verteidigte, begnügten sie sich damit, dass er sie wenigstens nicht bekämpfte. *M.R.*

Von der Bewunderung zum Konflikt

Neuerscheinung zu den preußisch-französischen Beziehungen seit dem Edikt von Nantes

Nachdem es im 17. und 18. Jahrhundert zahlreiche Berührungspunkte in Politik, Kultur und Wissenschaft zwischen den beiden Ländern gegeben hatte, kam es erst mit dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 und den beiden Weltkriegen zum verheerenden Bruch.

In seinem Buch „Frankreich und Preußen“ (be.bra wissenschaft Verlag, Berlin 2009, 22 Euro) erzählt der Franzose Philippe Meyer, der von Hause aus Mediziner ist, parallel die Geschichte der beiden europäischen Nachbarn und arbeitet ihre gegenseitige Einflussnahme heraus.

Alles nahm seinen Lauf, als Ludwig XIV. 1685 das Edikt von Nantes widerrief und damit nicht nur die Ausübung des reformierten Glaubens verbot, sondern auch die Pastoren des Landes verwies. Zirka 40 000 Hugenotten flüchteten nach Deutschland. Die Hälfte von ihnen ließ sich in Brandenburg-Preußen nieder, wo Kurfürst Friedrich Wilhelm ihnen besondere Privilegien einräumte (Befreiung von Steuern und Zöllen, Subventionen für Wirtschaftsunternehmen, Bezahlung der Pfarrer durch das Fürstentum, eigene Amtssprache, Verwaltung und Gerichtsbarkeit). Die größte französische Kolonie entstand in der Hauptstadt Berlin.

Bei der einfachen Bevölkerung stießen die Franzosen dort aufgrund ihrer andersartigen Erscheinung, Sprache und Religion auf Ablehnung. Ihr Zuzug verknappte Wohnraum wie Lebensmittel und ließ die Preise steigen. Zudem fürchteten viele Zünfte um ihre berufliche Existenz und verweigerten die Aufnahme der Fremden. Immer wieder gab es Brandstiftungen und Fenstereinwürfe, worauf die Franzosen mit Provokationen reagierten. Enge Nachbarschaftskontakte oder Heiraten zwischen Deutschen und Franzosen waren eine Seltenheit.



Bild: Wikipedia

Von den Franzosen als Schmach empfunden: Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles

Dagegen standen der Fürstenhof, der Adel und die meisten Intellektuellen den Neubürgern wohlwollend gegenüber. Französisch war Weltsprache, die unter den europäischen Eliten um 1700 als Ausdruck von Bildung und Kultiviertheit galt. In ihr korrespondierte Friedrich der Große mit Voltaire und anderen Philosophen der Aufklärung. Hinzu kam die gemeinsame reformierte Konfession im Gegensatz zur evangelisch-lutherischen Bevölkerungsmehrheit. Eine Vielzahl von Hugenotten machten sich um eine geistige Blütezeit in Preußen verdient. Zeitweilig war jedes dritte Mitglieder der Preußischen Akademie der Wissenschaften ein französischer Einwanderer, darunter namhafte Theologen, Philosophen, Historiker, Mathematiker, Astronomen, Physiker, Chemiker, Architekten und Künstler. Berlin entwickelte sich zu einem Zentrum der Literatur, das weit über die Staatsgrenzen hinweg wirkte. Der berühmteste Schriftsteller mit hugenottischem Familienhintergrund ist Theodor Fontane.

Ein weiteres Beispiel für das französisch-preußische Miteinander ist die Februarrevolution von 1848 in Frankreich. Arbeiter und Studenten waren mit dem kapitalistischen System unzufrieden und begehrten gegen die Monarchie auf. Sie riefen die Republik aus und forderten allgemeine und gleiche Wahlen. Obwohl der Aufstand später militärisch niedergeschlagen wurde, sprang der bürgerlich-liberale Revolutionsfunke auf viele europäische Staaten über, insbesondere im Deutschen Bund. In Berlin erreichte die Revolution im März ihren Höhepunkt. Arbeiter, Handwerker und Bürger lieferten sich Straßenschlachten mit dem Militär. Doch waren die demokratischen Errungenschaften wie die Pressefreiheit, die Einrichtung von Schwurgerichten und die Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung nicht von Dauer. Der König löste das preußische Parlament bald auf und stellte seine Macht wieder her.

Die deutsch-französische „Erbfeindschaft“ flammte erneut im Krieg von 1870/71 auf. Unter der Führung Preußens kämpften die deutschen Truppen Frankreich nieder. Die Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles und die Abtretung Elsass-Lothringens empfanden die meisten Franzosen als Schmach und sannen auf Vergeltung. Gelegenheit dazu erhielten sie im Ersten Weltkrieg. Der Versailler Friedensvertrag sollte den Nachbarn östlich des Rheins durch Gebietsabtretungen, Entmilitarisierung und Reparationen entscheidend schwächen. Die Deutschen fühlten sich nicht nur militärisch und politisch gedemütigt, sondern trauerten auch um die Abschaffung der preußischen Hohenzollernmonarchie im Zuge der Novemberrevolution von 1918. Die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen 1923 brachte die antifranzösische Stimmung im Land zum Kochen und belasteten die Aussöhnungsbemühungen schwer. Die Verständigung der beiden Streithähne ließ noch bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs auf sich warten. Da war das Ende des preußischen Staates längst besiegelt.

Sophia E. Gerber

Wie und warum der Konflikt entstand

Die preußisch-französischen Beziehungen erfuhren im 19. Jahrhundert eine dramatische Wendung

„Der Rhein, Deutschlands Strom, aber nicht Deutschlands Grenze“ – diesem Wort Ernst Moritz Arndts (1769–1860) ging die französische Behauptung voraus, dass der Rhein Frankreichs „natürliche Grenze“ sei. Schaut man sich die Entwicklung der französischen Ostgrenze über die Jahrhunderte bis zur napoleonischen Ära an, so wird man in der Tat feststellen, dass sich diese in der Tendenz immer weiter dem Rhein näherte. Gefördert, wenn nicht gar erst ermöglicht wurde dieser französische Erfolg durch die Uneinigkeit der deutschen Nachbarn beziehungsweise die Schwäche der Zentralgewalt ihres Heiligen Römischen Reiches (deutscher Nation). Da diese Zentralgewalt in der Person des Kaisers ab dem 15. Jahrhundert fast ausnahmslos von den Habsburgern gestellt wurde, waren die Habsburger und deren Hausmacht Österreich über Jahrhunderte im Grunde eine Art „Erbfeind“ der französischen Bourbonen. Erschwerend kam hinzu, dass die Habsburger mit den (Habsburgischen/Österreichischen) Niederlanden und den Stammlanden im Elsaß Territorium links des Rheins besaßen.

Preußens Verhältnis zu Frankreich war in diesen Jahrhunderten vor der napoleonischen Ära hingegen entspannt. Der Staat war ostelbisch geprägt und ohne Besitz im Linksrheinischen. Frankreichs Kampf gegen die Zentralgewalt des Reiches deckte sich sogar mit dem Streben der preußischen Hohenzollern nach mehr Handlungsfreiheit gegenüber dem Kaiser.

Die Französische Revolution von 1789 hat dann nicht nur zu einem Gezeitenwechsel geführt, sondern auch zu einem Wandel in den preußisch-französischen Beziehungen. Sie ermöglichte Napoleon Bonaparte den Aufstieg zum Herren Kontinentaleuropas und leitete das Zeitalter der Nationalbewegungen und des Nationalismus ein. Wie viele Nationalbewegungen sogenannter verspäteter Nationen entwickelte sich auch die deutsche unter dem Eindruck und in der Abwehr einer als drückend empfundenen Fremdherrschaft und hatte deshalb zumindest anfänglich eine gegen die Besatzer und deren Nation gerichtete Stoßrichtung. Im Falle der deutschen Nationalbewegung war die prägende Herrschaft die napoleonische und die Stoßrichtung eine antifranzösische.

Anfänglich hatte Preußen keinen Besitz am Rhein

Maßgebliche Angehörige dieser deutschen Nationalbewegung gab es nicht nur in Preußen, sondern auch in Österreich. Zwei Faktoren schwächten jedoch die deutsche Nationalbewegung im Habsburgerstaat. Zum einen wurde ihr Hass auf Napoleon und dessen Fremdherrschaft in Deutschland von Österreichs Konservativen nicht geteilt, da Bonaparte den Habsburgerstaat vergleichsweise milde behandelte. Zum anderen führte der deutsche Patriot Johann Philipp von Stadion mit seinem 1809 als Leiter der österreichischen Außenpolitik unternommenen Versuch einer gesamtdeutschen Erhebung – Fünfter Koalitionskrieg genannt – Österreich in eine schwere Niederlage. Hiervon hat sich die deutsche Nationalbewegung im Habsburgerreich, deren Exponent Stadion war, im Grunde nie mehr erholt.

In Preußen war das anders. Da Napoleon Preußen vernichten wollte und es entsprechend behandelte, wurde der Napoleonhass der deutschen Patrioten in Preußen von ihren konservativen Landsleuten geteilt. Anders als die 1809 gescheiterten Patrioten in Österreich führten ihre Gesinnungsgenossen in Preußen im Schulterschluss mit den Konservativen und unter maßgeblicher Unterstützung des Zaren ihren Staat in die siegreichen Befreiungskriege von 1813/14, die Preußen und Deutschland von Napoleons Herrschaft befreiten. Von daher hatte die latent antifranzösische deutsche Nationalbewegung in Preußen eine staatstragendere und auch -prägendere Stellung als in Österreich.

Außer der napoleonischen Ära führte auch die nachnapoleonische Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress von 1814/15 zu einer Verschlechterung der preußisch-französischen Beziehungen. Der österreichische Kongresspräsident Klemens von Metternich wollte aus Gründen des Mächtegleichgewichts auf dem Kontinent Frankreich langfristig davon abhalten, den Rhein zu seiner Staatsgrenze zu machen. Er sorgte deshalb dafür, dass neben Bayern vor allem Preußen Gebiete im von Frankreich beanspruchten linksrheinischen Deutschland erhielt. Der kluge Staatsmann nötigte dadurch die beiden nach Österreich größten deutschen Staaten, sich an der Eindämmung Frankreichs zu beteiligen, statt wie in der Vergangenheit mit diesem gemeinsame Sache gegen die deutsche Führungsmacht Österreich zu machen. Da Österreich sich zeitgleich auf Wunsch des Kaisers, der keine schwer zu verteidigenden Exklaven wollte, vom Rhein zurückzog, übernahm Preußen damit die „Wacht am Rhein“ mit allen negativen Implikationen, die das für das Verhältnis zu Frankreich bedeutete.

Anfänglich drohte keine deutsche Einigung durch Berlin

Belastet wurden die preußisch-französischen Beziehungen jedoch nicht nur durch die neuen linksrheinischen preußischen Gebiete, sondern durch eine darüber hinausgehende starke Westverschiebung Preußens, die den Staat zu einem fast rein deutschen und damit zu einem Hoffnungsträger der deutschen Nationalbewegung machte. Auf dem Wiener Kongress wuchs Preußen „in Deutschland hinein“, während Österreich durch den Verzicht auf deutsche Exklaven zugunsten einer Arrondierung an der Südgrenze „aus Deutschland hinauswuchs“.

Trotz dieser Belastungen des preußisch-französischen Verhältnisses sah Frankreich in klassischer Manier vorerst weiterhin in Österreich den für seine Interessen gefährlicheren deutschen Staat. Immerhin war in dem auf dem Wiener Kongress geschaffenen Deutschen Bund wie weiland im Heiligen Römischen Reich Österreich wieder die Führungsmacht.

Eine Zäsur hat hier der deutsche Bruderkrieg von 1866 dargestellt. Bis dahin hatte der Franzosenkaiser Napoleon III. noch die Preußen unterstützt in der Annahme, dass sie die Schwächeren seien. Um so größer war die Verblüffung, als Preußen den Krieg überraschend schnell siegreich beendete. Die Österreicher erhielten einen milden Frieden, aber aus der deutschen Politik mussten sie sich verabschieden. Der österreichisch dominierte Deutsche Bund wurde aufgelöst und als eine Art Nachfolger wurde der preußisch bestimmte Norddeutsche Bund gegründet. Napoleon III. erkannte: Nicht mehr von Wien, von Berlin ging nun die „Gefahr“ einer deutschen Einigung aus. Vier Jahre später erklärte Frankreich Preußen den Krieg. *Manuel Ruoff*

Trikolore oder Kreuz

1950 entschied Theodor Heuss den Streit über die deutsche Flagge – Auch Kreuz und Schwarz-Weiß-Rot waren im Gespräch

„Die Bundesflagge besteht aus drei gleich breiten Querstreifen, oben schwarz, in der Mitte rot, unten goldfarben. Verhältnis der Höhe zur Länge des Flaggentuches wie 3 zu 5.“ Diese Regelung der Bundesflagge vom 7. Juni 1950 ist heute noch gültig, war von der heutigen Kanzler(in)partei jedoch ursprünglich nicht gewollt.

Wenn es nach der Kapitulation der Wehrmacht in Deutschland eine Stunde null gab, dann bezüglich der Landesflagge. Die bisherige Hakenkreuzfahne wurde durch die Besatzungsmächte sofort strengstens verboten und eine neue gab es erst einmal nicht.

Für die Minihandelsflotte, die den Deutschen belassen wurde, wurde mit dem Kontrollratsgesetz 39 vom 12. November 1946 eine demütigende Regelung erlassen. Die Schiffe hatten die Signalflagge „C“ für „Capitulate surrender“ zu führen. Allerdings ähnelte diese Flagge der Nationalflagge von Costa Rica, das deshalb Protest einlegte. Die Folge war, dass zur besseren Unterscheidung der deutsche Nationalflaggenersatz als Doppelstander geführt wurde, sprich mit einem dreieckigen Einschnitt am fliegenden Ende. Dieser Doppelstander wurde nicht nur von deutschen Handelsschiffen geführt, sondern auch vom deutschen Minenräumdienst sowie den deutschen Zollbooten. Über die Gründung der Bundesrepublik hinaus musste die sogenannte Badehose in den Westzonen bis zum 23. Februar 1951 auf allen seegängigen deutschen Schiffen gesetzt werden. Erst mit dem Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 verlor der Doppelstander seine Bedeutung und Funktion.

»Symbole entstehen nicht aus Abstimmungen«

Einen entscheidenden neuen Anstoß erhielt die Frage der deutschen Nationalsymbolik durch den Auftrag der Westalliierten, eine Verfassung auszuarbeiten. Eine Wiederholung des Weimarer Farbenstreits zwischen Schwarz-Rot-Gold, Schwarz-Weiß-Rot und Rot gab es diesmal nicht. Zu den Farben der Gegner der Weimarer Republik bekannte sich keine der erst auf dem Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee und dann im Parlamentarischen Rat in Bonn vertretenen Parteien.

Wenn über die Farben auch Konsens herrschte, so doch nicht über die Form. Die Deutsche Partei, vor allem aber die CDU/CSU, wandte sich gegen die Wiedereinführung des Weimarer Dreifarbs. Nicht nur, dass die Streifenflagge unpraktisch, da schlecht erkennbar sei, der alten Trikolore wohne auch keine werbende Kraft inne. Tatsächlich sprachen sich in einer Meinungsumfrage nur 25 Prozent für die Weimarer Flagge aus. Genauso viele plädierten für das Schwarz-Weiß-Rot der Kaiserzeit, während 35 Prozent keine Meinung hatten oder äußern wollten. Um ein Wiederaufleben des Weimarer Flaggenstreits zu verhindern, bedürfe es einer neuen Form. Statt der „revolutionären“ Trikolore schlugen CDU und CSU ein Kreuzmotiv vor. Mit ihrem Vorschlag wollten die C-Parteien statt an die Tradition der Weimarer Republik an jene der stärker christlich geprägten Männer des 20. Juli anknüpfen. Einer dieser Männer, das vormalige Zentrumsmitglied Josef Wirmer, hatte für den Fall eines Erfolgs des Hitlerattentates eine vorläufige Nationalflagge entworfen, die in Anlehnung an die skandinavischen Flaggen ein goldumrandetes schwarzes Kreuz auf rotem Grund zeigen sollte. Josef Wirmer war nicht mehr in der Lage im Nachkriegsdeutschland seinen Vorschlag zu vertreten, da er 1944 hingerichtet worden ist, doch seinem Bruder Ernst gelang es, die CDU/CSU-Mitglieder des Parlamentarischen Rates für das Motiv des Kreuzes als Symbol des Abendlandes zu gewinnen. So schlugen sie – in leichter Abwandlung der Farbverteilung – als entsprechenden Passus für das Grundgesetz vor: „Die Flagge des Bundes zeigt auf rotem Grunde ein schwarzes liegendes Kreuz und auf dieses aufgelegt ein goldenes Kreuz.“

Die andere große Volkspartei, die SPD, war dagegen. Ihr Abgeordneter Ludwig Bergsträsser erklärte: „Wir wollen, dass die Bundesrepublik Deutschland die Flagge führt, die in Weimar gesetzlich festgelegt wurde ... Wir wollen, dass diese Flagge so und in derselben Form die Flagge des deutschen Bundes werde, so, wie sie ist, in keiner anderen. Eine Flagge ist ein Symbol, und als Symbol soll sie zweierlei Elemente erhalten: eines der Tradition und eines, ich möchte sagen, der inneren Willenserklärung; und diesen beiden Anforderungen entspricht sie ... Die Tradition von Schwarz-Rot-Gold ist Einheit und Freiheit; oder ich sage vielleicht besser: Einheit in der Freiheit. Diese Flagge soll uns als Symbol dafür gelten, dass die Freiheitsidee, die Idee der persönlichen Freiheit eine der Grundlagen unseres zukünftigen Staates sein soll.“ Das einzige, was sich die Sozialdemokraten höchstens noch vorstellen konnten, war eine vertikale Streifung analog der französischen Trikolore.



Bild: ddp

So kennt jedes Kind die deutsche Fahne. Doch wenn es nach den C-Parteien gegangen wäre, würde heute statt der Trikolore ein „skandinavisches Kreuz“ an Bundesbehörden und in den Sportstadien prangen.

Ihren entschiedensten Gegner hatte der Unionsvorschlag allerdings nicht in der SPD, sondern in dem späteren ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss. Mit schon schneidender Schärfe kritisierte er, dass die Versuche, aus dem gegebenen Farbvorrat etwas Neues zu schaffen, zu sehr ins Kunstgewerbliche geraten seien. Die vorgeschlagene Kreuzflagge bezeichnete er als eine geometrisch-grafische Lösung. Während die schwarz-rot-goldene Trikolore eine gewisse Geschichte habe, wirke der Versuch einer Neukonstruktion wie eine Verlegenheitslösung. Im Übrigen, so Heuss weiter, hätten die Abgeordneten nicht die Geschichtsmächtigkeit, ein Symbol zu schaffen, Symbole entständen aus geschichtlichen Vorgängen, nicht aus Abstimmungen. Wer denkt bei dieser Relativierung der Bedeutung von Abgeordneten und Abstimmungen nicht an Otto von Bismarcks viel gescholtenes Wort „Nicht durch Reden oder Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden ...“?

Heuss schloss sein Plädoyer mit den Worten: „Lassen wir uns in der ganzen Angelegenheit davon leiten, dass wir etwas, das einmal eine Tradition werden wollte, zur Tradition werden lassen.“ Angesichts dieses Einsatzes für aus geschichtlichen Vorgängen entstandene Hoheitszeichen und gegen Neukonstruktionen und Verlegenheitslösungen, mutet es allerdings ziemlich grotesk an, dass derselbe Mann an Stelle des „Liedes der Deutschen“ eine von ihm in Auftrag gegebene „Hymne an Deutschland“ als Nationalhymne durchsetzen wollte.

So sind die Ursachen für Heuss' Eintreten für die Farben der 48er Revolution wohl auch weniger im Respekt vor historisch Gewachsenem zu sehen als in seiner politischen und auch geographischen Herkunft. Heuss war eben ein typischer südwestdeutscher Liberaler. Und in diesem Personenkreis hatte Schwarz-Rot-Gold traditionell seine größten Anhänger. Für ihn stand Schwarz-Rot-Gold für das großdeutsche, föderalistische, freiheitliche Deutschland, das zu erreichen 1848 gescheitert ist.

Anders als in der Frage der Nationalhymne stand Heuss in jener der Nationalflagge auf der Seite der Sieger. Mit 49 gegen eine Stimme entschied sich der Parlamentarische Rat für Carlo Schmids Flaggendefinition im Grundgesetz: „Die Bundesflagge ist schwarz-rot-gold.“ Näheres regelte dann die Anordnung des Bundespräsidenten Theodor Heuss über die deutschen Flaggen vom 7. Juni 1950, deren Regelung 1996 um die folgende Möglichkeit ergänzt wurde: „Die Bundesflagge kann auch in Form eines Banners geführt werden. Das Banner besteht aus drei gleich breiten Längsstreifen, links schwarz, in der Mitte rot, rechts goldfarben.“ *Manuel Ruoff*

»Lass das erste Glas stehen!«

Vor 75 Jahren gründeten ein Chirurg und ein Börsenmakler in Ohio die Anonymen Alkoholiker – Seit 1953 auch in Deutschland

Sie stehen nicht in den Schlagzeilen und sind auch nicht bei den Diskussionsrunden im Fernsehen zu finden. Sie sind keine öffentlichen Personen und fungieren nicht als Berater in irgendwelchen Institutionen. Sie sind und bleiben anonym in einer freiwilligen Gemeinschaft ohne Zwang, die ihre Hilfe allein im Gespräch bietet, zwischen Menschen, die das gleiche Schicksal haben: Sie sind Alkoholiker. Zwei Millionen Abhängige soll es allein in Deutschland geben, die Dunkelziffer ist unbekannt. Ihnen den Weg aus der Sucht anhand des eigenen Schicksals aufzuzeigen, ist die selbstgewählte Aufgabe der namenlosen Träger der weltweiten Gesellschaft der Anonymen Alkoholiker (AA). Vor 75 Jahren, am 10. Juni 1935, wurde sie in Ohio/USA gegründet.

Eigentlich wollten Bob, der erfolgreiche Chirurg, und Bill, der Börsenmakler, nur ihre schlimmen Erfahrungen austauschen, die sie durch ihre Trunksucht gemacht hatten. Sie stellten dabei fest, dass die Gespräche ihnen gut taten, weil sie so ehrlich über ihre Ängste und Zwänge sprechen konnten. Sie halfen ihnen, den Alkoholismus als Krankheit anzusehen. Aus dieser Erkenntnis heraus beschlossen sie, ihre Sucht gemeinsam zu bekämpfen. Sie suchten Gleichgesinnte, erste Gruppen bildeten sich in Akron, New York und Cleveland. Die etwa 100 Mitglieder zählende Gemeinschaft beschloss 1939, ihre Grundsätze und Erfahrungen in einem Buch zu veröffentlichen. Als Titel wählte man „Alcoholicus Anonymous“ – damit hatte die Gemeinschaft einen Namen. Dieses „Blaue Buch“, in dem das geistige Gedankengut der Gemeinschaft in zwölf Schritten zusammengefasst ist, wurde zur Grundlage der Gruppenarbeit der Anonymen Alkoholiker – und das weltweit. Heute gibt es in rund 150 Ländern über 90000 Gruppen mit 1,8 Millionen Mitgliedern. Nach Deutschland kam die Bewegung 1953, als amerikanische Soldaten, die durch die AA abstinent geworden waren, ihre Erfolge auch deutschen Alkoholikern vermitteln wollten. Diesem ersten Schritt in München folgten Gruppenbildungen in weiteren Großstädten, bis um die Jahrtausendwende in der Bundesrepublik flächendeckend die Zahl von rund 2700 Gruppen erreichte wurde. Hinzu kommen über 270 AA-Gruppen und Kontakte in Krankenhäusern, auch in vielen Justizvollzugsanstalten sind sie vertreten. Für betroffene Familienangehörige gibt es die Al-Anon Familiengruppen, auch spezielle Selbsthilfegruppen für Kinder, denn die Umgebung der Alkoholkranken ist immer mit einbezogen in die Problematik.

Den Anfang bildete das Gespräch zweier Alkoholkranker über ihre Suchterfahrungen

Die Frauen und Männer, die irgendwo in Deutschland zu einem der regelmäßig stattfindenden AA-Treffen zusammen kommen, haben diese Krankheit an Leib und Seele gespürt und die Hölle des Entzugs durchlitten. Einige sind schon 20, 30 und auch mehr Jahre dabei, haben in der Gruppe der AA-Freunde ihren Halt gefunden. Und wollen ihn ständig festigen im gemeinsamen Austausch der Erlebnisse und Erfahrungen. Denn sie sind „trockene Alkoholiker“ und bleiben es auch. Man bezeichnet sie auch als „genesende Alkoholiker“, aber das könnte leicht zur Verwechslung mit „geheilt“ führen. Und das wäre ein Irrtum. Deshalb beginnt auch jeder Teilnehmer des Meetings, der sich zu Wort meldet, mit der Nennung seines Vornamens – und *nur* dieser bleibt bekannt – und dem Bekennen: „Ich bin Alkoholiker“. Das irritiert manchen Besucher, der neu in der Gruppe ist. Denn die meisten Alkoholiker wollen und können nicht eingestehen, dass sie abhängig sind. Das haben aber die Angehörigen, die Kollegen, die Freunde längst erkannt und dem Süchtigen den Rat gegeben, sich an die AA zu wenden. Andere haben von sich aus den Weg gesucht und gefunden oder wurden durch einen „trockenen“ Freund beeinflusst, eine Gruppe aufzusuchen. Aber immer sind sie skeptisch, wenn sie zum ersten Mal an einem Meeting teilnehmen. Sie befürchten eine Belehrung, die Kritik, den erhobenen Zeigefinger, den Zwang zur Bloßstellung. Das alles gibt es hier nicht. Jeder, der etwas zu sagen oder zu fragen hat, kann dies tun. Er spricht nur für sich und über sich selbst. Durch das offene und ehrliche Bekennen des anderen kann der Zuhörende die Fähigkeit entwickeln, sich selber zu erkennen. Er lernt, seine eigenen Schwächen, Fehler und unkontrollierte Handlungsweise selbstkritisch zu betrachten und sie schließlich offenzulegen. Das Gefühl, hier Gleicher unter Gleichen zu sein, macht Mut. Die Beispiele jener, die „trocken“ geworden sind und aus scheinbar auswegloser Lage einen neuen Start in ein wieder lebenswert gewordenes Leben gefunden haben, geben Hoffnung. Und führen zu der Möglichkeit, die wahre Bedeutung des Anteils an den eigenen Schwierigkeiten zu erkennen und über sie zu sprechen. Damit ist schon viel gewonnen.

90000 Gruppen mit 1,8 Millionen Mitgliedern in rund 150 Ländern

Aber der Weg bis zur konstanten Abstinenz ist für viele Willige noch weit. Der Halt, den die Gruppe bei den Treffen vermittelt, muss auch in den Alltag hineingetragen werden, und da lauern die Gefahren. Auf einer Betriebsfeier, einem Familienfest, auf einer Tagung, auf einer Reise, bei irgendwelchen „gemütlichen“ Stunden. Wenn ein Mitglied beim Treffen eingesteht: „Ich habe wieder getrunken!“, dann ist das auch für die Freunde erschreckend, aber es gibt keinen Vorwurf: "Wie konntest du das tun!" Jeder weiß aus eigener Erfahrung, dass die Gefahr für einen Rückfall immer präsent ist. Sich hier – und für viele Betroffene eben nur hier – aussprechen zu können, führt schon weiter. Und immer wieder der Hinweis auf einen der Schritte aus dem Blauen Buch, „das erste Glas stehen lassen“. Das ist ein schwerer und doch heute leichter zu begehende Weg in die Abstinenz als noch vor einigen Jahren, als in vielen Fernsehsendungen der Griff zur Cognacflasche als probates Mittel zur Problembewältigung demonstriert wurde und das Champagnerglas höchsten Lebensstil vermittelten wollte. Heute werden auf vielen Empfängen und Feiern auch alkoholfreie Getränke – mit Rücksicht auf die Promillegrenze – angeboten. Die Problematik liegt jetzt ganz wo anders: bei den blutjungen Komasäufern. Deshalb gehen auch einige AA-Freunde in die Schulen, um über ihre eigenen Erlebnisse zu berichten. Ohne Namensnennung – sie bleiben auch da anonym. *Günther Falbe*

Noch erschütternder als die Worte der Kanzlerin in Moskau ist der ausbleibende Widerspruch

Zu: „Aus den Fugen" (Nr. 19)

Ich bin der *PAZ* dankbar, dass in dem Leitartikel der Besuch der Bundeskanzlerin am 9. Mai in Moskau zu den Feierlichkeiten anlässlich des 9. Mai von 1945 eine kritische Erwähnung fand.

Während einer Nachrichtensendung im Radio an eben jenem Tag wurde die Kanzlerin zitiert, welche sagte, Deutschland werde Russland „für die Befreiung" vom Nationalsozialismus 1945 „ewig dankbar" sein. Geradezu verblüfft hatte mich diese Äußerung ob ihrer unverhohlenen Dreistigkeit und Geschichtsleugnung. Nicht weniger erschütternd war, dass auf diese Äußerung hin keine Reaktion erfolgte, weder in den Medien noch in der Bevölkerung. Es ist schon erstaunlich, in welch kurzem Zeitraum durch strategische Medienmanipulation und einen fehlenden fundierten Geschichtsunterricht an unseren Schulen – hier insbesondere in Nordrhein-Westfalen – das Geschichtsbewusstsein ausgelöscht werden kann.

Hinzufügen möchte ich noch eine kurze Bemerkung zu dem Leserbrief von Herrn Schmodde, der die Unrechtmäßigkeit der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg in Churchills Rede „Der Eiserne Vorhang" zitiert. Churchill sowie den beiden US-Präsidenten Roosevelt (Teilnehmer der Jalta-Konferenz) und Truman, Roosevelts Nachfolger im Amt, waren Stalins Verbrechen auf diesem Gebiet bekannt. Da aber Stalin und die Rote Armee zur Allianz gegen das Deutschland unter Hitler gehörten, sahen die westlichen Alliierten wenig Spielraum, politisch zu intervenieren. Ein weiteres Zitat Churchills gibt recht genau wieder, welche ambivalenten Gefühle bei den westlichen Alliierten im Umgang mit Stalin eine Rolle spielten: „Gute Beziehungen zu einem Kommunisten zu unterhalten, ist, als wenn man ein Krokodil umwerbe. Man weiß nicht, ob man es unter dem Kinn kitzeln oder ihm eins über den Schädel schlagen soll. Wenn es seinen Mund öffnet, kann man nie wissen, ob es zu lächeln versucht oder im Begriff ist, einen aufzufressen." **Ilona Dubalski-Westhof, Radevormwald**

Zum letzten Mal Merkel gewählt

Zu: „Aus den Fugen" (Nr. 19)

Im Geschrei um die Griechenlandhilfe ist eine weitere Glanzleistung unserer Kanzlerin untergegangen. Bei ihrem Besuch im Mai in Moskau anlässlich der Feierlichkeiten zur deutschen Niederlage 1945 hat sie sich bei der Sowjetunion für unsere „Befreiung" bedankt. Dafür sind ihr vor allem die Tausende Mädchen und Frauen, die von den „Befreiern" vergewaltigt wurden, dankbar.

Mir persönlich ging folgendes durch den Kopf. Mein Vater hat sich 1945 diesen „Befreiern" als Soldat entgegenstellen müssen, um den vielen Flüchtlingen einen Weg in den Westen frei zu halten, und ist dabei noch im April 1945 ums Leben gekommen. Nun „bedankt" sich Frau Merkel auch noch dafür. Leider auch in meinem Namen, da ich sie ja gewählt habe. Allerdings zum letzten Mal. Mit Merkel wird die CDU bald keine Volkspartei mehr sein. Die zehn Prozent Verlust in NRW waren erst der Anfang. So haben Vizekanzler und Kanzlerin endlich einmal eine gemeinsame Basis. Der eine vertritt deutsche Interessen nicht in Warschau und die andere nicht in Moskau.

Karl-Werner Kasper, Gießen

Sonstige inklusive Piraten

Zu: „CDU kooperiert mit Linkspartei" (Nr. 19)

Dass die NPD in Umfragen für Sachsen-Anhalt bei vier Prozent steht, halte ich für fraglich. Wodurch ist dies belegt? Bei der aktuellsten Umfrage von Infratest Dimap vom März stehen die Sonstigen bei vier Prozent. Darunter werden aber sicher auch die Piraten und andere geführt. Woher stammt also diese Zahl?

Werner Wilhelm, Dresden



9. Mai 2010: Merkel dankt in Moskau für die „Befreiung" durch die Rote Armee. Bild: pa

Armes Volk

Zu: „Deutschland wird auch weiter zahlen" (Nr. 21)

Diese Abstimmung am 21. Mai im Bundestag war ein Witz. Wie heißt es so schön, der Abgeordnete ist nur seinem Gewissen verantwortlich. Die Einen enthalten sich, weil sie zu feige sind, Ja oder Nein zu sagen, und die Anderen brüllen Jawohl und schlagen die Hacken zusammen – und sowas wollen Volksvertreter sein. Dieses Spiel erinnert mich an die ehemalige DDR. Armes deutsches Volk, du tust mir leid, von der eigenen Regierung und deinen sogenannten Volksvertretern verraten und verkauft und von den Griechen als Nazis beschimpft zu werden.

Horst Polakowski, Gernsheim

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Plant Brüssel einen Staatsstreich?

Zu: „EZB begeht Todsünde" (Nr. 19)

Die Euro-Turbulenzen sind nicht schicksalhaft unerwartet, sondern vorhergesehen. Über die Währungsunion sollte die Technokratenrunde in Brüssel zur alleuropäischen Regierung gedeihen. Obwohl die Reihenfolge normalerweise umgekehrt ist. Zuerst (freiwillige) politische Union und erst dann Währungsunion. Aber der Zwang über den Geldbeutel der Bürger erschien einfacher.

Jetzt hat der letzte Akt begonnen: Nach der EZB sollen die nationalen Parlamente entmachtet werden. Zum Glück hat das Karlsruher Lissabon-Urteil an Stelle merkelnder Politiker klare Grenzen gezogen. Der Brüsseler Staatsstreich kann also so nicht gelingen.

Und was den Euro angeht: Wer Geld hat zum Spekulieren, wäre eigentlich töricht, wenn er nicht auf den Leichenschmaus dieser unseriös geplanten Währung setzen würde. Leider hat eine verantwortungslose Gilde von Politikern diese Chance ermöglicht.

Dr. Klaus-J. Schneider-Haßloff, Berlin

2009 warb Merkel um Vertriebene, um sie 2010 zu versetzen

Zu: „Rothäute an Neumanns Lagerfeuer" (Nr. 12)

Der 11. Februar war ein finsterer Tag für uns Vertriebene. Was würde Peter Glotz, der Mit-Initiator des „Zentrums gegen Vertreibungen" zu dieser Entwicklung sagen?

Denn mit dem Verzicht von Erika Steinbach als Stiftungsratsmitglied haben SPD, FDP, Grüne und „Die Linke" die Möglichkeit, die Gestaltung eines den Vertriebenen und Zwangsarbeitern sowie den zirka zwei Millionen Toten gewidmeten Denkmals zu hintertreiben. Denn von allen vier Parteien habe ich bisher nur Unverständnis und Ablehnung, aber nie Zustimmung vernommen. Um geschichtliche Zusammenhänge hat man sich anscheinend, und ganz offenbar, nicht bemüht.

Weil Ostpreußen, Schlesien, Pommern und das Sudetenland vom Deutschen Reich 1945 abgetrennt wurden und nicht Bayern, Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen oder Baden-Württemberg mussten wir Vertriebene mit dem Verlust der Heimat den höchsten Preis zahlen, für einen Krieg, der schließlich alle Deutschen etwas angeht.

Die CDU/CSU, vor allem die Kanzlerin, hat vor der Wahl im September 2009 signalisiert, auf Seiten der Vertriebenen und Erika Steinbach zu stehen. Nach der Wahl muss dieses Versprechen in Vergessenheit geraten sein, denn Kulturstaatsminister und Außenminister haben gleich nach der Wahl einer gewissen Klientel in Polen den „Kopf" von Erika Steinbach zu Füßen gelegt. Nachgetreten wurde durch die Meldung, dass es in den 50er Jahren im Vertriebenenverband „ehemalige Nazis" gegeben hätte. (Wer dabei Schlechtes denkt?)

Diese Weigerung der scheinbaren Mehrheit der Deutschen, gemeinsame Geschichte anzunehmen und Solidarität mit den Betroffenen zu üben, wirft ein trauriges Bild auf unser Volk. Nicht nur wir Vertriebenen sind betroffen, sogar an den Opferzahlen zum Beispiel in Dresden vom 13./14.Februar 1945 wird korrigiert, um eine möglichst kleine Zahl von (deutschen) Opfern festzustellen.

Die drei jungen Herren – Dorrmann, Kossert und Kittel – mögen studierte Historiker sein und guten Willens, aber reicht das? Hier müssten auf Seiten der Vertriebenen Schwergewichte wie Arnulf Baring und Alfred de Zayas, der Verfasser der „50 Thesen zur Vertreibung", mitwirken.

Allen Vertreiberstaaten (und allen Mitwirkenden an diesem Vorhaben) sei gesagt: „Nur ehrliche Geschichtsaufarbeitung bringt uns allen dauerhaften Frieden."

Doris Richter, Berlin

Euro-Kritik gegen den Zeitgeist

Zu: „Offener Brief an Angela Merkel" (Nr. 19)

Mit Freude habe ich den Gastkommentar von Professor Wilhelm Hankel gelesen. Der „Offene Brief an Angela Merkel" ist mir aus der Seele geschrieben. Der in Langfuhr bei Danzig geborene Verfasser hat wie ich preußische Wurzeln und ist sicher seit längerer Zeit Abonnent Ihrer Zeitung. Ich mutmaße allerdings, dass er seine Meinung auch einer großen überregionalen Zeitung angeboten hat, die seine Worte aber wohl als unangebracht zum Thema bezeichnete, denn ein Appell wie dieser entspricht nicht dem Zeitgeist, political correctness oder wie man gelenkte Meinungen bezeichnen mag.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich einen Vorschlag machen. Ihre Zeitung bringt viel über Ostpreußen und erinnert damit an die historische Vergangenheit. Doch nicht nur die Bewohner dieser ehemaligen Provinz leiden unter den von den alliierten Siegermächten diktierten Veränderungen, sondern auch vertriebene Schlesier und Sudetendeutsche. Wie wäre es, wenn Sie sich mit diesen Landsmannschaften in Verbindung setzten, um deren Anliegen auch unter Ihr journalistisches Dach zu holen?

Dr. Hans J. Brinkmann, Detmold

Anm. d. Red.: Seit einigen Monaten unterstützen wir die Anliegen der anderen vertriebenen Gruppen noch mehr als bisher durch unsere Berichterstattung auf Seite 14 „Aus den Heimatregionen". Eine noch engere publizistische Zusammenarbeit und Bündelung der Kräfte wäre aus Sicht von LO und *PAZ* wünschenswert.

Wortwahl wenig seriös

Zu: „Zocker ausbremsen" (Nr. 20)

Die *PAZ* betrachtet sich selbst zu Recht als Qualitätszeitung. Formulierungen wie „Zocker ausbremsen" oder „Banken jaulen auf" passen dazu überhaupt nicht.

Roland E. Hammer, Helmstedt

Zu den Opfern von Katyn gehören zehn deutsche Offiziere – wurden sie je rehabilitiert?

Zum Gastbetrag von Patrick J. Buchanan: „Wahrheiten über Katyn und den ‚Guten Krieg'" (Nr. 17)

Ich wurde 1925 in Königsberg geboren und bin ein Zeitzeuge von Katyn. Als 16-Jähriger trat ich 1943 in die Luftwaffe ein und diente zunächst in der Normandie. Dann wurde ich nach Smolensk kommandiert, um bei der Exhumierung der dort im Februar gefundenen Massengräber von Katyn zu helfen. Dies geschah, weil meine Familie teilweise polnisch war und man für möglich hielt, dass unter den Ermordeten Angehörige von uns wären, was sich dann aber zum Glück nicht bestätigte.

Vor ein paar Jahren hatte ich mich überreden lassen, erstmals darüber zu sprechen. Dazu war es gekommen, nachdem 1995 bei einer Veranstaltung der Universität Frankfurt an der Oder zum Thema „50 Jahre – 50 Millionen Flüchtlinge" ein junger Professor aus Thorn seine Einladung missbraucht und in seinem Referat immer wieder von den „verlorenen polnischen Ostprovinzen" und den „zurückgewonnenen Westprovinzen" gesprochen hatte. Als die Hausherrin, Gesine Schwan, und auch die „rote Gräfin" von der „Zeit" den Referenten nicht unterbrachen, habe ich den Gast deutlich darauf hingewiesen, dass diese Darstellung nicht akzeptiert werden kann. „Inzwischen kennt man aber auch in Polen die Wahrheit!", ist es mir rausgerutscht. Obwohl Frau Schwan nun versuchte, den polnischen Professor zu unterbrechen, entschuldigte sich der Gast wie folgt: Er hätte das so in der Schule gelernt und immer wieder an der Uni, in Rundfunk und Fernsehen diese Version gehört. Eine ähnliche Situation haben wir jetzt mit Buchanans Artikel über Katyn. In der Schlussbemerkung steht der Satz der Redaktion: Stimmt in einigen Aussagen nicht mit unseren Ansichten überein. In der Tat wurde in der *PAZ* deutlich dargestellt, dass es ein Märchen ist mit den „verlorenen polnischen Ostprovinzen".

Bei meiner dienstlichen Teilnahme bei der Erfassung der Toten in den Massengräbern von Katyn und an vielen anderen Fundstätten wurde offen von der Blutspur der Polen gesprochen bei ihrem Überfall auf die Sowjetunion in den Jahren 1917 bis 1920. Die russisch-orthodoxen Kirchen wurden verschlossen und die Schlüssel mussten die Russen – wenn sie die Kirchen für wichtige Anlässe nutzen wollten – beim Dorfjuden mit einer nicht gerade geringen Gebühr auslösen.

Aber erst nachdem die „Märkische Oderzeitung" durch Ralf Loock im Februar 2008 ausführlich über Katyn berichtet hatte, bequemte sich auch die Bundeszentrale für politische Bildung zu einer ausführlichen Veröffentlichung über Katyn in Form der Übersetzung des Buches von Victor Zaslavsky „Klassensäuberung – Das Massaker von Katyn" aus dem Italienischen.

Nach meiner Flucht aus der Kriegsgefangenschaft aus dem Lager 404 in Rogniac bei Marseille versuchte ich mehrmals, nach Königsberg (jetzt Kaliningrad) heimzufahren. Ich hatte wieder meinen Familiennamen Brzezinski angenommen, auch mein Vorname war nicht mehr Hellmuth, sondern wieder Helmut.

Schließlich blieb ich in Hamburg hängen. Es war eine schwierige Zeit. Die Bevölkerung wurde terrorisiert von den Resten der polnischen Anders-Armee. Kriegsverbrecherprozesse in Hamburg und Nürnberg überschatteten vieles. Die Frage der Verantwortung für Katyn drohte sich negativ für die Russen zu entwickeln. Da entwarfen die Sowjets einen teuflischen Plan. Viele Einzelheiten sind inzwischen bekannt. Die Kommissionssitzung in Moskau vom 21. März 1946 war nur Katyn gewidmet, das Resultat: Zehn deutsche Kriegsgefangene Offiziere wurden von der sowjetischen Justiz für die Massaker bei Katyn verurteilt. Sieben wurden mit dem Tode bestraft und als Kriegsverbrecher hingerichtet, drei zu 20 beziehungsweise 15 Jahren Zwangsarbeit. Ich habe versucht, etwas über ihre Rehabilitierung zu erfahren, denn in der DDR wurden ihre Familien enteignet. Ob Frau Merkel die Namen Karl Strüffling, Heinrich Remmlinger, Ernst Böhm, Eduard Sonnenfeld, Hebard Janike, Erwin Skotki und Ernst Geherer mit Herrn Putin besprochen hat? Sie wurden als Kriegsgefangene ermordet!

Man spricht immer nur über Katyn, es gab aber auch 6311 erschossene polnische Gefangene in Ostaschkow, 4421 in Kozielsk und 3982 aus Starobielsk, die in Charkow exekutiert wurden.

Sie haben bestimmt Zugang zu den Ausgaben der „Nordwest-Nachrichten" von Anfang 1946 (Herausgeber ist die britische Militärbehörde). Schon im Dezember 1945 soll die sowjetische Agentur Tass über die Verurteilung der deutschen Offiziere berichtet haben. Nach diesen Veröffentlichungen wurde dieser Anklagepunkt in Nürnberg, wie auch Buchanan schreibt, einfach nicht weiter verfolgt.

Meine Frage: Wurden die enteigneten Familie inzwischen entschädigt und die Opfer rehabilitiert?

Helmut Birkner, Fredersdorf

Das Ostpreußenblatt

Nr. 22 – 5. Juni 2010

MELDUNGEN

AKW fordert Tilsit heraus

Tilsit – Der Bau des in seiner unmittelbaren Nachbarschaft entstehenden Kernkraftwerks „Baltiski“ stellt Tilsit in den nächsten Jahren vor enorme Herausforderungen. Allein die Anlieferung riesiger Mengen an Baustoffen und Ausrüstung für die Großbaustelle ist ohne den Ausbau von Verkehrswegen und Umschlagplätzen nicht realisierbar. Weder das Schienennetz noch die Flussschiffahrt genügen den hohen Anforderungen. In einem Strategiepapier ist für die nächsten sechs Jahre in Abstimmung mit dem Rosatom-Konzern die Entwicklung Tilsits zu einem leistungsstarken Transport- und Logistikzentrum vorgesehen. Schwerpunkte sind die Modernisierung des Güterbahnhofs, der Bau eines modernen Flusshafens und die Errichtung einer neuen Brücke über den Memelstrom. Auch für den Wohnungsbau ergibt sich eine hoffnungsvolle Perspektive. Für die künftige Belegschaft des Kernkraftwerkes wird keine neue Wohnsiedlung gebaut, sondern für sie wird Wohnraum in Tilsit geschaffen. Damit ist gleichzeitig die Möglichkeit gegeben, die bereits vorhandenen Kultureinrichtungen wie Theater und Museen sowie Sportstätten optimal zu nutzen. *H. Dz.*

Museumsnacht in Tilsit

Tilsit – Die diesjährige Museumsnacht war dem künstlerischen Schaffen des in Tilsit geborenen ungemein vielseitigen Künstlers Armin Müller-Stahl gewidmet. Sie begann mit der Vernissage einer Ausstellung, die 40 seiner Lithographien präsentiert. In Farbe und auch Schwarz-Weiß bringt Müller-Stahl Lebenssituationen und menschliche Gefühle zum Ausdruck, zeichnet Landschaften und Porträts. Zu sehen sind auch Illustrationen zum Film „Die Buddenbrooks“ nach dem Roman von Thomas Mann, in dem Müller-Stahl die Hauptrolle gespielt hat. Museumsdirektorin Angelika Spiljowa begrüßte die zahlreichen Gäste, unter ihnen Kulturbürgermeisterin Anna Jankuskeit, das russische Fernsehen und weitere Pressevertreter. Die Vernissage wurde festlich umrahmt von den Klängen des Streichquartetts „Bernstein“. Noch bis zum 1. August wird die Ausstellung zu sehen sein. Ein Dokumentarfilm vermittelte weitere Einblicke in das künstlerische Wirken Armin Müller-Stahls als Schauspieler, Regisseur, Schriftsteller, Musiker und Maler. Das Publikum, das ihn bisher meist nur als Hollywood-Schauspieler kannte, war beeindruckt von der Vielseitigkeit des Universaltalents, dessen Wurzeln – wie besonders hervorgehoben wurde – in der Stadt an der Memel liegen. Im weiteren Verlauf der Museumsnacht, die erst gegen 6 Uhr in der Frühe ihr Ende fand, erlebte man in einer Retrospektive Armin Müller-Stahl in zahlreichen seiner Filmrollen, unter anderem in „The 13th Floor“ und „Die Manns“. *H. Dz.*

Ein Stück Geopolitik

»Patriot«-Raketen in Mohrungen: Polen begrüßt die Stationierung, Russland zeigt sich konsterniert

In Polen hat die Stationierung US-amerikanischer „Patriot“-Raketen begonnen. In Mohrungen, nur 55 Kilometer von der russischen Grenze entfernt, werden sechs Startanlagen eingerichtet. Auf russischer Seite führt dies zu Irritationen, die Beziehungen zwischen Russland und den USA könnten wieder schlechter werden.

Erst vor wenigen Wochen haben sich die USA und Russland in Prag über die Erneuerung des START-Abkommens, das die Reduzierung nuklearer Waffen vorsieht, geeinigt. Der Konflikt über die US-amerikanischen Raketenschutzschildpläne in Polen schwelt hingegen weiter, polnische und russische Interessen klaffen hier meilenweit auseinander. Während die Polen im südlichen Ostpreußen durch die Militärbasis einen Wirtschaftsaufschwung erhoffen und deshalb auf die Einhaltung des Ende 2009 mit den USA geschlossenen Vertrags über die Einrichtung eines Raketenstützpunktes nahe der Grenze zum Königsberger Gebiet bestehen, sehen die Russen ihre nationale Sicherheit gefährdet. Die Vereinbarung sieht die Einrichtung von sechs Startanlagen für US-Flugabwehrraketen des Typs „Patriot“ vor und die Stationierung von amerikanischem Personal in Kompaniestärke auf polnischem Territorium. Es ist geplant, in einigen Jahren auch noch Abwehrraketen vom Typ SM-3 zu installieren, die ballistische Raketen abfangen können.

Vor kurzem wurde bei einem Tag der offenen Tür auf der Militärbasis in Mohrungen, unweit von Allenstein, die Ankunft der ersten sechs Raketenkomplexe gefeiert. Der polnische Verteidigungsminister Bogdan Kilch lobte die „Patriot“-Stationierung, weil sie die strategische Partnerschaft zwischen Polen und den USA bestätige. Während Politiker die Raketen als Bereicherung betrachten, zweifeln auch viele. Was, wenn Polen tatsächlich angegriffen werden würde, fragen die Menschen auf der Straße, vor allem ältere, die den letzten Krieg noch erlebt haben. Die 15 000-Einwohnerstadt Mohrungen liegt nur 90 Kilometer von Königsberg entfernt.

100 US-Soldaten in Polen stationiert

Die Reaktion der Russen war entsprechend kühl. Außenminister Sergej Lawrow erwartet eine stichhaltige Erklärung, warum nahe der russischen Grenze Militäranlagen entstehen müssen. Die Stationierung amerikanischer Raketen auf polnischem Territorium trage nicht gerade zur Festigung der Sicherheit oder zur Vertrauensbildung bei. In der Zusammenarbeit der USA und Polens in diesem Bereich sehe man weder eine Notwendigkeit noch eine Logik. Keines der Argumente der Russen für eine Stationierung der Raketen-Stationierung in etwas größerer Entfernung von der innerostpreußischen Grenze hatte Gehör gefunden.

Um die Aufstellung und die Bedienung des Komplexes werden sich 100 amerikanische Soldaten kümmern, die schon vor Ort sind. Die Polen versuchten ihren östlichen Nachbarn damit zu beruhigen, dass die „Patriots“ lediglich zu Übungszwecken stationiert würden, weil geplant sei, die polnische Armee zu modernisieren. Erst in zwei Jahren würden die Raketen durch kampffähige Modelle ausgetauscht. Die USA haben Polen als integralen Bestandteil ihres neuen Raketenschutzschildes eingeplant, der bis 2020 vollendet sein wird. Eine feste Stationierung amerikanischer Raketenstartanlagen unmittelbar vor ihrer Haustür wollen die Russen jedoch nicht dulden. Sie behalten sich als Reaktion eigene Schritte vor. Einer davon könnte der Ausstieg aus dem START-Abkommen sein.

Schon früher hatte die amerikanische Führung erklärt, dass die Stationierung von „Patriot“-Raketen in Polen gegen mögliche Angriffe des Iran oder Nordkoreas gerichtet sei. Der russische Präsident Dmitrij Medwedew hingegen ist der Auffassung, dass die Aufstellung dieser Abfangraketen in Polen keinem anderen Ziel diene, als dem Abfangen russischer Interkontinentalraketen. Das Raketenabwehrsystem „Patriot“ wird nicht nur von den Nato-Streitkräften zum Abfangen von Flugraketen mittlerer und großer Reichweite verwendet. Auch die Armeen von Ägypten, Nationalchina und Saudi-Arabien wurden von den USA bereits mit „Patriots“ ausgerüstet. *Jurij Tschernyschew/PAZ*



Tag der offenen Tür in Mohrungen: Verteidigungsminister Bogdan Kilch besichtigt den Militärstützpunkt. Bild: imago

Plötzlicher Sinneswandel der Opposition

Führer der Bewegung »Gerechtigkeit« verteidigt Gouverneur Boss gegen Rücktrittsforderung

Mitarbeiter der im Herbst 2009 aufgelösten Fluglinie „KD Avia“ fordern in einem Brief an Präsident Dmitrij Medwedew den Rücktritt von Georgij Boos. Sie werfen dem Gouverneur Korruption vor, und dass er die Auflösung ihres Betriebs leichtfertig herbeigeführt habe. So habe er die Außenstände für offenstehende Löhne höher als tatsächlich angegeben. Darauf habe Regierungschef Wladimir Putin vier Milliarden Rubel (rund 105 Millionen Euro) für die Begleichung der Lohnschulden bereit gestellt. Bei den Mitarbeitern seien jedoch nur 220 Millionen Rubel (knapp sechs Millionen Euro) angekommen, der Rest sei zweckentfremdet worden. Im Dezember 2009 ließ die Gebietsregierung den Eigentümer der KD Avia, Sergej Grischenko, und dessen geschäftsführenden Direktor Leonid Itzkow dann wegen betrügerischen Bankrotts verhaften. Inzwischen wurden die beiden jedoch gegen Auflagen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Überraschend sprach sich der außerparlamentarische Oppositionsführer Konstantin Doroschok von der Bewegung „Sprawedliwost“ (Gerechtigkeit) gegen die Rücktrittsforderung der KD-Avia-Mitarbeiter aus. Seine Begründung: Gouverneur Boos könne nicht in einem Augenblick zurücktreten, wo er sich auf die Opposition zubewege und einige ihrer Forderungen erfüllt habe. Seine Unterstützung für Boos bedeute aber nicht, dass er seine oppositionelle Position aufgebe, betonte Doroschok. Vor allem gegen die Einparteienpolitik in Russland werde er sich weiterhin einsetzen.

Wurde Konstantin Doroschok von der Regierung gekauft?

Doroschok ist ein gescheiterter Gebrauchtwagenhändler, der nach eigenen Angaben wegen überhöhter Zollgebühren 440 000 Euro Schulden auftürmte und deshalb mit seinem Unternehmen pleite ging. Seitdem schlägt er sich mit Gelegenheitsjobs durch, um sich, seine Frau und seine drei Kinder zu ernähren. Doroschok beteiligte sich zunächst an einer Reihe von Protesten von Autohändlern. Gemeinsam mit Ex-Schachweltmeister Garri Kasparow gründete er die Oppositionsbewegung „Gerechtigkeit“. Diesen Januar organisierte Doroschok dann die Großdemonstration im Zentrum von Königsberg, an der sich über 10 000 Menschen beteiligten und die den Herrschern im fernen Moskau einen ordentlichen Schreck eingejagt haben.

Doch schon Ende März machte Doroschok einen plötzlichen Rückzieher, als er eine für den 20. März angesagte zweite Großdemo wieder absagte. Er begründete die Absage mit der Befürchtung, dass Schlägertruppen zur Provokation der Demonstranten bestellt seien und die Organisatoren der Demonstration bei dieser Gelegenheit verhaftet werden sollten. Auf diese Weise wurden tatsächlich in der Vergangenheit Protestkundgebungen in Moskau und anderen russischen Städten systematisch unterbunden. Viele aus der Protestszene glauben allerdings, dass Doroschok gekauft wurde. Man habe ihm einen Teil seiner Schulden erlassen, behaupten sie.

Für Gouverneur Boos steht sein Amtssessel auf dem Spiel, denn im September stehen Wahlen an und er will im Amt bestätigt werden. Deshalb ist sein Interesse groß, Massenproteste wie die zu Beginn des Jahres zu unterbinden und Moskau zu signalisieren, dass er die Situation in seinem Gouvernement unter Kontrolle habe. Boos ging auf die Opposition zu, indem er sich im März mit Doroschok traf und auf einige Forderungen einging. Er nahm als erstes die geplante Erhöhung der Kfz-Steuer zurück. Kürzlich präsentierte er den offiziellen Schuldigen für die Januar-Unruhen. Es ist der Chef des Königsberger Zolls, Alexander Tschebajew, der die Einfuhrzölle für Gebrauchtwagen eingeführt hatte. Jetzt musste er wegen dieser „Fehlentscheidung“ den Hut nehmen.

Taktikänderung der Regierung: Gegner mit ins Boot nehmen

Zu dem alljährlichen Wirtschaftsforum im Königsberger Gebiet sind dieses Jahr erstmals auch Oppositionsvertreter, darunter Konstantin Doroschok, eingeladen worden. Die Regierung ändert ihre Taktik: Anstatt Oppositionelle auszugrenzen, werden sie mit ins Boot geholt. Auf diese Weise könnten aus rebellischen Bürgerrechtsbewegungen gemäßigte Organisationen entstehen wie etwa die „Gesellschaftskammer des Königsberger Gebiets“ oder die Ärztekammer. Ob diese Taktik sich für Boos auszahlen wird, ist nach Ansicht Nikolaj Petrows vom Moskauer Carnegie-Zentrum fraglich, denn der Kreml werde den Gouverneur in seiner geschwächten Position nur solange stützen, bis die Lage wieder völlig unter Kontrolle sei. *Manuela Rosenthal-Kappi*

»Vater der Autonomie«

Südtirol hat sich von Silvius Magnago verabschiedet

Von allen Minderheiten, die im 20. Jahrhundert durch von Siegern diktierte Grenzen geschaffen und dann massiven Repressionen ausgesetzt wurden, erging es den Südtirolern im Endeffekt am wenigsten schlecht. Dass es so kam, hat wesentlich auch mit Silvius Magnago zu tun, der am Pfingstmontag in Bozen verstarb und nun unter großer Anteilnahme, darunter einer Regierungsdelegation aus Wien, begraben wurde.

Magnago wurde 1914 in Meran geboren, wo sein Vater, ein Trientiner, k.k. Oberlandesgerichtsrat war. Die Mutter war Vorarlbergerin, die Familie zog später nach Bozen. Magnago wurde zur italienischen Armee eingezogen und erwarb in Bologna das Doktorat der Rechtswissenschaften. Nach dem Abkommen, mit dem sich Hitler 1939 durch Verrat an Südtirol Mussolini als fragwürdigen Verbündeten eingehandelt hatte, optierte Magnago für das Deutsche Reich und wurde 1942 zur Wehrmacht einberufen.

Als schwer Kriegsversehrter kehrte er 1945 nach Bozen zurück. Dort begann seine Laufbahn als Politiker der Südtiroler Volkspartei (SVP), der Sammelpartei

Südtiroler kamen als Volksgruppe glimpflich davon

deutscher und ladinischer Südtiroler. 1947 wurde er Bozener Gemeinderat, dann Vizebürgermeister und Landtagsmitglied. Von 1957 bis 1992 war er Vorsitzender der SVP und von 1960 bis 1989 Landeshauptmann.

Österreichs ÖVP-SPÖ-Regierung hatte 1946 die Forderungen nach einer Wiedervereinigung Tirols aufgegeben und mit Italien eine Autonomie Südtirols vereinbart. Italien fasste aber Südtirol mit dem Trentino zu einer „Region" zusammen und sorgte durch Industrieansiedlungen für weitere Italianisierung.

In den folgenden Jahrzehnten kam es zu vielerlei Protesten, zu zwei Serien von Bombenanschlägen, primär auf Hochspannungsleitungen, aber auch zu weiteren Verhandlungen. Österreich brachte das Thema 1960 vor die Uno, Italien blockierte Österreichs EWG-Beitritt, und zur offiziellen Streitbeilegung kam es erst 1992, als die von Magnago 1957 ausgegebene Losung „Los von Trient" zwar nicht de jure, doch de facto weitestgehend durch das „Südtirol-Paket", eine Reihe konkreter Maßnahmen, umgesetzt war. Trotz allen Wohlstands bleibt die Teilung Tirols, das seit 1363 habsburgisch war, für viele eine schmerzende Wunde. *RGK*

Deichbau vernachlässigt

Polen hat bereitgestellte EU-Mittel nur zum Teil abgerufen

Nach 1997 waren sich alle Oder-Anrainer in Deutschland, Polen und Tschechien einig: Effizienter Hochwasserschutz ist nur gemeinsam zu stemmen. Seitdem wurden viele Projekte zum Hochwasserschutz durch die Europäische Union gefördert. Allein das Darmstädter Unternehmen „Infrastruktur & Umwelt" hat insgesamt sechs namhafte Projekte und Förderanträge (unter anderem Oder-Regio) mit einem Volumen von insgesamt zirka 65 Millionen Euro entwickelt. Doch wie es um den Hochwasserschutz an Oder und Weichsel bestellt ist, zeigen die Bilder der vergangenen Tage. Reißende Fluten, überschwemmte Wohngebiete, zerstörte Brücken, geborstene Deiche. Sogar 15 Menschenleben forderte das Hochwasser in Polen.

Während das Land Brandenburg seit 1997 218 Millionen Euro in den Flutschutz investiert hat und 90 Prozent von 170 Kilometern Oderdeich saniert sind, ist auf polnischer Seite weniger geschehen. Zwar wurden seit der Hochwasserkatastrophe von 1997 viele Deiche mit moderner Technik grundlegend erneuert, doch blieben auch viele im Oderprogramm beschriebenen Maßnahmen aus, vor allem die prä-

Oft wird zu nah an den Flüssen gebaut

ventive Hochwasservorsorge durch den Bau von Rückhaltebecken und Polderflächern, also tiefer gelegenen Wiesen. Die schlesische Hauptstadt Breslau etwa hat immer noch dieselben alten Hochwasserschutzvorrichtungen wie 1997, als die Stadt zu 30 Prozent unter Wasser stand. Im oberschlesischen Oppeln hingegen funktioniert der Hochwasserschutz. Wälle, Schleusen, und Entlastungskanäle wurden gebaut, neue Dämme schützen vor Überschwemmungen. Im März deckte Polens Oberste Kontrollbehörde (NIK) erhebliche Defizite im präventiven Hochwasserschutz auf und bemängelte, dass Polen vom Ausland bereitgestellte Mittel nicht effizient ausschöpfe. Von rund 344 Millionen Euro der Weltbank habe Polen bis Ende 2008 nur 0,69 Prozent abgerufen. Die Gemeinden interessierten sich nicht für die Lagepläne über besonders hochwassergefährdete Grundstücke, so dass viele Häuser weiter viel zu nah an den Flüssen gebaut würden.

Seltsam ist zudem, dass in deutschen Medien oft nur noch polnische Namen verwendet werden. Von Warta statt Warthe ist die Rede, Gliwice statt Gleiwitz, Schlesien kommt fast überhaupt nicht mehr vor. Dabei wird die polnische Hauptstadt durchgehend Warschau und nicht Warszawa genannt. *MRK*

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

es hat sich viel getan, sehr viel getan, und das erfreut uns alle, denn es zeigt, wie eifrig und genau unsere Kolumne gelesen wird. Sehr genau sogar – da wird auch jeder Patzer registriert und moniert, der schon mal bei der Fülle der vielen und oft sehr schwer zu bearbeitenden Fragen und Wünsche geschehen kann. Aber manchmal hat das auch sein Gutes wie im Falle des Herrn Kretschmann aus Dresden, dessen Suchwunsch ich wiederholen musste, weil ich den Heimatort seines Großvaters – Samlack – nicht richtig einordnen konnte. Und so schrieb ich bei der Neubearbeitung, dass der Fall dadurch vermehrte Aufmerksamkeit erfahren dürfte und somit zum Erfolg führen könnte. Und das ist auch geschehen. Ich erhielt einen Anruf von Frau **Waltraut Weber**, die mir mitteilte, dass sie Herrn Kretschmann leider nicht erreichen konnte und um eine Vermittlung bat, denn sie habe ihm etwas Wichtiges mitzuteilen. Und das war es auch, denn das elterliche Gut von Frau Weber, Allmoyen, liegt dicht bei Samlack, und so kennt sie nicht nur den Ort, sondern auch eine Familie Kretschmann, die noch heute dort lebt und zu der Frau Weber im wahrsten Sinne des Wortes einen direkten Draht hat, denn sie hat sofort mit den ermländischen Kretschmanns telefoniert, als sie die Suchfrage in unserer Zeitung las. Zweifellos handelt es sich um Verwandte des Suchenden aus Dresden, der – wie ich inzwischen feststellte – keine Ahnung hatte, dass auch heute noch eine Familie Kretschmann in Samlack lebt und nun vollkommen überrascht von dieser Mitteilung war. Zumal, wie ich aus dem Gespräch mit Frau Weber entnehmen konnte, der in Samlack lebende Herr Kretschmann von einem nach Russland verschleppten Verwandten sprach, bei dem es sich um den gesuchten **Bernhard Kretschmann** handeln könnte. Inzwischen dürfte Herr Kretschmann aus Dresden zu seinem vermutlichen Verwandten Kontakt aufgenommen haben, und wir werden vielleicht schon in der nächsten Ausgabe davon berichten können. Also, lieber Landsmann Helmut H., den ich mit meiner Unkenntnis über den Ort Samlack so enttäuscht hatte – „sonst finden Sie doch immer den kleinsten Flecken auf der Ostpreußenkarte!" –, lassen Sie den erhobenen Zeigefinger ruhig stehen, vielleicht kommt der Mittelfinger dazu zum V-Zeichen, wenn es hier eine unerwartete Familienzusammenführung geben sollte!

Die ostpreußische Familie



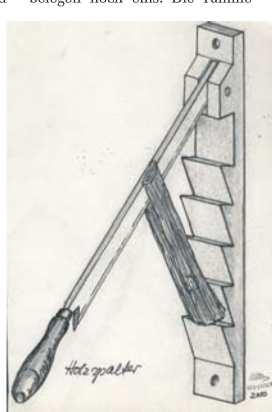
Ruth Geede Bild: Pawlik

O wie wohl tut ein so lieber und langer Brief, wie ich ihn von Frau **Ingrid Nowakiewitsch** aus Haiger-Allendorf erhielt. Ich hatte ihr Angebot, interessierten Leserinnen und Lesern eine CD mit dem Ostpreußenlied, das von Chor und Orchester des Wilhelm-von-Oranien-Gymnasiums in Dillenburg nach der Originalpartitur aufgeführt worden war, zukommen zu lassen, in Folge 18 veröffentlicht. Schon in der ersten Woche war die Reaktion erstaunlich, wie Frau Nowakiewitsch schreibt: „Ich habe bereits 30 Aufträge erhalten, manche für mehrere Exemplare. Leider konnte ich so schnell noch keine versenden und musste alle Besteller vertrösten." Der Grund: Der Musiklehrer des Gymnasiums hatte ihr noch keine CDs übergeben können, da er beruflich zu sehr belastet war. Inzwischen dürfte das aber erfolgt sein und unser Ostpreußenlied wird in dieser wundervollen Wiedergabe – bis heute die einzige mit Chor und Orchester nach der Uraufführung 1933 in Königsberg – die Interessenten „aus ganz Deutschland, von Lübeck bis München" erfreuen.

In Frau Nowakiewitsch hat der in der gleichen Nummer veröffentlichte Bericht über einen alten „Holzspalter", den Frau **Ilse Conrad-Kowalski** in ihrem alten Elternhaus in Osterode entdeckte, auch Erinnerungen wach gerufen: „Bei uns zu Hause gab es einen in der Küche. Er hing so hoch an der Wand, dass wir Kinder nicht dran kamen. Mein Großvater hatte ihn nämlich aus einem alten Bajonett hergestellt, so hat es meine Mutter uns Kindern erklärt." Überhaupt hat dieser Fund bei unseren Landsleuten großes Interesse erregt. Da das von Frau Conrad-Kowalski beigelegte Foto des Holzspalters leider nicht für den Abdruck geeignet war, hat Herr **Konrad Moysich** aus Bautzen eine Zeichnung angefertigt, so wie er dieses Gerät in Erinnerung hat. Der Holzspalter hing in der Küche seines Elternhauses am Türrahmen. Das Messer war richtig scharf, und seine Mutter wurde böse, wenn die Kinder daran herumspielten, was ja auch verständlich ist. Mütter von ostpreußischen Landkindern mussten schon wache Augen haben, denn die Entdeckerfreude war groß und das Land weit. Über diese hier veröffentlichte Zeichnung von Konrad Moysich wird sich besonders Frau **Ruth Schulz** freuen, denn fast zeitgleich kam ihr Wunsch nach einer Abbildung des Holzspalters. „... da wir selbst Holzmacher sind und unser Sohn sich auch für altes Werkzeug interessiert, möchten wir versuchen, diesen Spalter nachzubauen." Das können sie nun anhand der Zeichnung von Herrn Konrad Moysich, der für Nachfragen sicher bereit steht. (Wallstraße 2 in 02625 Bautzen, Telefon 03591/41058.)

Frau Ruth Schulz hat aber auch eine Frage, die in den ehemaligen Warthegau führt, und da muss ich die Hilfe unserer Leserschaft in Anspruch nehmen. Im Rahmen ihrer Familienforschung sucht sie Näheres über das Gut Kobierzyko zu erfahren, das etwa zehn Kilometer westlich von Sieraz an der Bahnstrecke nach Kaliz lag. Ihre Großmutter musste hier 1945 neun Monate Zwangsarbeit leisten. Es sollen dort sehr viele Menschen gearbeitet haben, wahrscheinlich auch Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen. Wer kann über dieses Gut etwas Näheres sagen? (Ruth Schulz, Oberstraße 5 in 35789 Weilmünster, Telefon 06475/911723.)

Welch eine Fundgrube unsere Ostpreußische Familie ist, beweist die Suche nach einem Lied, nach dem ich in meinem kulturellen Umfeld vergeblich gefragt hatte. Herr **Friedhelm Schülke** aus Anklam hatte es einmal gehört und nie vergessen, deshalb wandte er sich an uns, und ich veröffentlichte seinen Wunsch gerne in unserer Kolumne. Und unsere Ostpreußische Familie spurte wie erhofft, denn nun kam eine E-Mail von Herrn Schülke, die ich wunschgemäß an unsere Leserinnen und Leser weitergebe: „Auf meine Suchfrage in der *PAZ* nach dem schönen Heimatlied ‚Willst du in meine Heimat gehen' habe ich viele Zuschriften bekommen, sogar aus Heydekrug! Es waren aufschlussreiche Informationen über die Geschichte dieses Liedes darunter. Leider ist es mir nicht möglich, jedem persönlich zu antworten und vor allem zu danken. Das geschieht hiermit ausdrücklich und ganz offiziell in der Ostpreußischen Familie. Vielen herzlichen Dank! Wir wollen versuchen, das Lied ‚Willst Du in meine Heimat gehen' beim 15. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern am 25. September in der Stadthalle Rostock aufzuführen. Die vielen Zuschriften belegen noch eins: Die Familie der Ostpreußen lebt. Das ist sicher das schönste Ergebnis!" Für mich auch, lieber Herr Schülke. Viele Grüße nach Anklam und ein ganz besonders herzlicher nach Heydekrug!



Ein Holzspalter Bild: privat

Zu dem Gedenkstein für Prinz Friedrich Carl von Preußen in der Rominter Heide, den unser Landsmann **Bernd Dauskardt** entdeckt hatte, kam ein ausführlicher Bericht von Herrn **Wolfgang Reith** aus Neuß. Zwar ist ihm auch das genaue Datum der Aufstellung des Steines nicht bekannt, er kann es aber aufgrund seiner fundierten Kenntnisse einkreisen. Kaiser Wilhelm II, ließ ab 1890 den Ort Theerbude ausbauen, der 1897 in „Kaiserlich Rominten" umbenannt wurde. Es ist durchaus möglich, dass mit dieser Umbenennung auch die Errichtung des Gedenksteines an den 1885 verstorbenen Prinzen erfolgte. Kaiser Wilhelm II. war dafür bekannt, dass er seine Jagderfolge gerne auf Steinen dokumentieren ließ, was man auch in der Schorfheide sehen kann. Dort, an einem Gedenkstein-Wanderweg beim Jagdschloss Hubertusstock, gibt es ebenfalls solche Steine und darunter auch einen für Prinz Friedrich Carl. Interessant ist vor allem, was Herr Reith über die Nachkriegsgeschichte des Rominter Gedenksteins zu berichten weiß. Beim Einmarsch der Roten Armee 1945 wurde der Findling umgeworfen, und so lag er dort bis vor wenigen Jahren. Auf Initiative des Schweizer Jägers und Buchautors **Dr. Andreas Gautschi** wurde der Stein schließlich wieder aufgestellt und restauriert, der Zugangsweg mit jungen Fichten bepflanzt. Dr. Gautschi lebt seit rund einem Jahrzehnt im polnischen Teil der Heide in Wehrkirchen (Szittkehmen) und hat sich um die Restaurierung der Kaisersteine verdient gemacht. Ich danke Herrn Reith für diese Informationen wie auch für seine mir ebenfalls zugesandte Abhandlung über die Rominter Heide als Jagdgebiet von Fürsten und Politikern, die aber nicht für unsere Kolumne bestimmt ist, sondern als Sonderbeitrag konzipiert wurde.

Eine der schönsten Geschichten unserer Ostpreußischen Familie hat nun eine großartige Fortsetzung gefunden: **Camille Stein** aus Theding in Frankreich ist mit seiner Frau **Bernadette** in die Heimat seiner verstorbenen Mutter gereist, um dort seine Cousins kennen zu lernen, von deren Existenz er bis vor wenigen Monaten nichts gewusst hat. Er besaß ja überhaupt keine Kenntnisse über die Herkunft seiner Mutter Franziska, weil diese immer darüber geschwiegen hatte. Erst nach ihrem Tode begann er danach zu suchen, weil seine Kinder und Enkel ihn dazu drängten. Aber alle Bemühungen waren vergeblich. Sie scheiterten nicht nur an den Sprachschwierigkeiten, sondern vor allem an der wechselvollen politischen Geschichte ihres Heimatlandes. **Franziska Janowski** – so der Mädchenname der Mutter – war im westpreußischen Brinsk geboren, verließ aber schon vor dem Ersten Weltkrieg ihre Heimat und ging als blutjunges Mädchen „in Stellung", wie man damals sagte. In ihren Geburtsort ist sie anscheinend nie zurückgekehrt, hatte wohl auch keinen Kontakt mehr zu den Eltern und ihren 13 Geschwistern, die Weltkriege werden da auch eine Rolle gespielt haben. Denn Franziska Janowski hatte den in Lothringen tätigen **Nikolaus Stein** geheiratet und blieb in Frankreich bis an ihr Lebensende. Bernadette Stein, die für ihren blinden Mann Camille den Schriftwechsel führte, fand schließlich den Weg zu uns und bat um Hilfe, denn Brinsk sollte „irgendwo im Osten" liegen. Das stimmt, der Ort heißt heute auf Polnisch „Brynsk" – so wie auch zwischen den beide Kriegen – und damit war schon einmal der Anfang gemacht. Der nächste Schritt hieß dann: Verwandtensuche! Herrn Steins Großmutter **Marianne Janowski** war eine geborene **Zaporowski**, und so veröffentlichten wir diese Namen, wenn auch mit wenig Hoffnung auf Erfolg. Doch der stellte sich prompt ein: Es meldete sich **Franceck** Zaporowski aus dem heute polnischen Hohenstein (Pszczólki) in der Nähe von Danzig, der die *PAZ* mit unserer Kolumne bei einem Verwandtenbesuch gelesen hatte und nun glaubte, ein Onkel oder Cousin von Camille Stein zu sein. Wir stellten sofort die Verbindung her, und die Vermutung bestätigte sich: Es sind tatsächlich Vettern! Die Überraschung war groß auf beiden Seiten, die Freude vor allem auf der Seite von Bernadette und Camille Stein geradezu überwältigend.

Und die ist noch nicht verebbt, im Gegenteil: Madame teilte uns mit, dass sich nun dank unserer „wundervollen Intervention" ihre kühnsten Träume verwirklichen: ein Treffen der Cousins. Die Steins haben einen Wohnwagen gemietet und sind mit ihm nach Polen gereist, haben – wenn alles geklappt hat – dort Ende Mai eine Woche mit den gefundenen Verwandten verbracht. Da Madame von einem Treffen mit „den Cousins" schreibt, dürften sich außer Francek Zaporowski noch weitere Verwandte gefunden haben. Bernadette wollte uns mit dieser Mitteilung eine Freude machen und wird uns auch weiter von diesem wundervollen Zusammenfinden berichten, das durch unsere Ostpreußische Familie zustande kam. Wir dürfen gespannt sein! Der einzige Wermutstropfen: Camille ist blind und kann so die Heimat seiner Mutter nicht mehr mit den Augen erfassen. Aber er hat in seiner Frau eine liebevolle Interpretin. Und die menschlichen Verbindungen, die trotz aller Grenzen und Sprachschwierigkeiten zustande kamen, sind für Camille Stein am wichtigsten.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie" auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren …

ZUM 99. GEBURTSTAG

Holldack, Else, geb. **Meier**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Schweriner Straße 15, 21614 Buxtehude, am 8. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hinz, Herbert, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Lusbühl 16, 79110 Freiburg, am 12. Juni

Komossa, Erich, aus Dorntal, Kreis Lyck, jetzt Everettstraße 34, 29229 Celle, am 13. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Greiner, Frida, geb. **Kloss**, aus Ortelsburg, jetzt Am Knill 58, 22147 Hamburg, am 7. Juni

Wagner, Frieda, geb. **Rogge**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Forstmeisterweg 2a, 21493 Scharzenbek, am 12. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Baureis, Gertrud, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Gropiusallee 3, 06846 Dessau, am 11. Juni

Knocks, Anni, geb. **Sokat**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Louise-Otto-Ring 1, 31275 Lehrte, am 8. Juni

Knocks, Ernst, geb. **Sokat**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Kothenwaldstraße 75, 31275 Lehrte, am 8. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Chaborski, Wilhelm, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Kurhausstraße 81, 44652 Herne, am 10. Juni

Cornelsen, Charlotte, geb. **Philipp**, aus Neufrost, jetzt Hamburger Straße 71, 28205 Bremen, am 5. Juni

Liedtke, Eva, geb. **Tiedmann**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Blumenheckstraße 76, 75177 Pforzheim, am 31. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fischer, Ursula, geb. **Kundrus**, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, jetzt Unter der Brücke 79, 34134 Kassel, am 13. Juni

Grikschas, Charlotte, geb. **Pietrzyk**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Drömlingsstraße 7, 39646 Oebisfelde, Ortsteil Weddendorf, am 13. Juni

Kamm, Waltraut, geb. **Meyer**, aus Metgethen-Königsberg, jetzt Lübecker Straße 3, 22926 Ahrensburg, am 9. Juni

Krolzik, Martha, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Dr.-Heinrich-Jasper-Straße 3a, 37581 Bad Gandersheim, am 8. Juni

Lubowitz, Martha, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Blumenthaler Straße 80, Seniorenzentrum Haus Schwanewede, 28709 Schwanewede, am 12. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Roehr, Erna, geb. **Bobrowski**, verw. **Dudda**, aus Treuburg, jetzt Am Alten Weiher 17, 41460 Neuss, am 8. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Heilmann, Erna, geb. **Trotte**, aus Ebenrode, jetzt Ahrensbergstraße 18, 34131 Kassel, am 9. Juni

Ipach, Erika, geb. **Hofer**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, jetzt Potsdamer Straße 47, 33719 Bielefeld, am 13. Juni

Kaukel, Otto, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Auf dem Driesch 31, 52249 Eschweiler, am 12. Juni

Lang, Liselotte, geb. **Becker**, aus Lyck, jetzt Max-Josef-Park 3, 82319 Starnberg, am 9. Juni

Matthias, Ruth, aus Ortelsburg, jetzt Loheide 15, 33609 Bielefeld, am 13. Juni

Nowotny, Klara, geb. **Sowa**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, jetzt Leibnitzstraße 36, 46420 Bottrop-Boy, am 11. Juni

Scholz, Herta, geb. **Klose**, aus Seemen, Kreis Osterode, jetzt Försterstraße 4, 49149 Münster, am 6. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Reincke, Grete, geb. **Summek**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Bismarckstraße 16, Senioren-Wohnanlage Wiesenhof, 35279 Neustadt, am 11. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Giesler, Hans, aus Danzig-Langfuhr, jetzt Rablinghauser Landstraße 51a/108, 28197 Bremen, am 2. Juni



Groll, Elfriede, geb. **Wald**, aus Warnicken, Kreis Samland, jetzt Walpertalstraße 8, 57258 Freudenberg, am 11. Juni

Hasenpusch, Hildegard, geb. **Freitag**, aus Gr. Hoppenbruch (Rensegut), Kreis Heiligenbeil, jetzt Albertstraße 4, 27432 Bremervörde, am 12. Juni

Klein, Gisela, geb. **Reinecker**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Dr.-Wilhelm-Külz-Straße 9, 19336 Bad Wilsnack, am 11. Juni

Krause, Ingeburg, geb. **Canditt/Thimm**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hinsbleek 11, 22391 Hamburg, am 11. Mai

Prignitz, Irmgard, geb. **Wunsch**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, jetzt Rosa-Luxemburg-Straße 2, 23936 Grevesmühlen, am 13. Juni

Scharnatz, Heinz, aus Lyck, jetzt Scharnitzer Weg 9, 86163 Augsburg, am 10. Juni

Wenzel, Ottilie, geb. **Becker**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Hammerstraße 41, 45966 Gladbeck, am 8. Juni

Wronowski, Elisabeth, geb. **Trox**, aus Wildenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Honkenbergstraße 72, 44628 Herne, am 11. Juni

Ziegler, Irmgard, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 141, jetzt Leuschnerstraße 83d, 21031 Hamburg, am 9. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Arndt, Bruno, aus Wolitta, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Papenbrack 6, 21109 Hamburg, am 15. Mai

Babler, Anni, geb. **Korbus**, aus Neidenburg, jetzt Buchenstraße 41, 44866 Bochum, am 10. Juni

Bondzio, Ilse, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Eilbeker Weg 38, 22089 Hamburg, am 8. Juni

Bromm, Heinz, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Am Schützenplatz 22, 21337 Lüneburg, am 9. Juni

Burgwinkel, Hedwig, geb. **Patz**, aus Jakobswalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Thomas-Morus-Straße 30, 51375 Leverkusen, am 8. Juni

Dreisbach, Hildegard, geb. **Blesch**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Wilhelm-von-Humboldt-Platz 16, 57076 Siegen, am 8. Juni

Franke, Waltraut, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, jetzt Heinrich-von-Kleist-Straße 2-4, Appartment 526, 97688 Bad Kissingen, am 10. Juni

Giesler, Thea, geb. **Roth**, aus Königsberg-Tannenwalde, jetzt Rablinghauser Landstraße 51a/108, 28197 Bremen, am 3. Juni

Griesbach, Gudrun Inge, geb. **Domnich**, aus Arys, Lycker Straße 19, Kreis Johannisburg, jetzt Sonnenweg 34, 32361 Preußisch Oldendorf, am 5. Juni

Hansen, Hildegard, geb. **Wenzlawski**, aus Grammern, Kreis Ortelsburg, jetzt Baseler Straße 53, 79576 Weil/Rhein, am 8. Juni

Junike, Ruth, geb. **Sobitzki**, aus Königsberg-Ponarth, Hirschgasse 28, jetzt Albrecht-Dürer-Straße 3, 28209 Bremen, am 7. Juni

Kahnert, Ursula, geb. **Cieszynski**, aus Lyck, jetzt Zur Moosmühle 12, 94315 Straubing, am 10. Juni

Kleine, Helene, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Bergmannstraße 19a, 39446 Löderburg, am 12. Juni

Mamero, Margarete, geb. **Böhnke**, aus Posorten, Kreis Mohrungen, jetzt 25 Baikie, Cresent, 22-90 Charlestown, NSW Australien, am 13. Juni

Müller, Fredi, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Kranichstraße 4, 17373 Ueckermünde, am 29. Mai

Paykowski, Gerhard, aus Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Spreeweg 4, 49356 Diepholz, am 11. Juni

Quednau, Eckart, aus Königsberg, Richardstraße 4, jetzt Dahlienstraße 25a, 41466 Neuss, am 2. Juni

Rebmann, Edeltraut, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Krokusstraße 4, 49828 Neuenhaus, am 7. Juni

Royla, Erika, geb. **Hoppe**, aus Lyck, Jorckstraße 19, jetzt Jaudesring 25, 86825 Bad Wörishofen, am 13. Juni

Sagromski, Kurt, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, jetzt Ludwig-Ernst-Straße 16, 85221 Dachau, am 12. Juni

Schiwiora, Erika, aus Zielhausen, Kreis Lyck, jetzt Tetzelsteinweg 15, 38126 Braunschweig, am 8. Juni

Schmidt, Anneliese, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Schöne Aussicht 29, 34246 Vellmar, am 8. Juni

Schröter, Herta, geb. **Ragnitz**, aus Treuburg, jetzt Waldstraße 9, 54456 Tavern, am 7. Juni

Vosgerau, Hildegard, geb. **Meya**, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt Ostpreußenplatz 33, 24161 Altenholz, am 7. Juni

Wild, Lilli, geb. **Czaplinski**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Singerstraße 112A-0815, 99099 Erfurt, am 13. Juni

Zaft, Elfriede, geb. **Aschmoneit**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Willy-Brandt-Straße 12, 76571 Gaggenau, am 13. Juni

Zuber, Frieda, geb. **Schröder**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Waldstraße 73, 65187 Wiesbaden, am 10. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Auf dem Berge, Edith, geb. **Kupzyk**, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, jetzt Im Siekendahl 11A, 31629 Estorf, am 12. Juni

Besser, Irmgard, geb. **Gottschalk**, aus Schwengels, Ortsteil Dothen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Wildentenstieg 20, 22119 Hamburg, am 7. Juni

Bilic, Lotte, geb. **Romanowski**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Im Lachhau 22, 70569 Stuttgart, am 8. Juni

Bonow, Ina Maria, geb. **von Bock**, aus Diewens, Kreis Samland, jetzt Klaus-Groth-Straße 12, 26789 Leer, am 13. Juni

Bühler, Hildegard, geb. **Brandtner**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, jetzt Richard-Burkhard-Straße 5, 72805 Lichtenstein, am 13. Juni

Busch, Erika, geb. **Waschulewski**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Hauptstraße 34, 07616 Graitschen, am 13. Juni

Hansen, Jens, aus Ostseebad Cranz, und Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Hallmannring 62c, 13627 Berlin, am 9. Juni

Harden, Edeltraut, geb. **Soppa**, aus Kielen, Kreis Lyck, jetzt Pfingstberg 12a, 21029 Hamburg, am 9. Juni

Heyer, Gertrud, geb. **Schlachta**, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, jetzt Neustrelitzer-Straße 9, 18109 Rostock, am 8. Juni

Jeglinski, Hans, aus Seedranken, Kreis Treuburg, jetzt Burgdammer Straße 23, 28717 Bremen, am 7. Juni

Karsch, Liesbeth, geb. **Barth**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Rennenberg 33, 31020 Lauenstein, am 9. Juni

Kolwe, Horst, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Kevelaerer-Straße 106, 47652 Weeze, am 8. Juni

Kramer, Rosemarie, geb. **Bialluch**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Am Ihlsee 29, 23795 Bad Segeberg, am 9. Juni

Lange, Leo, aus Paulken / Liebstadt, Kreis Mohrungen, jetzt Brahmsweg 15, 78713 Schramberg, am 10. Juni

Lattko, Heinz, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, jetzt Im Defdahl 189, 44141 Dortmund, am 8. Juni

Nowinski, Käthe, geb. **Meyer**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, jetzt Von-Hodenberg-Straße 4, 29664 Walsrode, am 13. Juni

Orlamünder, Edith Maria, geb. **Wichert**, aus Heilsberg, Ermland, jetzt Karl-Friedrich-Schinkel-Straße 15, 08529 Plauen, am 1. Juni

Palme, Edith, geb. **Kasper**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Kernbergstraße 52, 07749 Jena, am 11. Juni

Pfennig, Gerhard, aus Heinrichshöfen, Kreis Sensburg, jetzt Hanshäger Straße 14, 18374 Ostseebad Zingst, am 13. Juni

Pultke, Günter, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, jetzt Roonstraße 12, 38102 Braunschweig, am 20. Mai

Rietz, Reinhold, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Beueler Straße 10, 53229 Bonn, am 9. Juni

Saborowski, Lothar, aus Treuburg, jetzt Lasallstraße 56, 12589 Berlin, am 13. Juni

Schalwat, Frieda, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Wormser Straße 10, 67133 Maxdorf, am 12. Juni

Steffen, Egon, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Betzdorfer Straße 1, 50679 Köln, am 15. Mai

Walendy, Lisa, geb. **Honek**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Westernfeld 42, 31604 Raddestorf 1, am 10. Juni

Wetterling, Lotte, geb. **Chlebusch**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, jetzt Ziegelwiese 2, 38104 Braunschweig, am 13. Juni



Schröter, Hans-Henning, aus Chemnitz und Frau Ilse, geb. **Dreher**, aus Döhringen, Kreis Osterode, jetzt Breslauer Straße 14, 30982 Schulenburg, am 10. Juni

Sommerfreizeit im Ostheim

Bad Pyrmont – Vom 1. bis 15. Juli 2010 bietet das Ostheim wieder die Sommerfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, über Seniorengymnastik, Dia- und Videoabende, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergänge, Museumsbesuche und einen Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands" ausgezeichnete Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Die Stadt Bad Pyrmont und das Staatsbad bieten in dieser Zeit folgende Kulturangebote an: 11. Juli Shantychor im Kurpark und am 14. Juli „Zimmer frei", eine Lesung mit dem Schauspieler Jörg Schade im Kurtheater. Als kulturelles Schmankerl können Sie vom 2. bis 4. Juli 2010 den Historischen Fürstentreff, eine Reminiszenz an das geschichtlich belegte „Wundergeläuf", hautnah miterleben. So flanieren zum Beispiel Königin Luise, Königin Emma, Zar Peter und der „Alte Fritz" über die Hauptallee. Höhepunkt ist der große historische Umzug am Sonntag, dem 4. Juli 2010. Am letzten Abend feiert man gemeinsam Abschied, wobei jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie. Diese 14-tägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 658 Euro und im Doppelzimmer pro Person 567 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen (Anmeldeschluss ist der 21. Juni 2010), diese bitte nur schriftlich, richten Sie an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Hohenstein

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel. (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 4. Juni, 20,15 Uhr, 3sat: Krupp – Mythos und Wahrheit.

Sonnabend, 5. Juni, 20.15 Uhr, Pro Sieben: Napola – Elite für den Führer.

Sonntag, 6. Juni, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 6. Juni, 20.15 Uhr, Arte: Die Flucht.

Sonntag, 6. Juni, 22.30 Uhr, 3sat: Die Unwerten – Kinder in Heimen und Jugend-KZs.

Sonntag, 6. Juni, 23 Uhr, BR: Deutschland – Ein Sommermärchen.

Dienstag, 8. Juni, 1.05 Uhr, ZDF: Mehr als nur ein Spiel.

Mittwoch, 9. Juni, 20.15 Uhr, Arte: Tod in der Tiefe – Schlagabtausch der Supermächte.

Mittwoch, 9. Juni, 21 Uhr, Phoenix: Der Fall Richthofen – Wer erschoss den Roten Baron?

Donnerstag, 10. Juni, 21 Uhr, Phoenix: Der Feind am Rhein – Die alliierte Besatzung nach dem Ersten Weltkrieg.

Donnerstag, 10. Juni, 22.05 Uhr, N24: Hitlers Atlantikwall.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Satzungsänderung der Kreisgemeinschaft Elchniederung – Die Kreisgemeinschaft Elchniederung hat ihre Satzung überarbeitet und geändert. Nach dem Ausscheiden des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden Reinhard Nikstat wurde James-Herbert Lundszien neu gewählt. Als dritter stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer wurde Hartmut Dawideit eingetragen. Die Mitgliederversammlung vom 25. September 2009 hat die Änderung der Satzung in § 3 (Gemeinnützigkeit) und § 9 (Vorstand) beschlossen. Der Eintrag erfolgte beim Amtsgericht Osnabrück am 10. Mai 2010.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Treffen der Schulgemeinschaft der Altstädtischen Knaben Mittelschule zu Königsberg – Zum 22. Jahrestreffen in Bad Pyrmont der Schulgemeinschaft der Altstädtischen Knaben Mittelschule zu Königsberg (Pr) waren nur acht Altstädter Knaben, vier Ehefrauen und eine Begleitung nach Bad Pyrmont in die Pension „Villa Mercedes“ gekommen. Todesfälle und Erkrankungen waren Ursache der geringen Beteiligung. Viele Schulkameraden wären sehr gern zum Treffen gekommen, schaffen es aber aus gesundheitlichen Gründen nicht, die Reise zum Treffen nach Bad Pyrmont auf sich zu nehmen. Sie schickten Grüße und bekundeten ihr Interesse an den Aktivitäten der Schulgemeinschaft. Der Vorsitzende der Schulgemeinschaft, Manfred Eckstein, begrüßte die Teilnehmer und stellte mit der 21. Jahresschrift das Programm des Treffens vor. Gerhard Jelonnek gab die Veränderungen in der Schülerliste bekannt. Die Anwesenden gedachten der verstorbenen Schulkameraden. Dr. Renate Brilla stellte Bilder der Prussia-Gesellschaft aus. Der Tag endete mit einem sehr gemütlichen Schabberabend. In der Mitgliederversammlung des folgenden Tages wurden der Bericht des Vorstandes sowie der Kassen- und Kassenprüfbericht vorgetragen und die Verantwortlichen einstimmig entlastet. Da Wahlen nach Satzung der Schulgemeinschaft wegen nicht zur Verfügung stehender Kandidaten nicht durchgeführt werden konnten, wurde von den Anwesenden einstimmig beschlossen: „Die Schulgemeinschaft der Altstädtischen Knaben Mittelschule zu Königsberg (Pr) bleibt bestehen!“ Sie wird durch zwei Schulsprecher, Manfred Eckstein und Gerhard Jelonnek, vertreten. Nach der Mitgliederversammlung folgte von Manfred Eckstein die Buchbesprechung über „Königsberg – Kaliningrad von 1945 bis 1948“. Der Abend endete mit einem gemütlichen Beisammensein. Am Sonnabend fuhren wir mit einem Kleinbus zum Preußenmuseum nach Minden. Stefanie Hahlbohm führte uns, mit einem faszinierenden Vortrag der Geschichte Preußens in Westfalen, durch das Museum. Anschließend besuchten wir Im Preußen-Museum das Samland-Museum der Kreisgemeinschaft Königsberg-Land, durch das uns Lm. Mückenberger von der Kreisgemeinschaft führte. Das Mittagessen wurde im Biergarten des Schiffmühlen-Pavillons unmittelbar an der Weserpromenade eingenommen. Nach dem Essen besichtigten wir die Schiffmühle, die eine Rekonstruktion von Mühlen ist, welche bis ins 19. Jahrhundert auf der Weser bei Minden gelegen und gemahlen haben. Bei schönem Frühlingswetter und nach einer naturbezogenen Fahrt durch das Weserbergland kehrten wir aus Minden nach Bad Pyrmont zurück und stärkten uns an einem kalten Büfett im Hause Mercedes. Den Abend ließen wir mit ostpreußischem Humor ausklingen. Am Sonntag endete nach dem Frühstück das Treffen. Ein Beschluss, „Wann und wo treffen wir uns wieder!“, wurde nicht gefasst, da die Pension „Villa Mercedes“ verkauft wurde und ein Besitzerwechsel ansteht. Manfred Eckstein, Neue Krugallee 200, 12437 Berlin, Telefon (030) 5325197, und Gerhard Jelonnek, Gorch-Fock-Weg 28d, 22844 Norderstedt, Telefon (040) 5256868, Fax (040) 30062532, E-Mail: gerhard.jelonnek@t-online.de, werden als Schulsprecher die Schulgemeinschaft der Altstädtischen Knaben Mittelschule zu Königsberg (Pr) mit Informationen auf dem Laufenden halten.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Emil Slaby † – Am 6. Mai 2010 verstarb in Haltern am See der Ortsvertreter von Rumeyken, Emil Slaby. Er wurde am 29. Oktober 1925 in seinem Heimatdorf geboren. Ortsvertreter war Emil Slaby seit 1956, als erstmals Ortsvertreter innerhalb der Kreisgemeinschaft Lyck gewählt wurden. Wegen seiner langjährigen Tätigkeit als Ortsvertreter wurde er bereits 1993 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Emil Slaby bleibt in unseren Reihen unvergessen.

Treffen im Ostheim in Bad Pyrmont – Über das Treffen in Bad Pyrmont berichtet Bezirksvertreter Günter Donder wie folgt: Aus Köln braucht man mit dem Auto drei Stunden. Nicht nur „für alle Fälle“ fährt man etwas früher los. Allein die Reise über die Höhenzüge zwischen Eggegebirge und Deister ist schon ein kleines Erlebnis, wofür man sich ein wenig Zeit lassen kann. Das Ehepaar Winkler, langjährige Verwalter der Begegnungsstätte, begrüßt einen recht herzlich und weist das Zimmer zu. Bis zum gemeinsamen Abendbrot um 18 Uhr hatten wir noch eine Menge Zeit und schlenderten längs Pyrmonts Wasserkaskaden, mit modernen Skulpturen bestückt, dem Lokal mit dem Mini-Zoo entgegen. Kaffeegeruch weht uns entgegen und die nette Wirtin schlägt uns einen Platz auf der Terrasse vor.

Wir nehmen an einer von der noch schwachen Sonne erwärmten Wand Platz und genießen den Ausklang der Fahrt mit Blick auf Pelikane, Störche, Zebras und so weiter. Alle zwei Jahre treffen sich hier Landsleute aus Morgengrund, Mostolten, Siegersfeld und Stettenbach für einige Tage, diesmal für drei, zum völlig zwanglosen Zusammensein. Angeregt und in Eigeninitiative durchgeführt wird das Ganze bereits einige Jahre von Anorthe Nilson, wofür ihr herzlicher Dank gebührt. Viele wurden eingeladen, aber nur 22 fanden den Weg. Es ist schade, möchte ich all denen sagen, die nicht dabei waren. Sie haben gewiss nicht wenig verpasst: eine familiäre Atmosphäre mit viel Herzlichkeit, Gesang, Musik, Vorlesungen, Gedichte und mehr. Es gibt hier kein besonderes Programm, das einzuhalten wäre. Alles ergibt sich völlig spontan und ist immer eine Überraschung. Allein die Begrüßung durch den Bezirksvertreter, der ich bin, war schon ein Schmunzeln wert, sie bestand nämlich aus einem Wortspiel des Begriffes „einander“, das man in scherzhafter Weise mannigfach variieren kann, zum Beispiel mit: an-, unter-, über-, zu- und so weiter. Bislang erlebten wir bei unseren Treffen noch keinen „Leerlauf“. Dafür sorgen eben die spontanen Unterbrechungen. Es soll hier ein Protokoll abgedruckt werden, das wäre möglicherweise langweilig, eher die Erzählung einer netten Geschichte, was keine zeitliche Einordnung der Abläufe benötigt. Rein zufällig haben wir auch unseren Kreisvorsitzenden Gerd Bandilla mit Frau Else unter uns, weil er aus Mostolten stammt. Das ist immer eine gute Gelegenheit, die Geschichte unserer Heimat aufzufrischen; denn Gerd kennt sie in deutscher, wie auch in polnischer Version, die nicht in allen Punkten konform verläuft. Die Vormittage stehen in der Regel zur eigenen Verfügung, was von fast allen zum Bummel durch die Stadt – mit oder auch ohne Führung – mit kleinen Einkäufen genutzt wird. Das ist auch gut so; denn danach gibt es unter den Damen zusätzlich Geschmacksvergleiche bei den erstandenen Waren. Nach dem Kaffee bzw. an den Abenden werden Filme über Ostpreußen oder, wie diesmal, sogar über Masuren gezeigt. Erwartet wird auch, dass ich etwas Selbstgeschriebenes zu Gehör bringe, was ich auszugsweise gern tue. Am eindrucksvollsten sind wohl die Abende mit unendlichen Gesängen von Volksliedern, die von Walter Jastremski aus Kanada (jawohl – Kanada!) und mir auf der Ziehharmonika begleitet werden. Jemand hatte die Gesellschaft mit Liederheften versorgt, so dass nicht immer nur die erste Strophe mitgesungen wurde. Herrlich auch zu sehen, wenn zwischendurch, besonders ältere Damen, dem Tanz Ehre machen. Dieses besonders gelungene Treffen gefiel allen Anwesenden so gut, dass das nächste bereits im kommenden Jahr, vom 9. bis 11. Mai, gebucht worden ist. Wir laden jetzt schon alle Landsleute aus dem Baitenberger Bezirk herzlich zur Teilnahme ein.

Ortsänderung

Hamburg – Das Deutsche Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen am 26. Juni findet in diesem Jahr in Hohenstein und nicht wie irrtümlich gemeldet in Allenstein statt. Nähere Informationen bei Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819 E-Mail: rinser@ostpreussen.de



WEHLAU

Kreisvertreter: Hans Schlender, Telefon (040) 20976735, Fax (040) 20973080, Berliner Allee 29 22850 Norderstedt, E-Mail: hans.schlender@free-net.de.

Kirchspieltreffen Grünhayn – Das Treffen der ehemaligen Bewohner der Gemeinden des Kirchspiels Grünhayn findet ganztägig am Freitag, dem 4. Juni, und Sonnabend, dem 5. Juni, in der Gaststätte Zum braunen Hirsch in Hann.-Münden im Ortsteil Laubach, Laubacher Straße 39, Telefon (05541) 32904, statt. Auskünfte über zusätzliche Übernachtungsmöglichkeiten erteilt die Tourismus-Information, Telefon (05541) 75313. Wir freuen uns über weitere interessierte Teilnehmer und laden ganz herzlich zur Pflege der Gemeinschaft ein. Weitere Informationen gerne vom Kirchspielsprecher Gerhard Schulz aus Schaberau, Telefon (06135) 3127. Die herrliche Landschaft um Hann.-Münden lädt zur Erholung ein. Ab dem Weserstein (Zusammenfluss von Werra und Fulda) findet täglich eine Schiffsfahrt statt und ab dem Rathaus eine Stadtführung mit dem historischen Doktor Eisenbart. Ihr Kirchspielsprecher Gerhard Schulz

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Heilbronn – Ein Frühlings-Blütenparadies auf der Insel Mainau erlebten mehr als 40 wintermüde Ostpreußen und Gäste bei einer Bus-Tagesfahrt der Gruppe. Ein bunter Garten der Phantasie auf dem 45 Hektar großen Eiland, begünstigt von einer wohlmeinenden Natur, ließ der Nachfahre von Napoleons General Jean Baptiste Bernadotte entstehen. Eine übergroße stilisierte Pflanz-Sonnenblume begrüßt die Besucher auf dem Weg zum Barock-Schloss, dem Palmen- und Schmetterlingshaus. Die italienische Blumen-Wassertreppe erfreut mit der bunten Tulpenpracht das Auge und beim Eintritt zur Orchideenschau, im Palmenhaus, wird der Besucher von mediterranem Duft umfangen. Am Sonja und Lennart Bernadotte-Platz, dem Schloss gegenüber, sind in einem Meer von Blumen zwei große Kopf-Plastiken aus Bronze, der verstorbenen Mainau-Besitzer aufgestellt. In der Schwedenschenke, einem von mehreren Restaurants auf der Insel, konnte man sich ausgiebig stärken. Ein besonderes Erlebnis erwartete die Teilnehmer im Schmetterlingshaus: Aus Organgenscheiben in einer Glasschale, nehmen die Falter mit geschlossenen, hochgestellten Flügeln den Saft auf. Einer der „geflügelten Bewohner“ setzte sich auf die Stirn von Heinz Dombrowski. Malerische Eindrücke, wie Künstler die Mainau sehen, sind in einer Ausstellung im Schloss zu bewundern Auf der Rückfahrt wurde im Bus kräftig gesungen und von einem blumenreichen, harmonischen Tag auf der Insel geschwärmt.

Lahr – Donnerstag, 10. Juni, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch im Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3.

Stuttgart – Mittwoch, 9. Juni, 10 Uhr, Halbtagsausflug der Gruppe nach Oberrot. Dort Besichtigung der unter Denkmalschutz stehenden Sägemühle mit Heimatmuseum. Anschließend gemütlicher Spaziergang durch das Pflanzenparadies Deininger mit der Möglichkeit zum Mittagessen beziehungsweise Kaffeetrinken. Die Kosten für die Fahrt betragen 22 Euro (20 Teilnehmer) oder 17 Euro (30 Teilnehmer). Anmeldungen bei Helmut Urbat, Klaus-Peter Okun, Telefon (0711) 4898879, oder Uta Lüttich. – Dienstag, 15. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Uta Lüttich im Haus der Heimat, kleiner Saal. Thema: „Freiheit, die ich meine – bedeutende ostpreußische Persönlichkeiten“.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 10. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe an der Endhaltestelle der Straßenbahn in Söflingen, Einkehr im Gasthaus Löwen, im Klosterhof.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Sommerakademie Sticken

Bad Pyrmont – Das Ostheim führt auch dieses Jahr wieder die Sommerakademie Sticken durch. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das Seminar (fünf Tage) beginnt am Montag, dem 19. Juli, 15 Uhr mit der Einführung und endet am Sonnabend, 24. Juli 2010 nach dem Mittagessen. Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 295 Euro im Doppelzimmer, 325 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension, die Seminargebühr (ohne Material) und die Tagungskurkarte für fünf Tage. Notwendige Materialien für das Seminar können bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad sowie ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Weinheim – Mittwoch, 9. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. Motto der Zusammenkunft: „Manchmal sehe ich noch im Traum ... Heiteres und Besinnliches aus der Heimat“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 19. Juni, 8 Uhr, Ausflug nach Bad Wörishofen. Abfahrt um 8 Uhr vom Schloßplatz. Anmeldungen bei Frau Bauer.

Bamberg – Mittwoch, 16. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade. Thema: Die preußische Bauernbefreiung.

Hof – Sonnabend, 12. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kuhbogen. Christian Joachim gibt einen Bericht von der Ostpreußenreise.

Nürnberg – Freitag, 11. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu“ am Opernhaus. Pfarrer Plorin berichtet über die 15-jährige Patenschaft der Kirchengemeinde in Heroldsberg mit der Gemeinde Laukischken (Saransk).

Weiden – Sonntag, 6. Juni, 14.30 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe im „Heimgarten“.

Weißenburg-Gunzenhausen – Sonnabend, 19. Juni, 8.30 Uhr, Ausflug nach Bad Wörishofen zusammen mit der Gruppe Ansbach. Dort Besuch des Kneipp-Museums und des Königsberger Cafés Schwermer. Abfahrt 8.30 Uhr Gunzenhausen, 9 Uhr Ellingen, 9.15 Uhr Weißenburg. Anmeldung erbeten bei Lm. Kösling, Telefon (09831) 611665.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 5. Juni, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen: Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 5. Juni, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon (030) 2751825.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 5. Juni, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Herrmann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Wehlau – Sonntag, 6. Juni, 15 Uhr, Bräustübl, Bessemerstraße 84, 12103 Berlin. Anfragen: Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 9. Juni, Ausflug mit der LO. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 771235.

Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Donnerstag, 10. Juni, 14 Uhr, Grillnachmittag in der Kladower Schmiede, Gutsstraße 1-3, 14089 Berlin. Eingang vom Ritterfelddamm. Verkehrsverbindung: Bus 135 ab Rathaus Spandau, Fähre: Wannsee-Kladow und Bus 135 bis Haltestelle Gutsstraße. Anfrage Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681. Anfragen Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917. Anfragen Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Rastenburg – Sonntag, 13. Juni, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 b, 13629 Berlin. Anfrage: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@online.de

Bremen – Dienstag, 8. Juni, 14 Uhr, Treffen der Wandergruppe beim Roten Turm auf der Domsheide. Nähere Auskünfte gibt Frau Kunz, Telefon 471874. – Mittwoch, 12 Uhr, Treffen der Frauengruppe zum Spargelessen bei „Hermann Post“, Oberneulander Landstraße 163, 28355 Bremen. Haltestelle „Oberneulander Heerstraße“ der BSAG-Linie 33 (verkehrt zwischen Horner Kirche und Sebaldstück). Es gibt Suppe, Spargel, Schnitzel, Schinken, Rührei, Salzkartoffeln, zerlassene Butter, Hollandaise und Nachtisch. Preis: 22,50 Euro. Anmeldung umgehend bei Frau Richter, Telefon 405515, in der Wandergruppe oder in der Geschäftsstelle. – Die Gruppe bietet zusammen mit JWD-Reisen eine Zwei-Tages-Busfahrt an. Termin: 7. bis 8. August 2010, Reiseverlauf: 7. August: 8.30 Uhr Abfahrt vom ZOB Bremen, 10.30 Uhr bis zirka 12.30 Uhr Besichtigung der Ausstellung „Luise – Mythos und Leben“ im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, 12.30 bis 14 Uhr Mittagspause (Restaurant Krone, Mittagessen ist nicht im Reisepreis enthalten!), Weiterfahrt nach Potsdam, zirka 17.30 Uhr Ankunft in Potsdam im zentral gelegenen Art'otel in Potsdam, Zeppelinstraße 136 – der Abend steht zur freien Verfügung. 8. August: Frühstück im Art'otel, 10 Uhr Abfahrt nach Paretz, 10.40 Uhr bis 11.40 Führung durch die Ausstellung „Luise. Die Kleider der Königin“, anschließend individuelle Besichtigung des Parks im Schloss Paretz, Mittagspause bis 14 Uhr, anschließend Rückfahrt nach Bremen, zirka 20 Uhr Ankunft in Bremen, ZOB. Leistungen: Hin- und Rückfahrt im modernen Reisebus, eine Übernachtung mit Frühstück im Vier-Sterne-Art'otel in Potsdam, Eintritt und Führungen Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen – Anmeldeschluss: 18. Juni 2010, Preis pro Person: im DZ 99 Euro, im EZ 115 Euro. Nähere Informationen ab sofort in der Geschäftsstelle der Gruppe in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Für den Zeitraum vom 6. bis 13. August ist eine Reise nach Nikolaiken und Elbing geplant. Besucht werden Stargard, Deutsch-Krone, Schneidemühl (1x Übernachtung), Bromberg, Thorn, Sensburg (3x Übernachtungen), Nikolaiken, Kruttinnen, Eckertsdorf, Lötzen, Steinort, Rastenburg, Bartenstein, Frauenburg, Cadinen, Elbing (2x Übernachtungen), Oberländischer Kanal, Buchwalde, Marienburg, Tiegenhof, Danzig, Karthaus, Stolp, Köslin (1x Übernachtung), Naugard, Stettin und Kolbitzer (Grenze). Die Reise kostet pro Person 799 Euro / DZ beziehungsweise 985 Euro / EZ. Anmeldungen ab sofort bei Klaus Eichholz, Telefon (04744) 5063, oder Bernhard Tessarzik, Telefon (04703) 1612.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

HEIMATKREISGRUPPEN



Elchniederung – Mittwoch, 16. Juni, 15 Uhr, Sommerfest der Gruppe mit Wiederholung der Wahl, ETV Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide, Nähe U-Bahnstation Christuskirche. Nach dem Kaffee wird in gemütlicher Runde mit Vorträgen und frohen Liedern der Sommer empfangen werden. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt beträgt 2 Euro.



Heiligenbeil – Sonnabend, 26. Juni, 14 Uhr, Sommerfest der Gruppe im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7, Hamburg. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst eingeladen. Bei Kaffee und Kuchen, in geselliger Runde sollen zusammen einige fröhliche Stunden verbracht werden. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro. Es wird der Videofilm „Romantisches Masuren – Land der 1000 Seen“ ge-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Ist dein Schicksal noch so schwer,
darfst du nicht verzagen,
Alles Wehren hilft dir nichts,
muss es doch ertragen.
Blick' nach oben, hol' dir Kraft
von den ewgen Sternen,
und du wirst dein hartes Los
klaglos tragen lernen.

Heta Falkenauer

geb. Wlotzka

* 2. 8. 1920 in Broedienen/Kreis Sensburg — † 22. 5. 2010 in Gelsenkirchen

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer treusorgenden Mutter, Schwiegermutter, Oma, Tante und Cousine.

Reinhard und Krystyna Falkenauer
mit Sabine, Alexandra und Konrad
Martin Falkenauer und Grace Imperial mit Patricia
Martin und Christiane Glantz geb. Falkenauer **mit Sonja**
und alle Anverwandten

Die Trauerfeier fand statt am Freitag, dem 28. Mai 2010.
Daran anschließend erfolgte die Beisetzung.



Ruhe in Frieden



Die Kreisgemeinschaft Lyck trauert um

Ulrich Hasenpusch

* 18. April 1940 in Lyck — † 25. Mai 2010 in Melbeck, Kreis Lüneburg

Mitglied des Kreisausschusses seit dem 24. August 2002, zuständig für die Protokollführung, den Buchversand und das Regionaltreffen Nord in Lübeck.

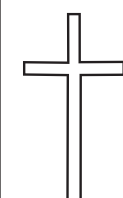
Träger des Verdienstabzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser Mitgefühl gehört seiner Frau Inge.

Gerd Bandilla
Kreisvertreter

Siegmar Czerwinski
Stellv. Kreisvertreter



Als Gott sah, dass der Weg zu lang,
der Hügel zu steil und das Atmen zu schwer wurde,
legte er seinen Arm um sie und sprach:
„Komm zu mir, jetzt ist es Zeit“.

Erika Mrohs

geb. Stasch

* 22. Januar 1934 Groß Schiemanen Kr. Ortelsburg/Ostpr. — † 21. Mai 2010 Witten

Mütter sterben nicht, sie leben in uns weiter.

In Liebe
Angelika Mrohs und
Thomas Gardemann
mit Alexander und Constantin
und alle, die ihr nahestanden

Trauerhaus: 53619 Rheinbreitbach, Leybergweg 10

Die Trauerfeier einschließlich der Urnenbeisetzung fand am Freitag, dem 4. Juni 2010 auf dem Friedhof in Witten-Rüdinghausen, Wemerstraße, statt.



Und die Meere rauschen den Choral der Zeit.
Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit.

100 Jahre
wäre unsere liebe Mutter und Oma

Betty Heyn

geb. Prowe

* 8. Juni 1910 in Labiau/Ostpreußen — † 14. August 2001 in Weilburg/Lahn

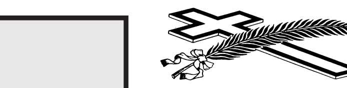
geworden.

In Liebe und dankbarer Erinnerung
Volker und Rita Heyn mit Thomas und Matthias
Bürgermeister-Heber-Straße 10, 04451 Borsdorf

In Memoriam

Zum Gedenken und zur Erinnerung an die 45 Soldaten meiner Heimat Gumbinnen – Ohldorf/Ostpreußen, die im Zweiten Weltkrieg ab 1939 ihr Leben verloren haben.

Elfriede Baumgartner,
Brigachtal





Da ist ein Land der Lebenden
und ein Land der Toten,
und die Brücke zwischen ihnen ist die Liebe
– das einzig Bleibende, der einzige Sinn.
Thornton Wilder

Kurt Zwikla



* 13. 2. 1925 Misken/Ostpreußen — † 26. 5. 2010 Neuss

Behaltet mich so in Erinnerung, wie ich in den schönen Stunden des Lebens bei euch war.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Maria Zwikla geb. Schumacher
Günter und Inge Zwikla geb. Moßberg
Manfred und Marion Cremer-Zwikla
Enkelkinder
und alle Verwandten

An der Obererft 46a, 41464 Neuss

Die Trauerfeier wurde am Mittwoch, dem 2. Juni 2010, um 9.30 Uhr in der Kapelle des Neusser Hauptfriedhofes, Rheydter Straße, gehalten. Die Beerdigung fand anschließend statt.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

zeigt. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab den U-Bahnstationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek Markt. Anmeldung bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092, bis zum 25. Juni.



Osterode – Sonnabend, 19. Juni, 12.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Spanferkelessen im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 552, Hamburg-Ohlsdorf. Der Preis pro Person beträgt 15 Euro. Anmeldungen und Überweisung des Geldbetrages bis zum 5. Juni nehmen Marlies und Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9017, entgegen.



Sensburg – Sonntag, 20. Juni, 15 Uhr. Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 6. Juli, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.



HESSEN

Vorsitzende: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Bergstraße – Montag, 7. Juni, Tagesausflug nach Baden-Baden. Anmeldungen werden von Brigitte Sattler, Telefon (06251) 39303, entgegengenommen. – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, findet wieder das beliebte Sommerfest auf dem Gelände des Geflügelzuchtvereins in Reichenbach statt. Geboten wird neben einem Mittagessen, Kaffee und Kuchen nebst diversen Getränken ein Unterhaltungsprogramm. Für Kuchenspenden ist der Verein dankbar. – Vom 2. bis 17. August liegt ein Reiseangebot vor: „Unterwegs auf dem Fluss Lena in Russland und Sibirien“. Anmeldungen werden erbeten an Brigitte Sattler, Telefon (06251) 39303.

Darmstadt – Sonnabend, 19. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, Darmstadt-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel hält Dieter Leitner anlässlich des 200. Todestages einen Diavortrag: „Königin Luises Kinder- und Jugendjahre in Darmstadt und Schloss Braunshardt“.

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung berichtete Hans Löhner nach Begrüßung und Kaffeetrinken über eine „Reise nach Böhmen“, die er zusammen mit seiner Frau vor einiger Zeit unternommen hatte. Zunächst erklärte er an einer aufgehängten Landkarte die genaue geographische Lage Böhmens. Die Landschaft Böhmen mit ihrer Hauptstadt Prag gehörte früher zur k.u.k. Monarchie und ist heute ein Teil Tschechiens. Sie ist von Randgebirgen umgeben, wie dem Erzgebirge, dem Riesengebirge, dem Heuscheuer- und Adlergebirge. Im Süden, nach Österreich, bildet der Böhmerwald die Grenze. Löhners fuhren mit einer Reisegruppe von Frankfurt/Main über Würzburg, Marktrednitz, Waldsassen bis Eger, das früher einmal Reichsstadt war und durch Wallensteins Ermordung dort bekannt ist. Löhners besuchten dann viele mehr oder weniger bekannte Orte. Da Hans Löhner aus dem böhmischen Aussig stammt, aus dem er 1946 ausgewiesen wurde, war er an vielen dieser Orte in seiner Kindheit und Jugend gewesen und wusste jedes Mal etwas darüber zu berichten. Marienbad ist das landschaftlich am schönsten gelegene und am besten erhaltene aller böhmischen Bäder. Seine Brunnen „musizieren“, immer anders, je nachdem wie hoch die Fontaine sprudelt. Des weiteren besitzt Marienbad eine russische Kirche. Teplitz-Schönau ist dafür das älteste aller Mineralbäder und in Saaz wird der beste Hopfen der Welt angebaut. Bei Kummerau enthält der See so viel Alaun, dass man beim Schwimmen nicht untergeht, wie beim Toten Meer. Die Stadt Brüx im Kohlerevier, zwischen Balkenau und Aussig, wurde unter den Kommunisten total abgerissen und die etwa 20 000 Bewohner wurden in einer neugebauten Plattensiedlungsstadt etliche Kilometer entfernt wieder angesiedelt, da die ganze Stadt auf einer Schicht hochwertiger Hartbraunkohle stand. Es entstand eine riesige Grube, die zum Teil als Erholungsgebiet wieder renaturiert wurde. Nur die Kirche blieb erhalten, sie wurde auf Blöcken um etwa drei Kilometer verschoben. Im Schloss Dux war seinerzeit Casanova Bibliothekar des Schlossherrn. In Warnsburg stand die weltbekannte Strumpffabrik Kunert. In Wolfsschlinge wurden auf der Werft Schaufeldampfer mit Heckrädern gebaut, die nicht so viel Platz auf dem Fluss beanspruchten. Von Tschischkowitz aus fuhren Obst- und Gemüsekähne nach Hamburg – in den sogenannten Einmalkähne: Obst und Gemüse wurden auf den Märkten verkauft, und die Bretter der einfachen Kähne danach in Holzbetrieben verarbeitet. Die älteste Kirche Böhmens steht in dem kleinen Ort Waldkirch. Bier aus der Gross-Briessener Brauerei kann man im Herborner Herkules-Center kaufen. Nixdorf, ein Landstädtchen in einem 15 Kilometer langen Tal, hat drei Bahnhöfe. Früher gab es dort zahlreiche Messerschmiede. In dem kleinen Dorf Alt-Gravenwalde reiten Osterreiter die Gemarkungsgrenzen ab. Dieser alte Brauch, Gottes Segen für das neue Erntejahr zu erflehen, hat sich bis heute erhalten. So berichtete Löhner noch über viele weitere Orte: In Auscha gibt es noch die traditionellen Laubenganghäuser; Loschkowitz war ein Schloss der Kaiserin Elisabeth von Österreich; Theresienstadt wurde ursprünglich als Festung der Kaiserin Maria Theresia gebaut; Leitmeritz war Garnison und Bischofssitz, bis hierhin war die Elbe von Hamburg aus schiffbar. Hans Löhner erhielt lebhaften Beifall.

Hanau – Mittwoch, 9. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges.

Wiesbaden – Dienstag, 8. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Der Nachmittag ist dem in Danzig geborenen Lyriker und Humoristen Johannes Trojan gewidmet. – Donnerstag, 10. Juni, 12 Uhr, Stammtisch der Gruppe in der Gaststätte Waldlust, Ostpreußenstraße 46. Serviert wird Spargel mit Schinken. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Für die Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 4. Juni bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358. – Sonnabend, 19. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Motto: „Erinnerungen an Zuhause – Ein Heimat-Nachmittag“. Wer etwas beitragen möchte, seien es Geschichten, Gedichte und / oder Informationen, melde sich bitte gleich bei Familie Schetat. Zuvor ist Zeit für Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Dienstag, 8. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkernschänke“, Barfüßerstraße 5. Annelie Thieme, eine Referentin von „pro senior“, hält einen Vortrag über „Wichtige Lebensmittel“. – Vom 25. Juni bis 3. Juli veranstaltet die Gruppe eine neuntägige Reise nach Masuren. Der Preis beträgt 399 Euro (110 Euro EZ-Zuschlag) und umfasst acht Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt zum Sommerfest in Ostpreußen, einen Besuch der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen der Deutschen Volksgruppe in Bischofsburg, eine Rundfahrt in Masuren sowie weitere Rundfahrten im Ermland. In den acht Übernachtungen sind jeweils Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise enthalten. Zustiegsmöglichkeiten außerhalb von Göttingen sind Sessen, Salzgitter, Braunschweig und an der BAB 2 Richtung Berlin gegeben. Anmeldungen umgehend an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Donnerstag, 5. August, 14.30 Uhr, Grillnachmittag im Holtenser Hof. Es wird ein Bus für die Hin- und Rückfahrt eingesetzt. Anmeldung bis zum 27. Juli bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Helmstedt – Donnerstag, 10. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4. – In den Sommermonaten fällt die Wassergymnastik aus. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Hildesheim – Donnerstag, 10. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Bürgermeisterkapelle“, Rathausstraße. Erzählungen von Spezialitäten aus Ost- und Westpreußen – Rezepte und Anekdoten stehen auf dem Programm.

Oldenburg – Mittwoch, 9. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten. Ott-Heinrich Stobbe wird über „Die Mennoniten in Westpreußen“ berichten. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 8. Juni, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 43. – Freitag, 18. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

Rinteln – Donnerstag, 10. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Saal des Hotels Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln. Motto: „Gemeinsames Singen ostpreußischer und anderer Volkslie-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 19

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?“ auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400850, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – „Seitdem ich in Holz schneide, lockt da vieles.“ Entstehung eines Holzschnitts – Wochenend-Workshop für Erwachsene im Ostpreußischen Landesmuseum Sonnabend, 5. Juni, 11–17 Uhr, Sonntag, 6. Juni, 11–16 Uhr, Leitung: Marie-Luise Salden Kosten: 30 Euro inklusive Material. Vorherige Anmeldung unter E-Mail: a.kern@ol-lg.de oder Telefon (04131) 7599515 erforderlich. Mit der ältesten Drucktechnik der Welt lassen sich besonders kontrastreiche und expressive Bilder herstellen. Wie ein Holzschnitt vorbereitet wird, welche Werkzeuge notwendig sind – diese Fragen werden die Teilnehmer klären, bevor sie selbst ans Werk gehen und sich in dieser besonderen Technik versuchen. Marie-Luise Salden arbeitet als Künstlerin in den Bereichen Farbholzschnitt, Tusch- und Kreidezeichnungen und Aquarell-Malerei. Ihre Arbeiten sind in vielen Sammlungen und Museen vertreten. Marie-Luise Salden ist freie Mitarbeiterin im Käthe Kollwitz Museum in Köln.











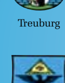







Allenstein Stadt · Allenstein-Land · Angerapp · Angerburg · Bartenstein · Braunsberg · Ebenrode · Elchniederung · Fischhausen · Gerdauen · Goldap · Gumbinnen · Heiligenbeil · Heilsberg · Heydekrug








Wehlau · Treuburg · Tilsit-Ragnit · Tilsit-Stadt · Insterburg Stadt / Land · Johannisburg · Königsberg Stadt · Königsberg Land

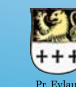
Deutschlandtreffen der Ostpreußen

28. und 29. Mai 2011

auf dem Gelände der Messe Erfurt

















Sensburg · Schloßberg · Rößel · Rastenburg · Pr. Holland · Pr. Eylau · Osterode · Ortelsburg · Neidenburg · Mohrungen · Memel Stadt / Land · Lyck · Lötzen · Labiau

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

der“ mit Siegfried Gehrke. Mitglieder, Freunde und interessierte Gäste sind herzlich willkommen. – Die Reise „Königsberger Provinz“ im Mai ist restlos ausgebucht. Wer eventuell Interesse an einer ähnlichen Reise im nächsten Jahr hat, kann – zur unverbindlichen Zusendung der Reiseankündigung – Adresse und Telefonnummer Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Straße 1, 31737 Rinteln, E-Mail: j.rebuschat@web.de, mitteilen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 7. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 10. Juni, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933. – Donnerstag, 17. Juni, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Vom 14. bis 22. August plant die Gruppe eine neuntägige Reise nach Königsberg. Start ist in Bonn, Zustiege entlang der BAB Bonn–Köln–Dortmund–Hannover–Berlin sind nach Absprache möglich. Zwischenübernachtung im Großraum Posen. Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Frauenburg, Braunsberg, die polnisch-russische Grenze nach Königsberg. Ein interessantes Programm erwartet Sie. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Personen: 685 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), ab 30 Personen: 745 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), EZ-Zuschlag für die gesamte Reise beträgt 150 Euro. Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, 53757 Sankt Augustin, Telefon (02241) 311395. Reiseunterlagen werden schnellstens zugeschickt.

Dortmund – Montag, 7. Juni, 10.30 Uhr, Jahresausflug der Gruppe nach Neuss, Abfahrt ab Saarlandstraße, Parkplatz HDI-Versicherung. In Neuss Besichtigung des Quirinusmünsters und Einkehr im mittelalterlichen Clarissen-Kloster-Restaurant. Anmeldungen an Helga Schulz, Telefon 802599.

Düsseldorf – Mittwoch, 6. Juni, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH. – Freitag, 11. Juni, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. – Dienstag, 15. Juni, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Ursula Schubert im Raum 312 oder 412, GHH. – Mittwoch, 16. Juni, 19.15 Uhr, Vortrag von Prof. Hans Mommsen: „Konservativer Preuße durch und durch – Carl Goerdeler und die Zukunftsvorstellungen des Wiederstandes für ein Deutschland nach Hitler“, im Konferenzraum, GHH. – Donnerstag, 17. Juni, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Ostpreußenzimmer (Raum 412), GHH.

Ennepetal – Donnerstag, 17. Juni, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube mit einem kleinen Imbiss.

Gevelsberg – Freitag, 18. Juni, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Spießbratenessen und gemütliches Beisammensein im Vereinslokal Keglerheim, Hagenerstraße 78.

Gütersloh – Montag, 7. Juni, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 14. Juni, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Hagen – Donnerstag, 9. Juli, finder der diesjährige Busausflug der Gruppe zur Lahn (Limburg) – Bus- und Schiffsfahrt – statt. Es sind noch Plätze frei.

Haltern – Donnerstag, 10. Juni, 15 Uhr, Treffen der Gruppe.

Köln – Dienstag, 1. Juni, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im Kolping-Hotel International, Helenenstraße 32, St.-Apern-Straße. Mit Kaffeetafel und Plachanderstunde.

Neuss – Kurt Zwikla, An der Obererft, Neuss, ein Ostpreuße und Masure, ist am Mittwoch, 26. Mai 2010, im Alter von 85 Jahren verstorben. Er wurde am 13. Februar 1925 in Misken, Kreis Johannisburg / Ostpreußen, geboren. Nach dem Besuch der Volksschule folgte bis 1942 eine Lehre als Kaufmann in Gehlenburg. Er kam dann zur Wehrmacht, war Soldat in Russland und erlebte an seinem 20. Geburtstag im Lazarett in Dresden den großen Bombenangriff. Im Anschluss kam er erst nach Geldern in NRW und dann nach Neuss. Seit 1960 arbeitete er im Vorstand der Kreisgemeinschaft Johannisburg mit. Er unternahm 1969 seine erste Fahrt in die Heimat und knüpfte dort die ersten Kontakte zu deutschen und polnischen Landsleuten. 1982 wurde Kurt Zwikla zum stellvertretenden Vorsitzenden der neu gegründeten Landsmannschaft Ostpreußen und 1983 zum Ersten Vorsitzenden gewählt. Aktiv war er auch im Vorstand des BdV, im Vertriebenen-Beirat und als Spätaussiedlerbetreuer. Weiterhin war er Mitglied im Eifelverein und bei den Heimatfreunden. 1988 initiierte Kurt Zwikla den ostdeutschen Gedenkstein am „Platz der deutschen Einheit“ und eine Heimatstube auf der Oberstraße. 2002 sorgte er für das Glockenspiel, ebenfalls am „Platz der deutschen Einheit“. Auch wurden in Ostpreußen Gedenksteine in deutscher und polnischer Sprache durch ihn aufgestellt. In den Jahren seiner Tätigkeit als Vorsitzender hat Kurt Zwikla sich auch sehr bei den großen Deutschlandtreffen der Ostpreußen engagiert. Im Jahr 2003 hat er sich nicht mehr zur Wahl zum Vorsitzenden der Landsmannschaft gestellt. Er wurde zum Ehrenvorsitzenden der Landsmannschaft ernannt. Weitere Auszeichnungen erhielt Kurt Zwikla von den Heimat-freunden, des Eifelvereins und vom Bundesvorstand der Lands-mannschaft Ostpreußen. Auch ist er Träger des Bundesverdienstkreuzes. Peter Pott



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 5. Juni, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 11. Juni, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Donnerstag, 17. Juni, 13 Uhr, Treffen der Gruppe am Bahnhofsplatz 2, Hauptbahnhof Mainz. Zugfahrt nach Darmstadt. Auf der Mathildenhöhe wird ein Spaziergang unternommen und anschließend eingekehrt. – Freitag, 18. Juni, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 19. Juni, Abfahrt vom Bahnhofsvorplatz, Neustadt, zum Jahresausflug der Gruppe nach Landau, dort Besuch des Zoos. Der Eintrittspreis beträgt 6 Euro. Im Anschluss ist ein gemütliches Beisammensein mit Mittagessen vorgesehen. Abfahrtstermin und Fahrpreis erfahren Sie mit Ihrer verbindlichen Anmeldung bis zum 12. Juni bei Manfred Schusziara, Telefon (06321) 13368.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Die letzte Zusammenkunft stand unter dem Motto: „Ostpreußen in Bernstein“. Mit einer Diskussionsrunde zu dem Thema: „Wie können wir die Zukunft der Vertriebenenarbeit in Sachsen gestalten“, fing das Treffen an. Diese Runde wurde mit dem vertriebenenpolitischesprecher des sächsischen Landtages Frank Hirche sowie der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU durchgeführt. Anschließend referierte Dora Arnold über die Entstehung, Gewinnung und Verarbeitung von Bernstein in Ostpreußen. Weiter wurde der Tag durch Kurt Weihe gestaltet. Er stellt das Projekt „Ostpreußen in Bernstein“ mit der Schule aus Limbach-Oberfrohna vor. Die Kinder sollen die Kontur von Ostpreußen mit Bernstein einfassen. Durch diese Arbeit lernen die Kinder und Jugendlichen die ostpreußische Heimat von Eltern und Großeltern kennen. Zur Unterhaltung trugen die Mundartsprecher Geschichten und Gedichte aus der Heimat vor. Zum Abschluss las der Dichter Uwe Pohl aus seinem Gedichtband einige Gedichte vor.

Leipzig – Sonnabend, 5. Juni, 13.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Casino der AOK, Willmar-Schwabe-Straße 2 (Seiteneingang Jahnallee). Kostenbeitrag 2,50 Euro. Der Chor Lied der Heimat wird die Veranstaltung mit einem Kulturprogramm umrahmen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Donnerstag, 10. Juni, Treffen der Gruppe zum Besuch der LAGA. – Mittwoch, 16. Juni, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 7. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“. Thema: „Lesenswert – Heimatliteratur“.

Gardelegen – Mittwoch, 16. Juni, 8.30 Uhr, Abfahrt nach Morsleben mit Vortrag und Allerrundfahrt.

Magdeburg – Dienstag, 8. Juni, 16.30 Uhr, Treffen des Vorstandes in der Gaststätte Post, Spielhagenstraße. – Freitag, 11. Juni, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Dienstag, 15. Juni, 15 Uhr, Bowling im Bowlingcenter, Lemsdorfer-Weg.

Schönebeck – Mittwoch, 23. Juni, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte „Haus Luise“. Auf dem Programm stehen Berichte über die Reise nach Masuren.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Neumünster – Donnerstag, 10. Juni, 10.30 Uhr, Finanzamt / Bahnhof. Abfahrt zum Jahresausflug nach Wesselburen. Besuch des Kohlosseums, wo man viel erfährt über die Herstellung des Sauerkrauts und die segensreiche Wirkung auf die menschliche Gesundheit. Mittagessen und Kaffeegedeck im Kohlosseum, Kosten: 26 bis 27 Euro. Anmeldung bis zum 5. Juni, unter Telefon (04321) 82314.

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Noch bis 13. Juni 2010 läuft die Wechselausstellung: „Intime Einblicke – Hugo Friedrich Hartmann (1870–1960)“. Diese Doppelausstellung unter der Schirmherrschaft von Minister Lutz Stratmann präsentieren das Ostpreußische Landesmuseum, die Hansestadt Lüneburg und der Flecken Bardowick als große Werkschau anlässlich des 50. Todestages des Impressionisten Hugo Friedrich Hartmanns und einer rund 100 Jahre zurückliegenden Entstehungszeit seiner Ansichten von Bardowick und Lüneburg. Seine Schilderungen von Land und Leuten und einem Lüneburg von vor 100 Jahren werden auch verglichen mit zeitgleichen Werken ostpreußischer Maler. Die Ausstellungs-Orte sind: 1. Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 18 Uhr, Eintritt 4,00 / 3,00 Euro; 2. Samtgemeinde Bardowick, Verwaltung, Schulstraße 12, 21357 Bardowick, Öffnungszeiten: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag 8 bis 12 Uhr / Donnerstag 15 bis 18.30 Uhr / Sonntag 11 bis 16 Uhr, Eintritt frei.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Als man Sonne Mond nannte

Eine kurze Klassenfahrt an die Nehrung

Wir begannen damit gleich nach Neujahr. Die Unternehmung war groß und teuer und konnte nur durch geduldiges Sparen geleistet werden. Tag für Tag sammelte ich durch Monate kleine und kleinste Beträge ein, und, siehe da, das Vermögen schwoll. Zum Schluß fehlte nur noch das Wetter. Schließlich hatte uns dann der Himmel mit dem allerschönsten Tage gesegnet. Wir waren an die 100 Mann, die da auszogen, erste und zweite Klasse, voll Sehnsucht und Erwartung, die Rucksäcke zum Platzen gefüllt; denn es galt, zwei Tage zu leben. Auf dem Marsch von Cranz bis Klein Thüringen bereits, wo die Baderast gehalten wurde, hatte ich Gelegenheit, die Norm für die Durchschnittsration aufzustellen: ein Zweipfundbrot, eine Büchse mit Butter, eine mit Schmalz, sechs bis acht harte Eier, ein halbes Pfund Wurst, ein halbes Blech Kuchen, eine Flasche mit Kaffee und eine mit Saft, Schokolade und Bonbons. Und doch wären die armen Kinder mit diesen Schätzen noch verhungert, wenn nicht die Klopse gewesen wären. Es begann mit sechs und wuchs bis zu zehn; doch muß ich hier bekennen, dass eine von den Meinen ein volles Dutzend mitführte. Sie war ein sehr kräftiges Mädchen und so groß wie ich; jedenfalls waren die Klopse, als wir in Sarkau anlangten, – aufgegessen.

Erste und zweite Klasse voll Sehnsucht

Diese Kinder machten die erste Reise ihres Lebens und erlebten die Nehrung zum ersten mal. Sie hatten so eigenartige Schönheit noch nie gesehen, sie nahmen sie stumm und ganz gewiss unbewusst in sich auf. Doch ich bin sicher, dass nicht eines von ihnen, die nun schon seit Jahren flügge sind und im Berufsleben stehen, diese Tage voll Frieden und fröhlicher Kameradschaft vergessen hat.

Wir waren beim Vater Boy in der Jugendherberge ganz herrlich untergebracht, auf alle Häuser verteilt, soweit der Platz reichte. Gewiss war es in dem kleinen Haus unter dem Dach ein bißchen heiß, ein bisschen sehr heiß, aber dafür war es Sommer, und das anspruchslose Behagen ward nicht beeinträchtigt. Ja, da waren zwei aus der Schar sogar darauf bedacht, die Luft noch auf ihre Art zu verbessern. Sie hatten sich Flundern gekauft, ganz frisch aus dem Rauch, vorsorglich zum nächsten Frühstück, und hatten sie ans Kopfende des Lagers auf den Balken gelegt, in der Absicht, damit zu nächtigen. Zum Glück kam ich rechtzeitig dahinter.

Ein Sonnenaufgang am Haff zeigt oft erst später seine ganze wundersame Wirkung

Wir saßen am Abend, nach Sonnenuntergang, noch eine Stunde am Haff, eine müde kleine Gemeinde. Wir saßen still im Sand und sangen ganz andächtig und zart unsere schönsten Heimatlieder. Ein paar Kähne lagen auf dem Strand, und andere waren draußen, sie wurden ganz sacht gewiegt, ihre schlanken Masten standen wie Speere vor dem Himmel.

Da stieg es drüben im Osten rund und rot und feierlich herauf, eine riesenhafte Scheibe rollte sich langsam empor, sie kletterte wie ein großer Lampion an einer Maststange in die Höhe, als wollte sie sich dort oben aufhängen. Eins der Kinder sagte in die Stille hinein voll Seligkeit: „Seht doch den Mond!“

Und da, merkwürdig genug, gab es hier und da ein Gelächter: „Aber, das ist doch die Sonne!“

»O Schulmeister, dein Werk ist schwer und wenig lohnend!«

Das stille Ufer war plötzlich erfüllt von unaufhaltsamem, fröhlichem Kindergelächter. Ja, was war es denn nun?

Eine der Meinen, ein armes, kleines Stadtkind, das vom Himmel nichts kannte als den schmalen Streifen zwischen den Dächern, gestand mir leise beschämt: „Ich habe zuerst auch gedacht, es ist der Mond.“

O Schulmeister, dein Werk ist schwer und wenig lohnend! Um die Verwirrung voll zu machen und das Problem auf immer unlösbar – wie sich späterhin erwies – begann der Expeditionsleiter aus dem Humor seines Herzens heraus mit seiner tiefen, kräftigen Stimme ein neues Lied, das letzte vorm Schlafengehen.

Und der Chor der Kinderstimmen fiel ein und sang das zweifelhafte Himmelslicht voll Andacht an: „Goldne Abendsonne, wie bist du so schön ...“

Gertrud Papendick

Für eine saubere Heimat

Kulturzentrum Ostpreußen stellt Umweltkooperationsprojekte vor

Zahlreiche deutsch-russische Umweltkooperationsprojekte im Königsberger Gebiet werden derzeit im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen vorgestellt.



Ein gemeinsames Anliegen bündelt die Anstrengungen: Erhard Bendig (Kreisvorsitzender des BUND im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen), Dr. Roman Gogan und Dr. Christoph Hinkelmann (v.l.). Bild: mef

„Für interessierte Mittelständler im Bereich des Umweltschutzes ergäben sich zahlreiche Möglichkeiten, im Kaliningrader Gebiet tätig zu werden.“ – diese Feststellung traf Dr. Christoph Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg bei der Einführung zur Ausstellung „Natur- und Umweltschutz verbinden“ im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Die einstige Kornkammer des Deutschen Reiches, so erläuterte Hinkelmann, habe bereits 1945 insgesamt 45 Naturschutzgebiete, darunter 16 in der Gegend um Königsberg besessen. Bekannt seien davon heute noch der Elchwald, die Rominter Heide und die Kurische Nehrung. Nach dem Kriegsende konnten diese Landstriche über 40 Jahre nicht von Fremden betreten werden. Bei der Grenzöffnung im Jahre 1991 fand man folgende Situation vor: Da sich niemand für das früher blühende Land verantwortlich gefühlt hatte, war das Land versumpft und versteppt. Durch die lange Unberührtheit hatte sich aber auch ein ökologisch wertvoller Zustand gebildet. Allerdings waren die Gewässer überfischt und durch Industrieabwässer sehr stark verschmutzt.

Hier hatte nun die „Deutsche Bundesstiftung Umwelt“ grenzüberschreitende Projekte angestoßen, um vor Ort das Umweltbewusstsein zu wecken und gleichzeitig die ökologischen Landschaften zu sichern, führte Hinkelmann weiter aus. Dies betrifft vor allem die Bereiche des umweltverträglichen Tourismus, der Landnutzung, der Wasserreinhaltung und der Umwelttechnik. Da die das Königsberger Gebiet umschließenden EU-Mitgliedsländer Polen und Litauen die Folgen der Umweltsünden über ihre Grenzen hinweg spüren, ist die Anhebung der Umweltstandards im genannten Gebiet auf EU-Niveau laut Hinkelmann das Ziel.

Wolfgang Freyberg, der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, sieht in den Gemeinschaftsprojekten eine Chance für die hiesige Wirtschaft, um vor Ort tätig zu werden. Diejenigen, die es wagen würden, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufzunehmen, könnten auf die schon gewonnenen Erkenntnisse der Umweltstiftung zurückgreifen. Zudem steht aber auch das örtliche Wissen vieler Aussiedler, die neben ihrer noch vorhandenen Ortskenntnis die heutige dortige Sprache sprechen, zur Verfügung.

Freyberg dankte bei der Ausstellungseröffnung vor allem den Mitgliedern des Bundes Naturschutz in Bayern, darunter dem Ortsvorsitzenden Wolfgang Federschmidt aus Weißenburg und dem Kreisvorsitzenden Erhard Bendig, für ihr Interesse.

Die Ausstellung über die im Königsberger Gebiet laufenden Umweltprojekte im Kulturzentrum Ostpreußen ist noch bis Ende Juni zu sehen. *mef*

Ferientreffen Seeboden

Seeboden – Das jährliche Ferientreffen der Ost- und Westpreußen sowie Pommern findet heuer zum 26. Mal in der Zeit vom 12. bis 19. Juni in Seeboden am Millstätter See statt. Über zahlreichen Besuch würden wir uns sehr freuen. Informationen: Tourismusbüro Seeboden, Hauptplatz 1, A-9871 Seeboden, Telefon 0043 (4762) 8121015, Fax 0043 (4762) 82834.

Theaterbegriff; Ausbesserung; luftförmiges chem. Element; Knaben-Frauenpartie im Chor; Nachbarschaft; Industrieerzeugnis; Zupfinstrument, Lyra; Miterfinder des Telefons; Vernunft, Einsicht; Absonderung, Getrennthaltung; eine Europäerin; beständig, gleichbleibend; besitzanzeigendes Fürwort; großer Lärm, Krach; Fliegerei: drehend niedergehen; Summe der Lebensjahre; Versammlung; Friedensvogel; Stadt in Pakistan; Musical von A. Lloyd Webber; Anzeige, Inserat; das Unsterbliche; Sehhilfe für den Nahbereich; Schriftsteller; Sperrklinke; Zweig der Polizei (Kzw.); Fluss zur Rhone; Materialsplitter; ein Balte; Vorfahrin; Ton, Schall; Opernsologesang; franz. Stadt an der Rhone; Heer; Heeresverband; Schling-, Urwaldpflanze; empfehlenswert; Oper von Verdi; ägyptische Halbinsel; sittliche Gesinnung; elegant; gewitzt (engl.); Platzmangel; Bund, Zusammenschluss; Nadelbaum, Fichtenart; Musikzeichen; schroff ansteigend, abfallend; französisches Physikerehepaar; besonders extrem; Abscheu, Schrecken; den Atomkern betreffend; Beste, Siegerin; oberer Raumabschluss; kein Einziger; Bruder Jakobs im A. T.; achten, anerkennen; Körperorgan; ein Streupulver; Brutstätte; Bartabnahme; ohne Geld, arm; Rundfunkgerät; Schreibart; Kunstrichtung; dicker Pflanzenstängel; fast immer; poetisch: Adler; Böses, Unangenehmes; durch, mit (lat.); südfranz. Stadt an der Garonne; römischer Grenzwall; regsam und wendig; laut jammern, schimpfen (ugs.); zum Nennwert (Bankw.); vordringlich; griechische Insel; sich im Rhythmus bewegen; nicht heiter; seriös; Tagesabschnitt; Monatsname; längeres Prosawerk; kleines Zimmer; Hast; leidenschaftl. Verlangen; baskische Hauptstadt; Rollkörper; gewaltsames Wegnehmen; Liliengewächs, Heilpflanze; Fremdwortteil: fern; italienische Tonsilbe; eigenwilliges Gehabe (Mz.); Werkzeugmaschine; üblich, gewöhnlich; Marktbude; wertloses Zeug; abgegrenztes Gebiet

PAZ10_22

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Siegel, 2. Freund, 3. Kasse, 4. Kasten, 5. Schatten, 6. Keller, 7. Futter – Gestalt

Magisch: 1. Debakel, 2. Galerie, 3. Seminar

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

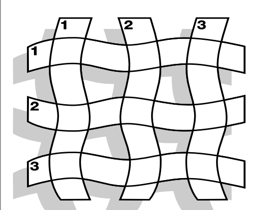
EEINN OOPPR; EELP; IPSTZ; ENPP; AIPRT; AORS; ADEM; ENTT; EEINR; DEO; EEPR TZ; AAPS ST; AMT

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Figur, Statur.

Nr.	links	rechts
1	DIENST	LACK
2	HAUS	SCHAFT
3	BAR	ROLLE
4	SAND	GEIST
5	KUR	SEITE
6	WEIN	GESCHOSS
7	MAST	KRIPPE

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Niederlage, Zusammenbruch
2 oberster Rang im Theater
3 Lehrveranstaltung

Faszination »Weißes Gold«

Meißner Porzellan regte Nachahmer zu eigener Produktion an – Auch in Preußen war man erfolgreich

Anlässlich des 300-jährigen Bestehens der Porzellanmanufaktur Meißen zeigen die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden zwei Sonderausstellungen zur Geschichte des „Weißen Goldes“.

Im Japanischen Palais in Dresden ist die Präsentation „Triumph der Blauen Schwerter – Meißner Porzellan für Adel und Bürgertum 1710–1815“ zu sehen; im Berliner Ephraim-Palais entstand in Zusammenarbeit mit dem Stadtmuseum Berlin die Schau „Zauber der Zerbrechlichkeit – Meisterwerke europäischer Porzellankunst“.

Von der hauchdünnen, mit Blumen bemalten Schokoladentasse über prunkvoll dekoriertes Tafelservice bis hin zur vollplastisch ausgeformten Löwenskulptur

Stilentwicklung des Meißner Porzelllans dargestellt

eröffnet sich dem Auge des Betrachters die zauberhafte Welt der Porzellankunst. Für einen Sommer hat sich das Dresdner Japanische Palais nun zu einem Porzellanschloss verwandelt, ganz im Sinne Augusts des Starken, der zu Lebzeiten an diesem Ort gern seine Kostbarkeiten präsentiert hätte. Dabei werden die ersten 100 Jahre der Meißener Manufaktur mitsamt ihren Stilentwicklungen – vom Barock bis hin zum Biedermeier – in den Mittelpunkt gestellt. Die 1710 unter August dem Starken gegründete Manufaktur löste sich allmählich von den so prägenden chinesischen und japanischen Vorbildern und fand ihre eigenen Ausdrucksformen, was für die Entwicklung der deutschen und europäischen Tafelkultur von großer Bedeutung war. Denn das weiße Gold löste die bis dahin obligatorischen vergoldeten Silberservice auf den Tafeln der Fürstenhäuser ab.

Der Phantasie und Kunstfertigkeit waren keine Grenzen gesetzt: Suppenterrinen, Schüsseln, Tassen und Teller wurden mit schönsten Bemalungen und gar vollplastischen Figuren verziert – Gebrauchsgegenstände wurden zu einer Augenweide. Den Höhepunkt in der Entwicklung barocker Tafelgeschirre aus Porzellan markiert das 1736 vom Grafen Brühl in Auftrag gegebene und mehr als 3000 Einzelstücke umfassende Schwanenservice, welches der Flora und Fauna des Wassers und seinen mythologischen Gestalten gewidmet ist. So dienten die Mahlzeiten nicht allein der Sättigung, sondern waren ein Augenschmaus, der zudem noch die Konversation bei Tisch inspirierte und beflügelte. Je raffinierter die Porzellane mit plastischen Oberflächen und perspektivischer Malerei dekoriert waren, umso komplexer und facettenreicher konnten sich Gespräche entwickeln.



Kunstvoll: Kratervase mit einer Ansicht des Brandenburger Tors (KPM, um 1830) Bild: Staatliche Kunstsammlungen Dresden

Gerade Friedrich der Große, wie August der Starke ein wahrer Porzellanliebhaber, schätzte diese Art der Konversation. So bestellte er in den 1760er Jahren mehrere Tafelservice in Meißen. Darunter befindet sich auch das Tafelservice mit preußisch-musikalischem Dessin und grünem Schuppenrand, welches an einer langen Tafel eindrucksvoll präsentiert wird. Da es zu jener Zeit zu den Statussymbolen eines Herrschers gehörte, das „weiße Gold“ auch im eigenen Land produzieren zu können, kam es – trotz strenger Geheimhaltung der sächsischen Porzellanrezeptur – europaweit zu Manufakturgründungen.

Die Berliner Ausstellung „Zauber der Zerbrechlichkeit“ beleuchtet das facettenreiche Phänomen des europäischen Porzellans und würdigt dabei auch die Rolle der Porzellan-Manufaktur Meißen als „Mutter aller Porzellane“. Zu den wichtigsten Vertretern der europäischen Porzellanzentren zählen neben anderen Wien, Venedig, Sèvres, Berlin und St. Petersburg. Der Besucher kann zum einen die direkten Einflüsse Meißens auf die einzelnen Manufakturen nachvollziehen, zum anderen aber auch deren charakteristische Ausprägungen erkennen. So erschließt sich dem Auge der gesamte Kosmos europäischen Porzellans: von den höfisch-eleganten französischen über die englischen Porzellane bis hin zu den italienischen Porzellanen mit ihren kräftigen Farben und Formen.

„Eingebettet in einen internationalen Kontext gelangen dabei auch gesammelte Meisterwerke der berühmtesten Berliner Manufaktur, der KPM, zu besonderer Strahlkraft“, so die Generaldirektorin des Stadtmuseums Berlin, Franziska Nentwig.

Die seit 1763 bestehende Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin (KPM) betrachtete Friedrich der Große als wichtiges Wirtschaftsunternehmen. In den folgenden Jahren bestellte er zur Innenausstattung seiner Schlösser 21 Service, die in Form und Dekor auf das jeweilige Ambiente abgestimmt waren. Aber der König war nicht nur ein wichtiger Einzelkunde seines Unter-

KPM-Porzellan als eigens angefertigte Gastgeschenke

nehmens, sondern sorgte auch durch eigens angefertigte Gastgeschenke für die Verbreitung des KPM-Porzellans an die europäischen Höfe.

Die kostbaren Objekte der Präsentation laden zum Staunen, Träumen und Bewundern ein. Die Berliner Architekten Kuehn und Malvezzi nutzten eine farbenprächtige Inszenierung aus Stoffen und Lichtinstallationen, um den Zauber und die ästhetische Qualität der Objekte erlebbar zu machen. Der Faszination des Porzellans vermag man sich kaum zu entziehen, mehr noch – man kann auf einmal verstehen, dass sie bei August dem Starken zur selbst diagnostizierten „maladie de porcelaine“ führte.

CvK

Die Ausstellung im Ephraim-Palais ist bis zum 29. August dienstags sowie donnerstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs von 12 bis 20 Uhr zu sehen. Eintritt: 6/3 Euro.

Die Ausstellung im Japanischen Palais ist ebenfalls bis zum 29. August täglich von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr zu sehen. Eintritt: 6/3 Euro.

Sehnsucht nach der Ferne

Ausstellung im Park Sanssouci zeigt Reise-Plakate aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Reiselust und Fernweh in Plakaten der 1920er bis 1950er Jahre sind derzeit in einer Ausstellung im Park Sanssouci zu sehen. „Reiseplakate sind Bildbotschafter, die Fernweh widerspiegeln, verstärken – und schließlich als bunte Verkaufshelfer für konkrete Reiseziele und Verkehrsmittel werben sollen. In der für die Musikfestspiele Potsdam Sanssouci 2010 neu kuratierten Ausstellung stehen originale Plakate, die zu Reisen nach exotischen Traumzielen von Mexiko bis Indochina verführen sollten, neben Werbeplakaten moderner Reiseverkehrsmit-

Plakate sollten Sehnsüchte wecken

tel, Gegenständen des Reisealltags und grandios und ehrgeizig gestalteten Prospekten und Zeitschriften-Titeln“, erläutern die Ausstellungsmacher. Als elektronische Werbemedien noch kaum vorhanden waren, sah das Plakat seine Glanzzeit. Plakatmaler wurden zu gestalterischen Höchstleistungen angetrieben. Die Exponate aus einer Privatsammlung zeigen heute abenteuerlich anmutende Verkehrsmittel wie Zeppeline und Stromlinienzüge. Schnittige Kreuzfahrtschiffe oder damals für den privaten Gebrauch seltene Flugzeuge riefen ebenfalls den Hang zum Luxus hervor.

Nicht immer ging es luxuriös zu beim Reisen, oft aber abenteuerlich. Wer reist, kann immer etwas erzählen. Die früheste gedruckte über die Entdeckungen Brasiliens, Guayanas und Venezuelas sowie über die Erforschung des Amazonas-Deltas.

Der Danziger Georg Forster (1754–1794), der im Alter von 17 Jahren seinen Vater Johann Rein-



Park Sanssouci: Die Orangerie am Abend, Schauplatz der Plakatausstellung Bild: Christina Voigt

Sammlung von Reiseberichten „Paesi Novamente Retrovati – Die Neugefundenen Länder“ erschien 1507 in Italien und enthielt Mitteilungen über die Reise Vasco da Gamas nach Indien sowie Berichte hold Forster auf der zweiten Weltumsegelung James Cooks begleitete und dabei Neuseeland und die Südsee kennenlernte, veröffentlichte bald nach seiner Rückkehr 1775 seine Erlebnisse dieser drei Jahre. Auch mit seinen „Ansichten vom Niederrhein“, erschienen 1791 in der Vossischen Buchhandlung Berlin, erwarb sich Forster einen Nachruhm, der bis in unsere Tage wirkt. Darin beschreibt er in Tagebuchform die Erlebnisse auf einer Reise im April, Mai, Juni 1790, die ihn von Brabant, Flandern und Holland bis nach England und Frankreich führte. Auch Bogumil Goltz (1801–1870), der seit 1847 als freier Schriftsteller in Thorn lebte, bereiste die Welt. Er kam bis nach Ägypten (1849) und veröffentlichte vier Jahre später seine Reisebilder „Ein Kleinstädter in Ägypten“. Einen Namen als Reiseschriftstellerin machte sich die in Danzig geborene Johanna Schopenhauer (1766–1838). Mit ihren Schilderungen der Fahrten nach England und Frankreich (1803–1805) begeisterte die Mutter des Philosophen Arthur Schopenhauer ein großes Publikum. Nicht zuletzt angeregt durch Goethes „Italienische Reise“ zog es den Neidenburger Ferdinand Gregorovius (1821–1891) nach Italien. 1852 bereiste er zum ersten Mal „das Land, wo die Zitronen blühen“; 1854 zog es ihn zunächst nach Korsika. Mit der Beschreibung dieser Mittelmeerinsel begründete er sein literarisches Schaffen, dessen Krönung die Veröffentlichung der „Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter“ war. 1876 wurde der Ostpreuße für diese Arbeit zum Ehrenbürger der Stadt Rom ernannt. Seine „Wanderjahre in Italien“ sind der Italienreise Goethes durchaus ebenbürtig.

Silke Osman

„Sehnsucht nach der Ferne“ ist bis zum 27. Juni in der Turmgalerie, An der Orangerie 1, Potsdam, dienstags bis sonntags von 10 bis 17.30 Uhr zu sehen, Eintritt: 2 Euro für Turmaufstieg und Galeriebesuch.

IN KÜRZE

Grüne Oasen in Betonwüsten

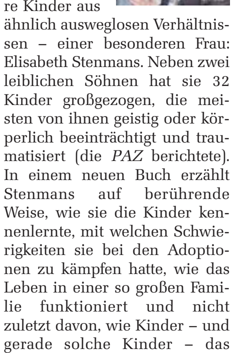
Während in Hongkong illegale Hausbesetzer auf den Dächern der Wohnmaschinen aus Beton ihre Bretter- und Wellblechbuden errichten, boomt in New York das „Rooftop Farming“. Staatliche Unterstützung durch Bürgermeister Michael Bloomberg sichert steuerliche Entlastung jenen zu, die auf den Dächern ihrer Bauten Gärten anlegen, Hecken pflanzen, Gemüse oder Blumen züchten oder sogar Bäume pflanzen. Die Stadt selbst will als neue grüne Lunge eine Million Bäume pflanzen und so das Klima der Millionenmetropole verbessern. Die „Vinegar Factory“ auf Manhattans Ostseite etwa hat auf ihren Dächern Gewächshäuser angelegt, die sie mit der Abwärme umliegender Bäckereien beheizt und verkauft Tomaten und Küchenkräuter, am Morgen frisch geerntet, auf den Nachmittagsmärkten der Stadt. Ungefähr 600 solcher Dachgärten existieren bereits und das sogenannte „Urban Farming“ oder „Rooftop-Farming“ entwickelt sich mehr und mehr zu einem Insidertrend.

Auf Randall Island im Osten der Stadt testet das Park and Recreation Department der Stadt gegenwärtig 16 verschiedene Vegetationstypen, die auf Schuldächern, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Bauten angepflanzt werden können und im Sommer als Nebeneffekt die Aufheizung der Gebäude bremsen, zudem überflüssiges Regenwasser binden und für eine gleichmäßigere Gebäudetemperatur sorgen. Bloomberg verweist auch auf einen weiteren Effekt: Schädliches Kohlendioxyd wird absorbiert und Sauerstoff produziert, Singvögel und Schmetterlinge werden angelockt und geben den Stadtmenschen in ihren Betonwüsten wieder etwas Natur zurück.

Joachim Feyerabend

Jedes Kind ist ein Geschenk

Leandro war ein Jahr alt, als ihm sein Vater das linke Bein abtrennte, um auf den Straßen von São Paulo mehr Geld beim Betteln zu verdienen. Heute ist Leonardo 25, spielt leidenschaftlich gerne Klavier, studiert und will Lehrer werden. Dass sich sein Leben zum Guten gewendet hat, verdankt Leandro – wie 31 andere Kinder aus



ähnlich ausweglosen Verhältnissen – einer besonderen Frau: Elisabeth Stenmans. Neben zwei leiblichen Söhnen hat sie 32 Kinder großgezogen, die meisten von ihnen geistig oder körperlich beeinträchtigt und traumatisiert (die *PAZ* berichtete). In einem neuen Buch erzählt Stenmans auf berührende Weise, wie sie die Kinder kennenlernte, mit welchen Schwierigkeiten sie bei den Adoptionen zu kämpfen hatte, wie das Leben in einer so großen Familie funktioniert und nicht zuletzt davon, wie Kinder – und gerade solche Kinder – das Leben bereichern können. *C.W.*

***Elisabeth Stenmans: „Jedes Kind ist ein Geschenk“**, Irisiana Verlag, Haldenwang 2010, gebunden mit Schutzumschlag, 224 Seiten, 16,95 Euro*

Mit Infos zugemüllt

Bürger werden desinformiert

Oftmals möchte man gar nicht wahrhaben, wie wenig man von den Gegebenheiten versteht, mit denen wir es im Alltag zu tun haben, fühlt sich der Einzelne doch bereits überfordert oder übervorteilt, wenn er beispielsweise mit dem Spektrum der Bahntarife konfrontiert wird. Tatsächlich wird der Bürger tagtäglich, und zwar mit Bedacht, von den Großkonzernen mit nutzlosen und irreführenden Informationen zugeschüttet und damit zum steuerbaren Objekt umgeformt. Das ganze hat System, so diagnostiziert nicht nur der Finanzfachmann Max Otte. Doch der in Princeton promovierte Professor geht weiter, indem er Ross und Reiter nennt: Verbände, Politiker und sogenannte Experten verschleierten ihre Bankprodukte, Rating-Analysen und Tarife, um ihre singulären Interessen, nämlich bestimmte Gewinnmargen, zu verbergen.

Otte ist kein Verschwörungstheoretiker, doch als unabhängiger Fondsmanager und Leiter des von ihm selbst gegründeten Instituts für Vermögensentwicklung (FVE) in Köln ist er „maulkorbfrei“. Bereits 2006 hatte er vor dem absehbaren Finanzcrash gewarnt und niemand hatte reagiert. Nicht zuletzt deshalb sollten Politik und Wirtschaft endlich nicht nur aufhorchen, sondern auch umsteuern, da Otte in seinem neuen Buch „Der Informationscrash – Wie wir systematisch für dumm verkauft werden“ nun auch noch den Kollaps der Sozialen Marktwirtschaft und damit unserer Gesellschaft prognostiziert. Die Pleite-Bank Lehman sei keine Ausnahme, behauptet er, sondern das Beispiel zeige, wie das gesamte System noch immer funktioniere. Denn die Voraussetzungen sind immer noch dieselben wie vor dem 2008 gerade noch verhinderten Desaster. Da wären das Kartell der Wirtschaftsbosse mit ihrer gezielten Desinformation der Öffentlichkeit, die Ahnungs- und Machtlosigkeit der Politik sowie die Schwächung der Medien und ihrer wichtigsten Kräfte, der Journalisten. „Wes Brot ich ess ...“ lautet denn auch eine Kapitelüberschrift.

Auf den letzten Punkt in aller Deutlichkeit hinzuweisen ist ein besonderes Verdienst dieses Autors: Er belegt die Aushöhlung des unabhängigen Journalismus. Als Hauptgrund nennt er den massiven Kostendruck. Die Redaktionen seien personell ausgedünnt und selbst die öffentlichen Anstalten mehr und mehr auf Werbeeuros angewiesen. „Die Medien – ursprünglich neben den Machtinstanzen Legislative, Exekutive und Judikative als kritische (!) ‚vierte Gewalt‘ betrachtet – sind ... zum reinen Multiplikator der Desinformation mutiert.“ Otte resümiert: „Unsere Gesellschaft befindet sich insgesamt auf dem unglücklichen Pfad der totalen Verdummung.“ Gleichzeitig gäbe es wieder wie im Mittelalter eine Lehnsabhängigkeit: „Der moderne Kapitalismus gleicht ... der feudalen Lehnswirtschaft: Große Lehnsherren, Konzerne und einzelne Großinvestoren vergeben ihre ‚Lehen‘ – also Rechte, Produkte, Lizenzen oder Gebiete – an treue Gefolgsleute zur Ausbeutung ... Sogar der Staat selbst wird für die modernen Lehnsherren zur ‚Beute‘.“ Wir brauchen wieder einen starken Staat, ruft er daher. Denn die heutigen Politiker trauten sich nicht, die Verantwortlichen des gescheiterten Finanzsystems zur Verantwortung zu ziehen. Umgehend müsse eine Wertedebatte geführt werden, bei der das Gemeinwohl im Mittelpunkt steht. Dafür solle der Rechtsstaat mit einem unabhängigen Beamtentum einstehen. Nachhaltigkeit gäbe es nur in kleinen Unternehmen wie Familienunternehmen.

> Verantwortliche werden nicht bestraft

Dagmar Jestrzemski

***Max Otte: „Der Informationscrash – Wie wir systematisch für dumm verkauft werden“**, Econ Verlag, Berlin 2009, gebunden, 315 Seiten, 19,90 Euro*



Ein schnell erzähltes Leben

Eine Geschichte der deutschen Einheit – aber keine große Biographie

Am 3. April 2010 konnte Helmut Kohl seinen 80. Geburtstag begehen. Als Bundeskanzler hat er Verdienste um das Zustandekommen der deutschen Wiedervereinigung im Jahre 1990, über 16 Jahre amtierte er als Regierungschef. Mag es auch Gründe geben, einige Aspekte seines Agierens kritisch zu betrachten, so fiel die öffentliche Würdigung Kohls aus Anlass seines Jubiläums in einer zurückhaltend-distanzierten Weise aus, die seinem historischen Rang nicht angemessen ist.

Entsprechendes gilt für den Buchmarkt: Zwei Darstellungen sind unlängst erschienen. Zum einen handelt es sich um „Helmut Kohl – Die Biographie“, welche die „Spiegel“-Journalisten Hans-Joachim Noack und Wolfram Bickerich erarbeitet haben, zum anderen um „Helmut Kohl – Virtuose der Macht“, welches der ehemalige WDR-Redakteur Heribert Schwan gemeinsam mit dem Leiter des Innsbrucker Instituts für Zeitgeschichte, Rolf Steininger, vorgelegt hat. Beiden Büchern ist deutlich anzumerken, dass sie unter Zeitdruck entstanden sind, um rechtzeitig auf dem Markt zu sein. Eine Reihe von Flüchtigkeitsfehlern und offensichtlich unbeabsichtigte Wiederholungen, insbesondere beim „Virtuosen der Macht“, machen sich störend bemerkbar.

Die Biographie über Helmut Kohl haben Noack und Bickerich mit Sicherheit nicht vorgelegt. Weiß man wenig über Kohl, so mag man das Buch mit Gewinn lesen. Sein Leben oder besser sein aus Politik bestehendes Leben wird nacherzählt, angefangen vom Engagement in der CDU, dem Aufstieg in Rheinland-Pfalz, dem Wirken als Oppositionsführer in Bonn, über die Zeit als Kanzler und die deutsche Einheit bis hin zur europäischen Einigung und den Schwierigkeiten nach 1990. Ausgelassen ist kaum etwas, allerdings auch nicht sonderlich vertieft. Die Autoren lassen Kohl sehr oft mit Äußerungen aus seinen eigenen Werken zu Wort kommen, um dies dann zustimmend, zweifelnd oder kritisch zu kommentieren. Auch aus veröffentlichten Erinnerungen von Kohl-Mitarbeitern wird viel zitiert – man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, allzu viel Recherche-Aufwand habe die Erstellung des Buches nicht verursacht.

> Autoren haben sich keine Zeit für Recherche genommen

Schwan und Steininger bewundern den „Virtuosen der Macht“ für seine staatsmännischen Leistungen, zuweilen etwas plakativ. Ihr Buch beruht auf wesentlich breiterer Grundlage. Die Autoren konzentrieren sich allerdings auf das Zustandekommen der deutschen Einheit, diesem Bereich sind zwei Drittel des Umfangs gewidmet. Während die anderen Stationen im politischen Leben Kohls kursorisch abgehandelt werden, präsentieren die Autoren einige bislang nur wenig thematisierte Aspekte der Vorgänge von 1989/90. Bekannt ist beispielsweise, dass die britische Premierministerin Thatcher von Anfang an offen ihre Abneigung gegen eine Wiedervereinigung zeigte. Gezeigt wird hier, dass der französische Staatspräsident Mitterrand ähnlich dachte. Er spielte ein Doppelspiel, so dass Kohl ihn stets als Freund wahrnahm. Schwan und Steininger machen auch darauf aufmerksam, dass die „Zehn Punkte für Deutschland“ letztlich auf einen Anstoß der Sowjets zurückgingen, der allerdings in eine ganz andere Richtung gehen sollte. Ein grandioses Missverständnis führte zu eben jenem Programm, das Kohl am 28. November 1989 als Überraschungscoup im Bundestag präsentierte.

Noack und Bickerich streifen vieles, Schwan und Steininger stellen den Weg zur Wiedervereinigung dar. Den mitunter weit vorausschauenden Führungsstil, das „System Kohl“ würdigen beide Werke. Eine ausgewogene, gründliche, alle Lebensbereiche umfassende Biographie des sechsten Bundeskanzlers ist noch zu schreiben. Der 80. Geburtstag wäre ein Anlass gewesen, ein solches Unterfangen zu wagen.

Erik Lommatzsch

***Hans-Joachim Noack/Wolfram Bickerich: „Helmut Kohl – Die Biographie“**, Rowohlt, Berlin 2010, geb., 301 Seiten, 19,95 Euro; **Heribert Schwan/Rolf Steininger, „Helmut Kohl – Virtuose der Macht“**, Artemis & Winkler, Mannheim 2010, 333 Seiten, 19,90 Euro*



Vom blinden Hass geleitet

Spannende Terroristenjagd in Südafrika

Nur noch wenige Tage bis zum Anpfiff der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika. Zwei Tage später sind die Deutschen in ihrem ersten Gruppenspiel gegen Australien gefordert. Austragungsort ist das spektakuläre Stadion in Durban, entworfen vom Hamburger Architekturbüro von Gerkan, Marg und Partner (gmp). Das Moses-Mabhida-Stadion mit seinem ypsilonförmigen, über 100 Meter hohen Dachbogen soll 70 000 Zuschauer fassen. Schon heute fasziniert es durch seine atemberaubende Architektur. Eine Seilbahn soll Touristen nach oben bringen, wo sie einen unvergleichlichen Ausblick auf den Indischen Ozean und den Strand genießen können. Doch gerade diese Seilbahn bereitete zuletzt Probleme. Nach einem Defekt saßen Passagiere darin fest. Kontrolleure nahmen daraufhin das Stadion unter die Lupe.

Wer zuvor den Krimi „Bombenspiel“ von Edi Graf gelesen hat, dem dürfte bei dieser Meldung ein Schauer überkommen. Auch wenn es nicht um die Seilbahn im Stadion geht, so spielt der spektakuläre Skywalk in diesem Krimi zur WM 2010 doch eine nicht unerhebliche Rolle. Es wird nicht zu viel verraten, wenn man erwähnt, dass Terroristen des Netzwerks „Sub Africa“ einen Anschlag während des Gruppenspiels der Deutschen planen. Ihre Motive sind ganz unterschiedlicher Natur, gelitten aber haben sie alle unter der Willkür des weißen Mannes. Sie sind zerfressen von Hass: „Wir hätten den weißen Mann schon viel eher aus Afrika vertreiben sollen. Seit über 350 Jahren beutet er uns aus, und das hat sich weder unter Mandela noch unter Mbeki geändert.“ Dass sie selbst nur Marionetten in diesem Wettlauf mit der Zeit sind, merken sie viel zu spät.

> Hauptfigur kommt aus dem Schwarzwald

Die Hauptrolle in diesem Fußball-Krimi spielt die Journalistin Linda Roloff, die einen Mord aufklären muss, bevor sie selbst als Täterin verdächtigt wird. Die Spurensuche führt sie vom idyllischen Schwarzwaldort Menzenschwand, dem der Autor Graf mit seinem Roman ein ungewöhnliches Denkmal gesetzt hat, bis nach Südafrika. Dort kommt Roloff den ungeheuerlichen Machenschaften der Terroristen auf die Spur. Es muss viel Blut fließen, bis sich alles in Wohlgefallen auflöst. Ein leichtes Unbehagen aber bleibt.

Edi Graf kennt Südafrika und kann so nicht nur die Mentalität der Menschen glaubhaft schildern, sondern auch die Landschaft: „Es war ein paradiesischer Friede, der sich mit Einbruch der Dämmerung hier allabendlich über die Landschaft legt. Dann begann die afrikanische Buschsinfonie: Aus dem Pianissimo heraus hob in feinem Dolce das Zirpen der Zikaden an, steigerte sich schrill und erhielt bald Unterstützung von krächzenden Geigenpizzicato der Glockenfrösche aus dem Wasserloch ...“ Wie dünn letztendlich die Kruste aus schöner Landschaft und afrikanischer Demokratie ist, zeigt dieser rasante Krimi auch. *Silke Osman*

***Edi Graf: „Bombenspiel – Ein Krimi zur WM 2010“**, Gmeiner Verlag, Meßkirch 2010, 326 Seiten, broschiert, 11,90 Euro*



Leben ohne Gesetz

Entrechtung, Terror und Zwang nach 1945 in den deutschen Vertreibungsgebieten

Ein deutsch-polnisches Herausgeber-Team plus fünf Autoren aus Deutschland, Tschechien und Russland – so entsteht ein außergewöhnliches Buch. Zudem nimmt sich das leider erst verspätet zur Kenntnis genommene Buch zu drei WDR-Filmen der spannenden Frage an: „Was geschah eigentlich, als die Deutschen weg waren“ aus ihren Heimatorten in Ostpreußen, Schlesien und Sudetenland. Bislang sei die Frage „tabu“ gewesen, behauptet der Klappentext, was nicht stimmt.

Das Thema sind Millionen Deutsche, die das Kriegsende 1945 der härtesten Prüfung unterzog: Die meisten flohen, nicht wenige blieben vor Ort, freiwillig oder vom Feind „überrollt“, manche kehrten sogar zurück, weil sich niemand die Amputationen am deutschen Land vorstellen konnte, die die Sieger längst beschlossen hatten. Keiner der am Buch beteiligten Autoren bestreitet das Massenunrecht, das damals geschah, und bezüglich der Ursprünge sind sie sich einig: „Das Dritte Reich hatte die Grundlagen der europäischen Zivilisation zerstört und trägt die ursächliche Verantwortung für das Schicksal der Deutschen.“

So der polnische Historiker Wlodzimierz Borodziej in seinem Beitrag über Schlesien. Ähnlich urteilte der Russe Juri Kostjaschow über Ostpreußen und der Prager Adrian von Arburg über das Sudetenland. In der „Arbeitsteilung“ des Buchs übernahmen sie den Part der Hintergrundberichte, während deutsche Autoren nochmals aufarbeiteten, was sie zuvor in den WDR-Filmen gezeigt hatten: Wie sich die Umwälzungen der ersten Nachkriegszeit aus der Froschperspektive des ostpreußischen Tollmingkehmen, des oberschlesischen Groß Döbern und des nordböhmischen Gablonz ausnahmen.

„Das Nachkriegsleben ... ist ein Leben ohne Gesetz“, heißt es in Hans-Dieter Rutschs Bericht über Groß Döbern. Rutsch und Borodziej, die mit deutsch-polnischen Verhältnissen befassten Autoren, haben die längsten und schrecklichsten Aufsätze verfasst: Was hier über Entrechtung, Terror und Zwang berichtet wird, welche Folgen die zynische Planung hatte, aus der Ukraine vertriebene Polen in den Regionen vertriebener Deutscher anzusiedeln, wie brutal die „Polonisierung“ Deutscher ablief – das alles lässt auch den Leser schaudern. Aber gerade er soll auch lesen, dass noch 1944 deutsche Truppen den Warschauer Aufstand für die Polen verlustreich niederschlugen. Der noch frische polnische „Erfahrungshintergrund von Massenmord, Bedrohung und Entwurzelung“, so Borodziej, bestimmte auch die Nachkriegspolitik zu Deutschen.

Gemessen an den „polnischen“ Passagen sind die über das Sudetengebiet erträglicher – erstaunlich, nachdem der tschechische Historiker Tomas Stanek, der im Buch erwähnt wird, ganz andere und schrecklichere Dinge bezeugte. Eher am Rande wird ein grundlegender Unterschied deutlich: Das kommunistische „Volks-Polen“ behauptete ab 1948, es beherberge keine Deutschen mehr, ließ aber bis zuletzt Hunderttausende Deutsche ausreisen – die erst spät kommunistisch gewordene Tschechoslowakei warf in „wilder“ oder „geordneter Vertreibung“ schon früh über drei Millionen Deutsche hinaus. Von „ethnischer Säuberung“ sprechen die Autoren – zu Recht.

Und sie betonen die Nutzlosigkeit der Vertreibungen, die Lücken riss, welche keine „Neusiedlungen“ „Kolonisierungen“ schließen konnten. Am allerwenigsten in Ostpreußen, dessen rund 100 000 verbliebene Deutsche erst im Oktober 1947 in die Sowjetische Besatzungszone ausgesiedelt wurden. Bis dahin hatten die Sowjets nicht versucht, von deutscher Technik und Landwirtschaft zu lernen, weswegen die ursprünglich geplante kommunistische Musterregion ein lachhafter Fehlschlag wurde. Heute überlegen die Russen, wie sie aus der „Region Kaliningrad“ eine Brücke zu Deutschland und Europa machen können – schreibt Jurij Kostjaschow in seinem Ostpreußenkapitel, das leider schandbar schlecht übersetzt wurde. *Wolf Oschlies*

***Adrian von Arburg. Wlodzimierz Borodziej, Jurij Kostjaschow: „Als die Deutschen weg waren“**, rororo, Berlin, broschiert, 317 Seiten, 9,95 Euro*

Weitere Neuerscheinungen

***Dieckert/Großmann: Wiederauflage von „Der Kampf um Ostpreußen – Der umfassende Dokumentarbericht über das Kriegsgeschehen in Ostpreußen“**, von 1960, Lindenbaum Verlag, Beltheim-Schnellbach 2010, 268 Seiten, 16,80 Euro*

***Erika Morgenstern: „Überleben war schwerer als sterben – Ostpreußen 1944 bis 1948“**, Herbig, 4. Auflage München 2010, geb., 302 Seiten, 9,95 Euro*

***Thomas E. Woods jr.: „Sternstunden – Sternstunden statt dunkles Mittelalter – Die katholische Kirche und der Aufbau der abendländischen Zivilisation“**, MM Verlag, Aachen 2010, geb., 305 Seiten, 22 Euro*

***Inge Wunsch: „Schicksal – Was machst du mit mir? – Gedichte“**, Triga, Gründau-Rothenbergen 2009, broschiert, 92 Seiten, 8,30 Euro*

Arno Surminski

Ausverkauf: Angebot nur gültig, so lange der Vorrat reicht!

Der Winter der Tiere
Erzählungen
Geb., 222 Seiten, Best.-Nr.: 1657
statt € 18,00 nur € 12,95

Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990
statt € 16,95 nur € 12,95

Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926
statt € 22,00 nur € 16,95



Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten
(mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80

Königin-Luise-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6957, € 5,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Schlesien-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6779, € 5,95

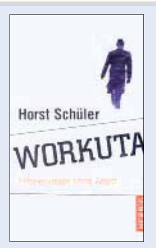
Sudetenland-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6879, € 5,95



Michael Grandt
Der Staatsbankrott kommt!
Gebunden, 384 Seiten
Best.-Nr.: 6940, € 19,95



Horst Schüler
Workuta – Erinnerung ohne Angst
Geb., 256 Seiten
mit Abbildungen
Best.-Nr.: 1015, € 9,95



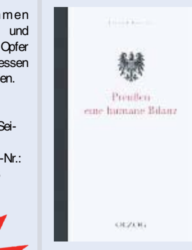
Jürgen Roth
Gangsterwirtschaft
Wie uns die Organisierte Kriminalität aufkauft
Geb., 302 Seiten
Best.-Nr.: 6955, € 19,95

Hubertus Knabe
Die Täter sind unter uns
Über das Schönreden der SED- Diktatur

Im Unterschied zur schonungslosen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur wird das Unrechtsregime der SED in Ostdeutschland vielfach verharmlost und schöngeredet. In weiten Teilen der Bevölkerung herrscht eine erschreckende Unkenntnis über das Ausmaß politischer Verfolgung in der DDR. Der Autor zeigt, wie die Täter davongekommen sind und die Opfer vergessen wurden.



Geb., 383 Seiten, Best.-Nr.: 6876
Mängelexemplar statt € 22,00 nur noch € 12,95



Erhardt Bödecker
Preußen - eine humane Bilanz
Geb., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6956, € 16,90



Sonderpreis
statt € 6,40 nur € 2,95

Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Oliver Rieckmann empfiehlt...

lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Antony Beevor
D-DAY – Die Schlacht um die Normandie

Mit der Landung der alliierten Truppen in der von den Deutschen besetzten Normandie am 6. Juni 1944 begann eine der dramatischsten Schlachten des Zweiten Weltkriegs und die größte Landungsaktion, die jemals durchgeführt wurde. Der Autor zeichnet in seinem neuen Buch „D-Day. Die Schlacht um die Normandie“ den Verlauf dieser kriegsentscheidenden Operation minutiös nach. Von der internationalen Presse für seine Authentizität und Erzählkraft hochgelobt, stand das Buch bereits in fünf europäischen Ländern, darunter Frankreich und Großbritannien, auf Platz 1 der Sachbuch-Bestsellerlisten. Antony Beevor berichtet von den monatelangen Vorbereitungen der Operation Overlord auf Seiten der Alliierten, den ersten Bombardierungen, der politischen und militärischen Abstimmung unter ihren Streitkräften und den Gegenmaßnahmen der Deutschen. Vor allem jedoch schildert Beevor den D-Day aus der Sicht der unmittelbar Beteiligten: der Fallschirmjäger, die zu Tausenden abgeschossen wurden, noch ehe sie den Boden erreichten; der Bomberpiloten, die ständig die Luftabwehr der Deutschen zu fürchten hatten; der Angehörigen der Bodentruppen in ihren Landungsbooten, die an den Küstenabschnitten völlig ungeschützt dem gegnerischen Feuer gegenüberstanden; aber auch der Wehrmachtssoldaten, die einen hoffnungslosen Abwehrkampf führten. Nicht zuletzt lenkt Beevor den Blick auf die Leiden der französischen Zivilbevölkerung, die während der Kämpfe zwischen die Fronten gerieten. Beevor standen zahlreiche, teils exklusive Archivquellen aus einem halben Dutzend Ländern sowie Privatkorrespondenz und Augenzeugenberichte zur Verfügung. Vieles hat er einer gänzlich neuen Bewertung unterzogen und damit eine der umfassendsten und wissenschaftlich aktuellsten Gesamtdarstellungen der Landung in der Normandie vorgelegt.



Geb., mit Schutzumschlag, 640 Seiten
Best.-Nr.: 6961
€ 28,00



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff- Etui
Best.-Nr.: 6926
nur € 12,95



Ingeborg Jacobs
Freiwild/Das Schicksal deutscher Frauen 1945
Mängelexemplare
Geb., 230 Seiten
Best.-Nr.: 6701
statt € 19,90 nur € 9,95



Gabi Köpp
Warum war ich bloß ein Mädchen?
Das Trauma einer Flucht 1945
Geb., 158 Seiten
Best.-Nr.: 6905, € 16,95



Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45
Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847, € 19,90



F. Kugler/ B. Schrader
Friedrich der Große und seine Zeit in Bild und Wort
Gebunden, 192 Seiten,
Reprint der Ausgabe von 1900
Best.-Nr.: 5865, € 16,95

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen

Endlich wieder lieferbar!

Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.

Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. 0 käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, 20. Gehn will ich, 21. Land der dunklen Wälder, 22. Freiheit, die ich meine, 23. Der Vogel singt, 24. Eine Birke seh ich stehen



Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auch meiner Internetseite



€ 12,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95



Doppel-CD

Georg Friedrich Händel
Orgelkonzerte Op. 4
Johannes- Ernst Köhler, Orgel und dem Kammerorchester der Staatskappelle Weimar
Aufnahme von 1975, Spieldauer: CD 1: 52,50, CD 2: 56,36
Best.-Nr.: 6915, € 16,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen“ erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton.

So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.

Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95



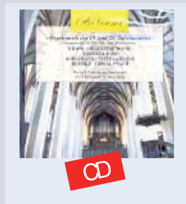
CD

Die Trost-Orgel der Schloßkirche zu Altenburg
Krebs-Orgelwerke, 14 Titel,
Spieldauer: 53:03 Min
Best.-Nr.: 6946, € 9,95



CD

Musik für Horn und Orgel
Krebs, Finger, Homilius, Viviani, Poulenc, Krol
18 Titel,
Spieldauer: 55:37 Min
Best.-Nr.: 6947, € 9,95



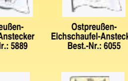
CD

Orgelmusik des 19. und 20. Jahrhunderts
Widor, Boellmann, Reubke
9 Titel,
Spieldauer: 48:22 Min
Best.-Nr.: 6948, € 9,95

Heimat-Anstecker



Ostpreußen-Provinz-Anstecker
Best.-Nr.: 5889



Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker
Best.-Nr.: 6055

Königsberg-Anstecker
Best.-Nr.: 6056

Westpreußen-Anstecker
Best.-Nr.: 6504



Sudetenland-Anstecker
Best.-Nr.: 6880



Schlesien - Anstecker
Best.-Nr.: 6778



Elchschaufel-Wappen- Anstecker
Best.-Nr.: 6830



Elchschaufel-Anstecker
Best.-Nr.: 6642



Preußenadler-Flaggen-Anstecker
Best.-Nr.: 6722

Preußen-Anstecker
Best.-Nr.: 6057



Pommern - Anstecker
Best.-Nr.: 6928

Je Anstecker nur € 2,95



CD

Orgelkonzert mit Günther Ramin
in der Thomaskirche zu Leipzig: Reger und Bach.
Historische Aufnahmen von 1946 - 1951
Gesamtspieldauer: 54:03 Min
Best.-Nr.: 6954, € 9,95



CD

Saint-Saëns und Poulenc
Camille Saint-Saëns: Orgelsymphonie No. 3, C- Moll
Francis Poulenc: Orgelkonzert G- Moll
Joachim Dalitz, Orgel und dem Berliner Sinfonie,
Gesamtspieldauer: 58:52 Min
Best.-Nr.: 6951, € 9,95





CD

Gottfried Piefke
Preußische Armeemärsche
Stabsmusikkorps Berlin
Mit dem Großen Zapfenstreich, Preußens Gloria, u.v.m.
23 Titel,
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894, € 13,90

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

22/10

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei * nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:

Straße/Nr.: Telefon:

PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Rechtsparteien kooperieren

Berlin – Überraschend trafen sich dieses Wochenende die Spitzen der beiden rechten Kleinparteien Republikaner und Pro NRW, Rolf Schlierer und Markus Beisicht. Laut gemeinsamer Erklärung wollen beide enger zusammenarbeiten. Die Republikaner konnten zuletzt 1996 in den Landtag von Baden-Württemberg einziehen, Pro NRW hat die fünf Prozent bei der NRW-Landtagswahl im Mai deutlich verfehlt. *H.H.*

US-Filme zu langweilig

Hollywood – Katzenjammer auf der weltgrößten Fernsehmesse vergangene Woche in Los Angeles: Die Umsätze amerikanischer TV-Produktionen brechen weltweit ein, auch in Deutschland. Deutsche Sender klagen, dass die US-Streifen eintöniger würden und mahnen mehr Kreativität an. Unter den 100 meistgesehenen Spiel- und Fernsehfilmen im deutschen Fernsehen waren 2009 nur noch sechs US-Produktionen. Bei Serien stammt bereits ein Viertel aus heimischer Produktion. *H.H.*

ZUR PERSON

Havels Mann trumpft auf

Mit dem Sieg seiner neugegründeten Partei „TOP09“ (siehe Seite 1) brachte **Karl zu Schwarzenberg** das Parteienspektrum der Tschechischen Republik kräftig durcheinander. Schwarzenberg ist nicht nur Politiker, sondern auch erfolgreicher Unternehmer mit einem geschätzten Vermögen von über 200 Millionen Euro. Im Zusammenhang mit der Übernahme eines privatisierten Staatsbetriebs wurden Vorwürfe gegen ihn laut, er habe seinen politischen Einfluss ausgenutzt, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen.

Karl zu Schwarzenberg wurde 1937 in Prag geboren. 1948 musste seine Familie Böhmen verlassen, wo sie noch bis 1947 elf Schlösser und 30 000 Hektar Land besessen hatte. 1992 konnte Schwarzenberg, der sich auf Tschechisch Karel Schwarzenberg nennt, die Burg Worlik zurückerwerben. Er hält sich wahlweise in seinem Wohnsitz in der Schweiz auf, deren Pass er neben dem tschechischen besitzt, oder auch in seinem Stammschloss in Scheinfeld (Mittelfranken), im Schloss Obermurau in der Steiermark, im Palais Schwarzenberg in Prag oder in Wien.



Schwarzenberg sieht sich selbst als „Mitteleuropäer mit schweizerischem Pass“. In Wien, wo er 1957 Abitur machte, engagierte er sich in den 60er Jahren in der christdemokratischen ÖVP. Seit der blutigen Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Kommunisten 1968 setzte er sich jedoch vor allem für den antikommunistischen Widerstand in der Tschechoslowakei ein.

Nach der Revolution war er von 1990 bis 1992 Stabschef des tschechoslowakischen Präsidenten Vaclav Havel, von 2007 bis 2009 bekleidete er das Amt des tschechischen Außenministers. Am 11. Juni wurde er zum Chef der neuen Partei TOP09 gewählt. *H.H.*



So weit die Füße tragen

Zeichnung: Mohr

Käßmann wäre perfekt

Was ein Bundespräsident können muss, was er gar nicht darf, und wie die Politik unsere WM-Mannschaft angesteckt hat / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

SPD-Chef Sigmar Gabriel fordert einen „überparteilichen Kandidaten“ für das Amt des Bundespräsidenten. Das würde ich auch machen, wenn die anderen die Mehrheit haben. Noch vor Ablauf des Monats muss ein neues Staatsoberhaupt her. Dabei haben wir die Angelegenheit mit dem Rücktritt noch nicht ansatzweise verdaut. Was denkt sich das Grundgesetz eigentlich bei dieser entsetzlichen Hast?

Leichenblass sei Frau Merkel gewesen, als sie nach dem Telefonat mit Horst Köhler zurück in die Sitzung kam. Der Kanzlerin ist die Sache übel in die Glieder gefahren. Als der Streit um Köhlers Bundeswehr-Äußerungen (merkwürdig verspätet) ins Rollen kam, da dachte sich die Kanzlerin zunächst: Angela, du machst das so wie immer. Lass sie sich hauen und angiften und warte einfach ab. Wenn die nicht mehr können, dann stelle dich gelassen ans Moderatorenpult und verteile keck Noten. Danach sind die anderen wieder ein bisschen kleiner und abgekämpfter, du wieder ein wenig mächtiger.

Das ging diesmal gründlich in die Kostümhose: Noch bevor sich Angela Merkel der Bühne überhaupt genähert hatte, ging Köhler einfach weg. Er hatte aber auch einen ziemlichen Knaller losgelassen, so dass die Empörung der Opposition und zahlloser Medien nur zu verständlich war: Deutsches Militär sei auch dazu da, unsere Handelswege zu schützen, traute er sich zu sagen!

Wie bitte? Die Marine beschützt vor Somalia die Frachter unserer Neokapitalisten? „Wirtschaftliche Großmachtphantasien“ sprächen aus so etwas, schnaubt eine große Zeitung. Sind die Köhler-Kritiker bislang davon ausgegangen, dass wir unseren Ostasienhandel über den Mittellandkanal und die Oder und dann die letzte Querstraße rechts abwickeln?

Nein, so doof sind die natürlich auch nicht. Aber sie wissen was, was Köhler bis zum Schluss nicht begriffen hat: Zwischen Wahrheit wissen und Wahrheit sagen klafft in Deutschland ein Abgrund, den wir mit „historisch gewachsener Sensibilität“ füllen, die es uns erlaubt, aus jeder Pelzwäsche absolut trocken hervorzugehen – gut geschirmt von dem dichten Gewöll aus watteweichen Vokabeln und moralischen Bedenken.

So sind wir immer auf der sicheren Seite: Natürlich fordern, dass die Handelswege geschützt werden. Auch werfen wir der Bundeswehr jederzeit gern „Versagen“ vor, wenn sie dabei nicht erfolgreich ist. Kommt sie aber voran, was gelegentlich zu Opfern auch auf der anderen Seite führen kann, dann jagen wir die Uniformierten mit Wonne wochenlang durch die Schlagzeilen unserer moralischen Entrüstung.

Nun also ist er weg, der Horst Köhler. Gabriel will also einen „Überparteilichen“. Viel wichtiger aber ist ein Kandidat, der die angemahnte „Sensibilität“ mitbringt, die er benötigt, um die indiskutable Wirklichkeit so einzuschleimen, dass sie ihm nicht mehr gefährlich werden kann.

> Die FDP findet keine Wähler mehr, doch was schlimmer ist: Die Wähler finden die FDP nicht mehr!

Als einer der möglichen Nachfolger wurde treffenderweise Margot Käßmann angeführt. Eine exzellente Wahl, gerade nach den letzten Erfahrungen mit dem ungeschickten Köhler: „Nichts ist gut in Afghanistan“, hatte die Theologin ausgerufen. Damit hat sie ihre pazifistische Unschuld gegen alles abgesichert und deutlich gemacht, dass sie sich für die hässlichen Seiten der Weltpolitik nicht zuständig fühlt. Damit sollen sich andere bekleckern. Bundespräsidentin Käßmann würde sich daher auch nie und nimmer zu Themen wie „militärischer Schutz von Handelsrouten“ herablassen, um statt dessen verlauten zu lassen, dass Gewalt schlecht sei und es darum gehen müsse, den friedlichen Dialog mit den Piraten, den Terroristen und allen anderen zu suchen. Wenn die keinen Dialog wollen? Dann sind wir eben „besorgt“ und können auch nichts machen.

Arme Angela Merkel. Um sie werde es jede Woche einsamer, schreibt uns die Hauptstadtpresse. Man kann sich halt auch in die Sackgasse siegen: Alle ihre Rivalen haben schlappgemacht oder sich resigniert ins Glied gefügt. Was übrig blieb, ist ziemlich langweilig. In einer Umfrage kratzt die Union bereits an der 30-Prozent-Marke.

Gut, da wäre ja noch die FDP, die den Kampf um bürgerliche Mehrheiten übernehmen könnte. Könnte – wenn es der nicht noch schlechter ginge als dem schwarzen Bruder. Die Schwierigkeit für die Liberalen, noch Wähler zu finden, wird noch von der Schwierigkeit der Wähler übertroffen, die Liberalen zu finden. Wo stehen die eigentlich? Wie war das gleich? „Niemals werden wir mit den ruchlosen Sozen eine Koalition in Düsseldorf eingehen, wenn die den Kommunisten auch nur ein Briefchen schicken“, donnerte es aus der FDP.

Das Briefchen ging raus, die Liberalen warteten ein Weilchen, dann fing Guido Westerwelle vergangenes Wochenende an herumzuampeln. Man sei für alle demokratischen Parteien offen. Ähnlich bei der Steuerdebatte: Monatelang fuchtelten die Westerwelles mit ihren Wahlversprechen und dem Koalitionsvertrag herum, dann ging, mit einem leisen Pfffff ... die Luft raus aus den großen Tönen.

Eigentlich keine Katastrophe, wenn die FDP andere Töne hätte, mit denen sie die Stille vertreiben könnte. Hat sie aber nicht. Alles, was man jetzt noch hören kann, ist das anschwellende Gemaule aus den Parteirängen über den einsamen Vorsitzenden.

Das wäre die Gelegenheit für Sigmar Gabriel, die ratlosen gelben „Umfaller“ johlend durchs Dorf zu jagen. Aber er lässt das lieber. Erstens, weil seine Hannelore Kraft mit den Freidemokraten noch was vorhat, vorhaben muss, wenn sie Landesmutter werden will. Und zweitens, weil er eben einen Blick in die SPD geworfen hat.

Was Gabriel dort sah, hat ihm den Magen verdorben, und mit bösem Bauch attackiert es sich nicht gut. Eine Parteiumfrage brachte das Bild einer Ruine hervor: Die Volkspartei ist eigentlich am Ende, möchte man danach meinen. Lauter alte, vor allem aber müde gewordene Leute öden sich in den SPD-Ortsvereinen gegenseitig an.

Ist denn nirgends mehr eine dynamische Truppe, die richtig was reißen kann? Am liebsten möchte man weglaufen. Sogar die Medien haben keine Lust mehr. Deshalb verdrängte Lena tagelang alle Politikmeldungen auf die Plätze. Endlich mal was nicht so Depressives, jubelten die Nachrichtenredakteure und krallten sich über ellenlange Beiträge hinweg an das Goldkehlchen wie der Verhungernde ans Brathuhn. Dann platzte der Köhler in die Party und aus war's mit der Fröhlichkeit.

Zum Glück muss Berlin nur noch ein paar Tage durchhalten, bis es sich hinter der WM verbuddeln kann. Wissen Sie noch? Vor vier Jahren? Einen Monat lang schien es tatsächlich so, als gäbe es den ganzen Politzirkus gar nicht. Als dann jedoch Angela Merkel den Rasen betrat, nachdem die deutsche Mannschaft im Halbfinale verloren hatte, war unsere Ernüchterung nur umso schmerzhafter.

Das war schlimm genug. Doch langsam steigt in uns eine finstere Ahnung hoch: Möglicherweise ist bei dem Treffen zwischen Kanzlerin Merkel, Bundespräsident Köhler und der deutschen Nationalmannschaft zum Ende der WM 2006 noch etwas anderes, viel Schlimmeres passiert, das wir damals gar nicht ahnen konnten. Ist da vielleicht ein verhängnisvoller Virus übergesprungen?

Es fällt schon auf: Wie im Führungskader der Politik lichten sich auch in Jogi Löws Mannschaft bedenklich die Reihen, wie um Frau Merkel wird es immer einsamer um den Bundestrainer. Einer nach dem anderen hat irgendwas und humpelt durch den Hinterausgang.

Die Hinfälligkeit dieser Leute macht bange. Am Ende fliegen die, auf ein kleines Häufchen geschmolzen, schon bei der ersten K.-o.-Runde raus. Dann müssen wir uns schon nach zwei statt erst nach vier Wochen wieder mit Merkel, Westerwelle, Gabriel, Künast und den anderen quälenden Krisenherden unserer Zeit befassen. Köhler, irgendwie beneiden wir Dich.

ZITATE

Baden-Württembergs Ministerpräsident ***Stefan Mappus*** *(CDU) sprach vielen Politikern unterschiedlichster Partei aus der Seele, wenn er den* ***Rücktritt Horst Köhlers*** *mit wenig Verständnis begegnet:*

„Die Angriffe und Attacken waren kein Grund zurückzutreten. Es ist nicht von Vorteil, wenn in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise plötzlich die größte Volkswirtschaft Europas ohne Staatsoberhaupt dasteht.“

Gerald Celente, Wirtschaftswissenschaftler *und Gründer des Forschungsinstituts „Trends Research Institute“ in Kingston (USA),* ***warnt*** *im Interview mit dem „Handelsblatt“ (26. Mai) davor, die Schwäche des* ***Euro*** *als Stärke des* ***Dollar*** *misszuverstehen:*

„Der Euro fällt jetzt wegen der Griechenland-Krise. Aber deshalb vom Euro in den US-Dollar zu tauschen hieße: Von der Titanic auf die Lusitania zu wechseln, und die wurde bekanntlich auch versenkt.“

Als Reaktion auf den Abgang von ***Roland Koch*** *kritisiert Niedersachsens Ministerpräsident* ***Christian Wulff*** *in der „Bild“-Zeitung (26. Mai) die* ***Personalpolitik in der CDU-Spitze****:*

„Man muss eben sehen, dass man gute Leute hält, und man muss sich schon Gedanken machen, wenn man gute Leute verliert, das ist einfach auch eine Botschaft des Tages.“

Die Hamburger ***Bischöfin Maria Jepsen zweifelt*** *offen am christlichen Dogma von der* ***Jungfräulichkeit Marias****. Obendrein vertat sie sich bei der geographischen Lage des Geburtsortes Bethlehem in Judäa (zitiert aus „idea Spektrum“ Nummer 20/2010):*

„Nein, das Wunder ist, dass Gott seinen Sohn nicht in einem Palast hat zur Welt kommen lassen, sondern von einer einfachen Frau in einem kleinen Ort in Galiläa.“

Royale Nöte

Ein König sein – das war ein Traum
in guten alten Tagen,
doch heut' rentiert der Job sich kaum
und schlägt sich auf den Magen.

So leidet etwa lange schon
die Königin der Briten
auf Grund von nicht gemäßem Lohn
an Haushaltsdefiziten.

Sie zahlt in dieser Not privat
alljährlich Millionen,
um für Tourismus, Volk und Staat
in Buckingham zu wohnen!

Ihr solltet aber den Bericht
aus England fertiglesen,
denn die Moral von der Geschicht'
ist dies noch nicht gewesen:

Es ließ das stolze Inselreich
um Steuergeld zu sparen
die königliche Gage gleich
seit nunmehr zwanzig Jahren!

Doch wie erklärt's ein Aktivist?
Wer wider alle Mores
nicht Mitglied der Gewerkschaft ist,
der hat halt solche Zores!

Pannonicus